

BEZIRKS- UND SOZIALVERWALTUNG

Geschäftsgruppe 3

Bezirksverwaltungsdirektion

Bezirksverwaltungsdirektor Dr. Johann Seyer
Dr. Georg Lengauer (ab 1. Mai 1999)

Sekretariat

Erika Wimmer

Neues Rathaus, Hauptstraße 1-5, 4041 Linz
Telefon: 7070/2451

In der Führung der Geschäftsgruppe 3 ist mit Wirkung 1. Mai 1999 eine Änderung eingetreten. Nach der dauernden Ruhestandsversetzung des langjährigen Bezirksverwaltungsdirektors Dr. Johann Seyer wurde Dr. Georg Lengauer als sein Nachfolger bestellt.

Die Rolle der Bezirks- und Sozialverwaltung ist vermehrt einem Wandel unterworfen. Durch die Heterogenität der Geschäftsgruppe bedeuten nicht nur gesetzliche Neuerungen Veränderungspotenzial, sondern entwickeln sich auch durch geänderte Anforderungen und Kundenwünsche neue Zielsetzungen und Strategien.

Im behördlichen Bereich sei hier beispielsweise das Inkrafttreten des neuen

Sozialhilfegesetzes erwähnt, das zum Teil vollkommen neue Rahmenbedingungen für die Gewährung der Sozialhilfe gebracht hat. Neben diesen gesetzlichen Veränderungen bedeuten die permanenten Schritte in Richtung Produktbeschreibung und Aufgabenkritik eine wesentliche Herausforderung zur Mitwirkung. Im Berichtsjahr sind die Dienststel-

len der Geschäftsgruppe 3 flächendeckend in das Controlling integriert worden. Durch die knapper werdenden finanziellen Mittel wurde versucht, die in Entwicklung begriffene Geschäftsgruppenbudgetierung im Vorfeld der Budgeterstellung 2000 gleichsam zu simulieren und die Dienststellen auf die Vorteile und geänderten Abläufe einzustellen. Insgesamt gesehen erweist sich die Geschäftsgruppe 3 als überaus dynamisch, sowohl was das Aufgabenfeld als auch die finanzielle Entwicklung angeht. Die Ausföhrungen der einzelnen Dienststellen vorwegnehmen zu wollen, seien blitzlichthaft die wesentlichen Neuerungen und Veränderungen skizziert.

Im Bezirksverwaltungsamt wurde eine Kundenbefragung gestartet bzw. abgewickelt, um ein Feedback über die Zufriedenheit der Bürger zu erfahren. Das Ergebnis kann als generell zufriedenstellend bezeichnet werden. Die vorgebrachten Kritikpunkte wurden aufgegriffen und einer Lösung zugeführt. Erwähnenswert hiebei ist die bauliche Neugestaltung der Büroräumlichkeiten für Ausländerangelegenheiten mit dem Ergebnis einer wesentlichen Optimierung der Abläufe.

Dienststellen

Bezirksverwaltungsamt
Gesundheitsamt
Amt für Natur- und Umweltschutz
Amt für soziale Angelegenheiten
Amt für Jugend und Familie
Kinder-Tagesbetreuung
Seniorenheime der Stadt Linz

Im Gesundheitsamt stand ebenfalls die bauliche Umsetzung der Ergebnisse der Kundenbefragung mit sehr gutem Erfolg auf der Tagesordnung. Die lange reklamierte neue Tierkörperbeseitigung auf dem Areal des neu errichteten Wirtschaftshofes ist in Betrieb gegangen, wodurch die Tierkörperbeseitigung einen qualitativ hohen Standard erreicht hat. Auf Grund der Geschehnisse im Landeskrankenhaus Freistadt kam und kommt auf das Gesundheitsamt eine besondere Herausforderung im Zusammenhang mit der Aufnahme von Aufgaben der sanitären Aufsicht zu.

Das Amt für Natur und Umweltschutz hatte dafür zu sorgen, dass durch Übertragung der Wasserrechtsagenden auf den Magistrat ein entsprechender Sachverständigendienst aufgebaut wurde. Neben mehreren anderen Projekten erscheint das der Mobilitätsberatung erwähnenswert. Im Zusammenwirken mit der Stadtinformation wurde im neuen Rathaus eine Bibliothek mit Schwerpunkt naturkundliche Literatur und Medien der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Das Amt für soziale Angelegenheiten hatte sich mit den Auswirkungen des neuen Sozialhilfegesetzes auseinander zu setzen. Die Aktion "Essen auf Rädern" wurde weiterhin optimiert. Nach dem Erwerb des Objektes Wiener Straße 127 hat sich das Amt für soziale Angelegenheiten im Zusammenwirken mit dem Verein Sozialprävention und Gemeinwesenarbeit bemüht, den Betrieb einer Produktionsschule nach dänischem Muster im Haus zugesprochen zu erhalten. Im Vorfeld der Eröffnung und Übergabe der ersten betreubaren Wohnungen waren entspre-

chende Zuweisungsrichtlinien gemeinsam mit den Seniorenheimen zu entwickeln.

Das Amt für Jugend und Familie sieht sich mit der Situation zunehmend problematischer Familien- und Beziehungsverhältnisse konfrontiert. Laufende Beratungen und flankierende Maßnahmen spielen bei der Erziehung und Heimunterbringung von Jugendlichen eine große Rolle. Gemeinsam mit dem Allgemeinen Krankenhaus wurde eine First Love Ambulanz eingerichtet. Im Zusammenwirken mit dem Land Oberösterreich werden die traditionellen Mutterberatungsstellen ausgebaut und mit den Aufgaben von Eltern- und Familienberatung sukzessive erweitert.

Das vormalige Amt für Tagesheimstätten hat im Berichtsjahr seinen Namen auf Kinder-Tagesbetreuung (KIT) geändert, um damit den Aufgabenbereich und den Servicecharakter besser hervorzuheben. Die Tagesheimstätte Pestalozzistraße wurde in hoher Qualität erneuert und erweitert; die Vorarbeiten für den integrativen Hort Karlhof wurden gemeinsam mit dem Hochbauamt bewerkstelligt.

Im Bereich der Seniorenheime war eine sehr dynamische Weiterentwicklung zu verzeichnen. Das Pflegeheim Sombartstraße wurde im November eröffnet, die Arbeiten zur Errichtung der Pflegeheime Neue Heimat und Ebelsberg laufen auf vollen Touren. Der alte Trakt Glimpfingerstraße 10 wurde in hoher Qualität saniert. Um dem stadtteilbezogenen Charakter der einzelnen Heime besser Rechnung tragen zu können, kam es zu einer Umbenennung der Heime, weg von Straßenbezeichnungen hin zu Stadtteilnamen.

BEZIRKSVERWALTUNGSAMT

Amtsleiter

Mag. Manfred Loistl

Sekretariat

Christine Klein

Neues Rathaus, Hauptstraße 1-5, 4041 Linz

Telefon: 7070/2461

Fax: 7070/2511

e-mail: 'info@bzva mag.linz.at'

Abteilungen

I - Verkehr-, Sanitäts-, Jagd- und Fischereirecht

Dr. Erwin Aicher

II - Kultur- und Agrarangelegenheiten, Aufenthalts- bzw. Niederlassungsbewilligungen

Thorolf Prieschl

III - Gewerbe

Dr. Wolfgang Schrems

IV - Erhebungsdienst

Erich Danzmayr

V - Wohn- und Mietrechtsangelegenheiten

Günter Apfelthaler bis 31. März 1999

Harald Karl ab 1. April 1999

Mitarbeiter am 31. Dezember 1999: 53

Straßenverkehrsrecht, Sanitätsrecht, Jagd- und Fischereirecht, Vollstreckungsrecht, Veranstaltungsrecht, Fremdenrecht, Gewerberecht und Mietrecht sowie Strafverfahren anzusehen sind.

Die da-

raus sich ergebenden Verfahrensabläufe sind oftmals sehr komplex und arbeitsintensiv. Sehr umfangreich gestaltet sich auch der Kundenverkehr, der sich von einer lapidaren Auskunftserteilung zunehmend zu einer umfassenden Beratungs- und Servicetätigkeit mit ämterübergreifenden Tendenzen entwickelt hat. Dadurch ist es vielfach möglich, allfällig auftretende Probleme schon im Vorfeld zu erkennen bzw. zu neutralisieren.

SCHWERPUNKTE

Aufgrund der Gesetzesflut, der ständigen Gesetzes- und Verordnungs-Novellierungen, der mitunter schwer verständlich formulierten Gesetze sowie der laufenden Ausweitung des Arbeitsumfanges in qualitativer und quantitativer Hinsicht - in den letzten Jahren sind überproportionale Zuwachsraten im Gewerbe-, Verkehrs-, Sanitäts-, Jugendschutz-, Veranstaltungs- und Fremdenrecht zu verzeichnen - bedarf es laufend entsprechender Rationalisierungsmaßnahmen, die vor allem den EDV-Bereich und die forcierte Übertragung von Agenden an Sachbearbeiter zur eigenverantwortlichen Erledigung betreffen.

Aufwendig war auch die Tätigkeit im Zusammenhang mit den vorzulegenden Berichten und Antwortkonzepten an den Bürgermeister und die städtischen Mandatäre (davon etwa 85 Prozent in Verkehrsangelegenheiten), Stellungnahmen

ALLGEMEINER AUFGABENBEREICH

Die vom Bezirksverwaltungsamt zu vollziehenden Aufgaben sind grundsätzlich der Hoheitsverwaltung zuzuordnen. Die Produktpalette ist überaus vielschichtig und umfaßt zahlreiche unterschiedliche Rechtsmaterien, als deren wichtigste das

zu Bürgerservice-Beschwerden sowie Gesetzentwürfen, die mitunter mit sehr kurzen Fristen im Rahmen des Österreichischen Städtebundes zur Begutachtung versendet werden.

Größtes Augenmerk wird seitens des Bezirksverwaltungsamtes auch auf ein sauberes Stadtbild gelegt, wobei insbesondere Autowracks und Plakatständer zu entfernen sind.

LEISTUNGSUMFANG

Art bzw. Bezeichnung der Leistung	Umfang der Leistung bzw. Anzahl der Geschäftsfälle
--------------------------------------	---

Angelegenheiten der Straßenpolizei

Straßenpolizeiliche Bewilligungen für:	
Warenkörbe	82
Plakate und A-Ständer	20
Flugblätter	85
Hinweistafeln und Wegweiser	56
Informationsstände	26
Reklameanlagen	54
Werbetransparente	20
Verkaufsstände	35
Schanigärten	79
Fahrradständer, Werbefahnen, Holzmasten, Weihnachtsbeleuchtungen usw.	43
Containeraufstellungen	490
Straßenpolizeiliche Maßnahmen für die Errichtung von Baustellen auf öffentlichem Gut in Form von Verordnungen und Bescheiden	1.172
Kostenvorschreibungsbescheide bzw. Strafverfahren für das Abschleppen von Kfz ohne Kennzeichen	208
Kostenvorschreibungsbescheide für das Abschleppen von Kraftfahrzeugen mit Kennzeichen	163
Straßenpolizeiliche Verfahren, betreffend dauernde Verkehrsbeschränkungen	813
Straßenpolizeiliche Verfahren aus Anlass von Politikeraufträgen	181
Ausstellung von Radfahrprüfungsausweisen	1.673
Entgegennahme von Baustellenmeldungen hinsichtlich der Erhaltung, Pflege und Reinigung von Straßen sowie für die Verrichtung von Vermessungsarbeiten und kurzfristigen diversen Reparaturen auf öffentlichen Straßen	2.415
Neuausstellung von Bewohnerparkkarten (insgesamt ausgegebene Bewohnerparkkarten inklusive Verlängerungen zum 31. Dezember 1999: 6.614 Karten)	2.936
Ausstellung von Schülerlotsenausweisen	165
Ausstellung von Behindertenausweisen	271
Teilnahme an behördlichen Auflageverfahren zur Erteilung einer Konzession für den Kraftfahrlinienverkehr nach dem Kraftlinienverkehrsgesetz	37
Straßenpolizeiliches Verfahren über Befreiung von der Streu- und Räumspflicht	0
Erteilung/Ablehnung von Ausnahmegewilligungen von bestehenden Verkehrsverboten- bzw. -geboten	209

Verordnungen für vorübergehende Verkehrsmaßnahmen (Kundgebungen, kirchliche Veranstaltungen usw.)	18
Diverse Bearbeitungsakten ohne bescheidmäßige Erledigung	41

Sanitäts- und hygienerechtliche Angelegenheiten

Absonderungsverfahren nach dem Epidemiegesetz	23
Entgegennahme von Aspirantenmeldungen und Bewilligungen nach dem Apothekengesetz	28
Erteilung von Genehmigungen für den Bezug von Giften (Giftbezugslicenzen) nach dem Chemikaliengesetz	31
Genehmigungen von Urnenbestattungen gemäß dem OÖ. Leichenbestattungsgesetz	1
Verlängerungen von Bordellen – Genehmigungen nach dem OÖ. Polizeistrafgesetz	1
Untersagung von gemeldeten Prostitutionsausübungen	1
Verfahren betreffend die Festsetzung von Pflegegebühren	16
Verfahren betreffend die Beseitigung von Missständen nach dem Rattengesetz	18
Erlassung von Ladungsbescheiden zwecks Vorführung zum Amtsarzt gemäß Suchtmittelgesetz	201

Jagd- und Fischereirecht

Ausstellung von Jagdkarten	28
Ausstellung von Fischerkarten	335

Kultus- und Agrarangelegenheiten, Aufenthalts- bzw. Niederlassungsbewilligungen

Vergabe von Subventionen für künstliche Rinderbesamungen im Sinne der Förderung der Tierzucht (insgesamt wurde ein Betrag von 9.350,- Schilling ausbezahlt)	14
Überprüfung der Einzäunungsmaßnahmen hins. der bekannten Hauslaken	6
Durchführung von Vertrauensmännerwahlen nach dem Zivildienstgesetz	10
Ausstellung von Zivildienstausweisen	651
Überwachung und Betreuung von Zivildienern	900
Vorladungen aufgrund von Krankmeldungen der Zivildienner zum Amtsarzt	330
Rechtshilfegewährung nach dem Wehrgesetz	33
Entgegennahme von Transportbescheinigungen nach dem Weingesetz	131
Übermittlung von Bestandsmeldungen nach dem Weingesetz	8
Ausstellung von Werkverkehrskarten	128
Erlassung von Bescheiden zur ausnahmsweisen Zulassung zur Lehrabschlussprüfung	345
Erteilung von Bewilligungen nach dem Strahlenschutzgesetz In sieben Fällen mussten Mängel bescheidmäßig behoben werden	11

Erteilung von Verwendungsbewilligungen nach dem OÖ. Kindergarten- und Hortegesetz	7
Durchführung von Berichtigungen nach dem Personenstandsgesetz	1
Erteilung von Genehmigungen nach dem OÖ. Veranstaltungsgesetz	2.887
Bewilligung von Geschicklichkeitsapparaten	165
Veranstaltungen, bei denen Verkehrsmaßnahmen nach der Straßenverkehrsordnung erforderlich waren	125
Durchführung von Ortsaugenscheinen im Zusammenhang mit Veranstaltungen	154
Erteilung von Bewilligungen nach dem Glücksspielgesetz	3
Erteilung von Bewilligungen nach dem OÖ. Sammlungsgesetz	1
In fünf Fällen musste ein Leinenzwang für Hunde bescheidmäßig vorgeschrieben werden.	
Für 20 Tage wurden 16 Bewilligungen für eine längere Aufsperrzeit nach § 3 Gewerbeordnung erteilt.	

Aufenthaltsrecht

Bewilligungen von Neuanträgen	635
Bewilligungen von Verlängerungsanträgen	6.660
Versagungen von Neuanträgen	1

Budget und Haushaltswesen

Budgeterstellung:	
Ausgaben insgesamt	572.286,- Schilling
Einnahmen insgesamt	6.002.357,- Schilling
Haushaltswesen:	
Gesamtanzahl aller Buchungen	9.782
Zahlungskontrollen	ca. 8.500
Erstellung von Laufzetteln	1.920

Gewerbeangelegenheiten und Marktangelegenheiten

Ausstellung von Gewerbescheinen	1.344
Kostenbescheide	204
Löschungen von Gewerbeberechtigungen und weiteren Betriebsstätten (inklusive die rechtskräftig abgeschlossenen Entziehungen)	1.234
Schließung von Gewerbebetrieben (Vollzug durch Abteilung IV)	12
Standortverlegungen	521
Geschäftsführerbestellungen	809
Weitere Betriebsstätten	253
Gesamtzahl der im Gewerberegister durchgeführten Änderungen	5.298

Die restlichen, in den Vorjahren angeführten Positionen können infolge technischer Veränderungen im EDV-Bereich nicht mehr einzeln abgerufen werden.

Erhebungsdienstliche Angelegenheiten

Interne Erhebungsaufträge	11.442
Davon Entfernung von Autowracks und Kfz ohne Kennzeichen	1.280
Entfernung von Plakaten	ca. 1.000
Externe Erhebungsaufträge	1.139

Wohn- und Mietsrechtangelegenheiten

Schlichtungsverfahren zur Feststellung der Überschreitung des gesetzlichen Entgeltes durch Ansetzen der SEB-Werte	963
Allgemeine Schlichtungsverfahren in Angelegenheiten des MRG, WGG und WEG	227
Ausstellung von Bestätigungen auf Anspruch von Mietzinsbeihilfen nach § 107 Einkommenssteuergesetz	254
Ausstellung von Bestätigungen nach dem Startwohnungsgesetz	1
Erlassung von Interessensbescheiden gemäß § 30 Abs. 2 Z 15 MRG	0

Strafverfahren

Nach folgenden Gesetzen und Verordnungen wurden Strafverfahren durchgeführt:

Abfallwirtschaftsgesetz	14
Arbeitszeitgesetz	21
Arbeitsruhegesetz	4
Arbeitslosenversicherungsgesetz	5
Arbeitsinspektionsgesetz	1
AIDS-Gesetz	17
Allgemeines Sozialversicherungsgesetz	1
Arzneiwareneinfuhrgesetz	1
Ausländerbeschäftigungsgesetz	42
Bazillenausscheidergesetz	32
Behinderteneinstellungsgesetz	1
Bodenschutzgesetz	0
Bundesstatistikgesetz	0
Bundesstraßenfinanzierungsgesetz	103
Chemikaliengesetz	3
Düngemittelgesetz	7
EGVG	1
Ehrenkränkungsgesetz	4
Feldschutzgesetz	4
Finanzlastenausgleichsgesetz	2
Fischereigesetz	4
Futtermittelgesetz	11
Gartenschutzverordnung	6
Gewerbeordnung	250

Jugendschutzgesetz	267
Kinder- und Jugendlichenbeschäftigungsgesetz	4
Lebensmittelgesetz	92
Maß- und Eichgesetz	1
OÖ. Polizeistrafgesetz	59
OÖ. Statistikgesetz	0
OÖ. Tierschutzgesetz	0
Preisauszeichnungsgesetz	2
Qualitätsklassengesetz	6
Schiffahrtsgesetz	11
Schulpflichtgesetz	86
Straßenverkehrsordnung (ohne KFZ ohne Kennzeichen)	113
Tierseuchengesetz	8
Zivildienstgesetz	25
Durchführung von Vollstreckungsverfahren	2.036

GESUNDHEITSAMT

Amtsleiterin

Dr. Brigitte Horwath
e-mail: brigitte.horwath@mag.linz.at

Sekretariat

Rosemarie Frischauf

Neues Rathaus, Fiedlerstraße, 4041 Linz
Telefon: 7070/2601

Abteilungen

Ärztlicher Dienst

Dr. Elfriede Mühlstein

Tuberkulosefürsorge

unbesetzt

Allgemeiner Veterinärdienst

Dr. Rudolf Schimmerl

Veterinärdienst Schlachthof

Dr. Alois Ratzenböck

Lebensmittelaufsicht und Stadthygiene

Dr. Gabriele Kainz-Arnfelder

Mitarbeiter am 31. Dezember 1999: 74

ALLGEMEINER AUFGABENBEREICH

Das Leistungsspektrum des Gesundheitsamtes umfasst im Wesentlichen:

Gesundheitsschutz:

Durch Untersuchungen und Feststellungen von möglichen Gefährdungen und Veranlassung entsprechender Maßnahmen werden Gefährdungslagen abgewendet.

Gesundheitsförderung/Gesundheitshilfe: Fördernde, unterstützende und begleitende gesundheitliche Hilfen bei bestimmten Lebens- und Problemlagen.

Qualitätssicherung im Gesundheitswesen:

Aufsicht und Überwachung von Angehörigen der Gesundheitsberufe und Einrichtungen im Gesundheitswesen.

Erstellung von Gutachten:

Objektbezogene Gutachten: Beurteilung der Auswirkungen von Faktoren des Lebensumfeldes bzw. der Umwelt auf die menschliche Gesundheit.

Personenbezogene Gutachten:

Beurteilung des Gesundheitszustandes von Einzelpersonen im gesetzlichen Auftrag (z.B. Pflegegeldgesetz, Behindertengesetz usw.) und im Auftrag des Dienstgebers.

Veterinärwesen:

Tierseuchenbekämpfung, Tiergesundheit/Tierschutz und Überwachung der Erzeugung und Gewinnung von Tieren stammender Lebensmittel.

Lebensmittelaufsicht:

Überwachung von 3.261 Betrieben und Einrichtungen im Stadtgebiet sowie Kontrolle von Lebensmitteln, Verzehrprodukten, Zusatzstoffen, kosmetischen Mitteln und Gebrauchsgegenständen nach den Bestimmungen des Lebensmittelgesetzes sowie dessen Verordnungen.

SCHWERPUNKTE

Infektionsschutz

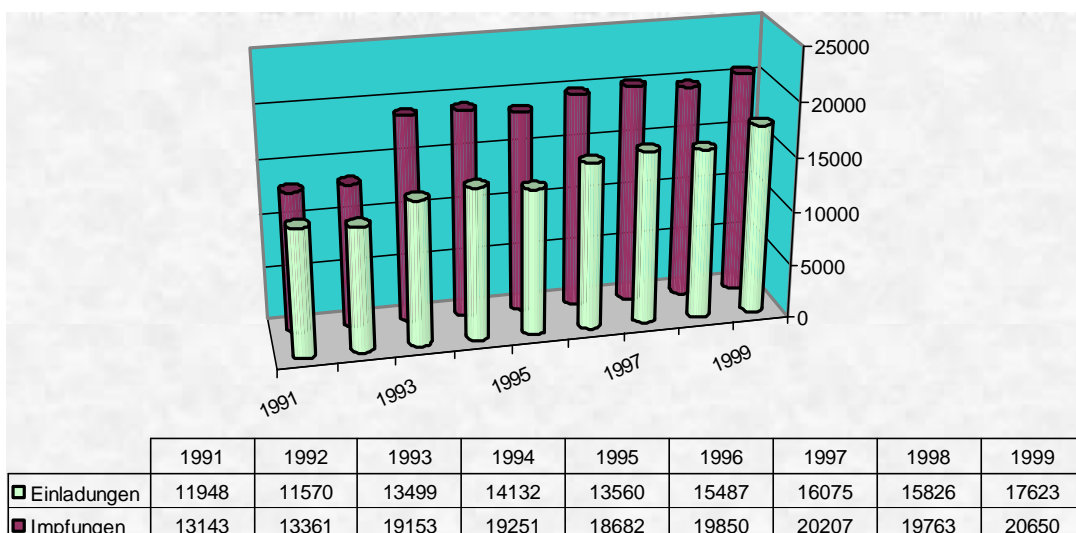
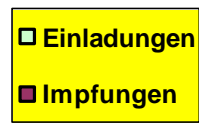
Die Verhinderung von Krankheiten ist oberstes Ziel einer verantwortungsvollen

Gesundheitspolitik. Dass Impfungen dabei eine zentrale Rolle spielen, ist unbestritten. Dies zeigt sich beeindruckend am Beispiel der Kinderlähmung. Der globale Rückgang dieser Erkrankung in den letzten dreißig Jahren ist ohne Zweifel ein Erfolg der weltweit durchgeführten Impfkampagnen. Waren in Österreich im Jahre 1959 bei der letzten Kinderlähmungsepidemie 591 Todesopfer zu beklagen gewesen, ist diese Krankheit nun seit mehr als 15 Jahren bei uns nicht mehr aufgetreten. In den nächsten Jahren soll gemäß den Zielvorgaben der Weltgesundheitsorganisation die Welt frei von Kinderlähmung sein. Es bestehen diesbezüglich sicher gute Chancen. Auch in diesem Jahr wurden vom Gesundheits-

amt Impfaktionen gegen Kinderlähmung durchgeführt und 8.111 Impfungen verabreicht.

Dass in Österreich 1999 mit nur 41 hospitalisierten FSME-Erkrankungen ein absoluter Minusrekord erreicht wurde, verdanken wir ebenfalls der hohen Durchimpfungsrate. Die EDV-unterstützte Impfdokumentation des Gesundheitsamtes mit persönlicher Erinnerung bzw. Einladung zu den erforderlichen Auffrischungsimpfungen, welche von der Linzer Bevölkerung sehr geschätzt wird, trug zu dieser Durchimpfungsrate bei. So konnten 20.650 Menschen gegen FSME geimpft werden.

FSME 1991 - 1999 **Einladungen - Impfungen**



Weiters wurden aufgrund akuter Hepatitis A und B-Einzelerkrankungen in Gemeinschaftseinrichtungen wie Schulen, Kindergärten und Horten sowie in einer Behinderteneinrichtung allen Kontaktpersonen Hepatitis A und B-Impfungen angeboten.

Insgesamt konnten im Berichtsjahr im Gesundheitsamt, in den Schulen und in den Mutterberatungen 50.414 Schutzimpfungen durchgeführt werden.

Am 1. Oktober 1999 ist die OÖ. Tuberkulose-Reihenuntersuchungsverordnung zur Erfassung unbekannter Tuberkulosefälle in Kraft getreten. In dieser Verordnung werden jene Personengruppen angeführt, die gegenüber der Normalbevölkerung ein statistisch signifikant höheres Risiko aufweisen, an TBC zu erkranken. Diese Personen sind einer Untersuchung inklusive Röntgenaufnahme der Lunge zu unterziehen. Von Oktober bis Dezember 1999 wurden diesbezüglich 1.679 Untersuchungen durchgeführt, wobei bei 21 Personen eine behandlungsbedürftige Tuberkuloseerkrankung festgestellt wurde.

Gesundheitshilfe

Die orale Substitutionsbehandlung von Suchtkranken erfolgte wie im Vorjahr. Mit Stand vom 31. Dezember 1999 nehmen 106 Erkrankte diese Behandlung in Anspruch, wobei 1.183 Rezeptvidierungen durchgeführt wurden.

Außerdem wurden 134 Personen wegen des Verdachtes auf Suchtgiftmisbrauch untersucht, wobei bei 59 Personen eine ärztliche Behandlung bzw. eine Beratung und Betreuung durch eine anerkannte Drogenberatungsstelle veranlasst wurde.

Weiters wurde im Rahmen der Beratung und Untersuchung von Prostituierten

unter Einbindung von Vertreterinnen des Caritas-Projektes LENA sowie des Migrantinnenprojektes TAMPEP besonderes Augenmerk den Migrantinnen gewidmet. Insgesamt wurden im Gesundheitsamt 1.404 Untersuchungen durchgeführt.

Umweltbezogener Gesundheitsschutz

Wie auch im Vorjahr bot die umweltmedizinische Beratungsstelle besorgten Bürgern Hilfe und Rat. Telefonische Auskünfte bezogen sich auf Fragen wie Elektrosmog, Erdstrahlen und Allergien. Schimmelpilze in Wohnräumen gaben am häufigsten Anlass zur Beschwerde. Im Rahmen baubehördlicher Überprüfungen wurde in diesen Fällen das Ausmaß des Schimmelbefalls festgestellt und eine umweltmedizinische Beurteilung abgegeben. Es wurde auch Hilfestellung bei Gesprächen mit Wohnungsgenossenschaften geleistet.

Qualitätssicherung im Gesundheitswesen

Mit März 1999 traten das Blutsicherheitsgesetz und die Blutspenderverordnung in Kraft mit dem Ziel, die Sicherheit von Blut- und Blutprodukten und einen maximalen Spender- und Empfänger-schutz zu gewährleisten. Für die Amt-särztinnen des Gesundheitsamtes wurde damit eine weitere verantwortungsvolle Tätigkeit implementiert. Neben den bislang regelmäßig durchgeführten Kontrollen der Blutbanken und Plasmapheresestellen werden nun auch mobile Blutspendeaktionen in dieses Sicherheitssystem eingebunden.

Weiters wurden im Auftrag der oberösterreichischen Landesregierung im Rahmen der sanitären Aufsicht schwerpunktmäßig die Medikamentengebarung, die Dokumentation von Operationen, die

Ärzteausbildung und die Obduktionsgebarung in allen Krankenanstalten der Stadt Linz überprüft.

Gesundheitsförderung

Gesundheitsstudie:

Auf Initiative der Gesundheitsreferentin wurde das Meinungsforschungsinstitut „market“ beauftragt, eine repräsentative Umfrage der Linzer Bevölkerung durchzuführen. Ziel dieser Studie ist, umfassende Kenntnis über die subjektiv empfundene Gesundheitssituation der LinzerInnen zu erlangen und Defizite und Problembereiche aufzuspüren um darauf aufbauend gesundheitspolitische Interventionen auf regionaler Ebene einleiten zu können. Im Rahmen dieser Studie wurden 10.000 schriftliche Fragebögen an Linzer BürgerInnen ausgeschickt, der Rücklauf lag bei 27,37 Prozent. Mit der Fertigstellung und Präsentation der Studie ist im Mai 2000 zu rechnen.

Gesundheitsberichterstattung:

Oberösterreichische Gebietskrankenkasse, Land Oberösterreich und Stadt Linz arbeiten gemeinsam an der Erstellung eines Oberösterreichischen Gesundheitsberichtes. Es soll eine Lagebeschreibung der gesundheitlichen Situation der Bevölkerung sowie der Ressourcen, der Leistungen und deren Inanspruchnahme als auch der Kosten und Finanzierung der Gesundheitsversorgung erfolgen. Die Fertigstellung ist für Ende 2000 vorgesehen.

1999 wurde im Rahmen der Gesundheitsvorsorge auf Initiative der Gesundheitsreferentin eine Reihe von Veranstaltungen durchgeführt, welche zur Förderung gesundheitsdienlicher Lebensverhältnisse und Lebensweisen beitragen sollten.

Der Linzer Gesundheitstag wurde von vielen Linzern und Linzerinnen besucht. Es wurden Vorsorgeuntersuchungen angeboten wie z.B. Lungenfunktionstest mit fachärztlicher Beratung, Rückenschule und im Rahmen der Aktion „Diabetes on Tour“ Blutzucker-, Cholesterin- und Harnsäuremessungen. Ein Fahrradparcours, eine Fahrradcodierung, durchgeführt von Beamten der Bundespolizeidirektion Linz, ergänzten das Programm. Das Informationsangebot bei der Oberösterreichischen Familien- und Seniorenmesse umfasste die Themenbereiche gesunde Ernährung und Rauchen. Am Weltnichtraucher - Tag wird alljährlich in der Linzer Taubenmarktarkade eine „Atemdiagnosestraße“ mit Lungenfunktionstest und Blutgasanalyse angeboten. Die kostenlosen Untersuchungen wurden von über 60 Besuchern in Anspruch genommen.

Die siebten Oberösterreichischen Aids-tage wurden in Zusammenarbeit mit der Aidshilfe Oberösterreich und der Landessanitätsdirektion an zwei Tagen im Festsaal des Neuen Rathauses veranstaltet. Bei den Vorträgen und Workshops wurden zirka 300 Besucher gezählt.

In Zusammenarbeit mit der Bundespolizeidirektion Linz wurden vier Selbstverteidigungskurse für Frauen gestaltet, wo 111 Teilnehmerinnen in Abwehrtechniken ausgebildet wurden.

Die Projekte „Ernährungsmaus“ und „Bewegungsdino“ wurden in den Linzer Pflichtschulen weitergeführt. 1999 wurden die Richtlinien einer gesunden Ernährungsweise an 3.793 SchülerInnen in Volks- und Hauptschulen weitergegeben und in sieben Volksschulen die gesamten SchülerInnen mit gesunder Bewegung und richtigem Sitzen vertraut gemacht.

Der Gesundheitspass „Bärenstark“ wurde in acht Linzer Volksschulen eingeführt. Ziel des Projektes ist die Dokumen-

tation von Gesundheitsdaten aller Schülerinnen in der gesamten Volksschulzeit. Der Pass ist als Information für die Eltern gedacht.

Der Gesundheitspreis der Stadt Linz wurde 1999 an drei Preisträger verliehen. Jeder Preis war mit 15.000,- Schilling dotiert.

Veterinärwesen

Allgemeiner Veterinärdienst

Bei den in der Stadt Linz zugelassenen fleischverarbeitenden Betrieben wurden im Berichtsjahr nach dem Untersuchungsplan für Kontrolluntersuchungen des Landeshauptmannes für Oberösterreich 3.582 Kontrollen gemäß § 17 und 16 FUG durchgeführt. Grobe Hygienemängel wurden in keinem Betrieb festgestellt. Im Rahmen dieser Tätigkeit wurden 6.330 kg Fleisch beschlagnahmt und für untauglich erklärt.

Sieben neue Gewerbebetriebe haben den Richtlinien für Betriebe mit geringer Produktion im Berichtsjahr entsprochen. Es wurde ihnen die erforderliche Veterinärkontrollnummer zugeteilt. Ein Betrieb wurde für den innergemeinschaftlichen Handel zugelassen.

Aufgrund von Anzeigen bezüglich der Tierhaltung in privaten Haushalten wurden Kontrollen durchgeführt. Im Sinne des Tierschutzgesetzes, des Tierseuchengesetzes, des Tiertransportgesetzes und des Lebensmittelgesetzes wurden insgesamt 1.685 Kontrollen durchgeführt.

Bei allen Rindern in den Beständen des Bereiches der Landeshauptstadt Linz wurden Untersuchungen auf Tuberkulose, Abortus-Bang, Leukose und IBR (Infektiöse Bovine Rhinotracheitis) durchgeführt. Sämtliche Proben zeigten ein negatives Ergebnis. Der Verwaltungsbereich des Magistrates der Landeshauptstadt Linz ist demnach frei von auf

Rinder übertragbaren anzeigepflichtigen Tierseuchen.

In allen milchliefernden Betrieben wurden Kontrollen im Sinne der Milchhygiene-Verordnung durchgeführt.

In den landwirtschaftlichen Betrieben wurde die Einhaltung des OÖ. Tierschutzgesetzes überprüft.

In jenen landwirtschaftlichen Betrieben, welche Speiseabfälle verfüttern, wurde die Einhaltung der tierseuchenrechtlichen Bestimmungen kontrolliert.

Geflügelmast-, Eierproduktionsbetriebe und Schweinemastbetriebe wurden im Auftrag des Landeshauptmannes auf das Vorhandensein von mit Dioxin kontaminiertem Futter kontrolliert.

Im innergemeinschaftlichen Handel wurde auf die Einhaltung des Tiertransportgesetzes-Straße und des Tierschutzes besonders geachtet.

Die Tierkörpersammelstelle ist mit 1. Juli 1999 vom Standort Lederergasse in den neuen Wirtschaftshof übersiedelt.

Veterinärdienst Schlachthof

Im Schlachthof der Fa. Handlbauer wurden von den Mitarbeitern der Abteilung Veterinärdienst Schlachthof die Schlachtier- und Fleischuntersuchung, die Untersuchung auf Trichinen und die Kontrolluntersuchung gemäß FUG täglich durchgeführt.

Weiters wurden die Schlachthanlage (Schlachtstraße für Schlachtvieh, Darmputzerei etc.), die Märkte, die Reinigung und Desinfektion der Kraftfahrzeuge, die Zerlegebetriebe und die Verarbeitungsbetriebe ständig kontrolliert bzw. überwacht und die Verladekontrolle durchgeführt.

Neben Lieferungen in den EU-Raum wurden Exporte in Drittländer (Schweiz, Bosnien, Slowenien, Ungarn, Kroatien, Russland, Mazedonien, Jugoslawien,

Rumänien, Türkei und Tschechien) kontrolliert.

Als EU- und Exportschlachthof unterliegt der Betrieb den in veterinärmedizinischer und hygienischer Hinsicht sehr strengen EU-Bestimmungen, weshalb auch immer wieder bauliche Veränderungen und die Einführung neuer Technologien notwendig sind.

Hygiene der Lebensmittel, Kosmetika und Bedarfsgegenstände

1999 wurden auch national und EU-weit Monitoringaktionen durchgeführt. Unter Lebensmittelmonitoring versteht man ein systematisches Mess- und Beobachtungsprogramm. Es werden dabei ausgewählte Lebensmittel repräsentativ auf ihren Gehalt an gesundheitlich unerwünschten Stoffen untersucht. Der Sinn eines Monitorings ist darin zu verstehen, dass im Rahmen des vorbeugenden Gesundheits- und Verbraucherschutzes festgestellt wird, ob mögliche Gesundheitsgefährdungen durch z.B. Rückstände von Pflanzenschutzmitteln oder andere unerwünschte Substanzen bestehen. Diese können so frühzeitig erkannt und gegebenenfalls durch gezielte Maßnahmen abgestellt werden. Es ist damit eine exakte Information der gesundheitspolitischen und administrativ verantwortlichen Stellen sowie der Öffentlichkeit über Rückstände und Verunreinigungen möglich.

LEISTUNGSUMFANG

Gesundheitsschutz

Infektionsschutz

Aufgaben nach dem Geschlechtskrankheitengesetz	87
Schutzimpfungen	50.414
Umgebungsuntersuchungen (Tuberkulosegesetz)	2.852
Amtsärztliche Untersuchungen	9.603

Im Berichtsjahr wurden verschiedene Lebensmittelgruppen im Rahmen des Monitorings auf Nitrate, Arzneimittelrückstände, Pestizide, Aflatoxine und Ochratoxin untersucht.

Mehrere Schwerpunktaktionen, die vom Land, Bund oder der EU veranlasst worden waren, betrafen Räucherlachs und Rohmilchkäse. Bei Untersuchungen waren Listerien nachgewiesen worden. In beiden Produkten ist der Listeriennachweis als gesundheitsschädlich einzustufen und die Produkte dürfen nicht mehr an Konsumenten abgegeben werden.

Durch die 1998 in Kraft getretene Lebensmittelhygieneverordnung und die damit verbundene Eigenkontrolle aller Lebensmittelbetriebe hat sich die Tätigkeit der Mitarbeiter der Lebensmittelaufsicht im Bereich der Beratung der Betreiber noch verstärkt. In vielen Betrieben wurden bereits gute Eigenkontrollsysteme installiert. Diese sollen die Personalhygiene, die Betriebshygiene allgemein (saubere Arbeitsflächen, Waschgelegenheiten mit Flüssigseife und Trocknungsmöglichkeiten in den Erzeugerbetrieben etc.), die Lagertemperatur, die Mindest- und Haltbarkeitsdaten 1999, 3263, B. Betriebe gemeldet, die von den Mitarbeitern der Lebensmittelaufsicht kontrolliert wurden.

Ortshygiene

Rattenbekämpfung	1.007
Hygienische Missstände	18
Mitwirkung bei der Überwachung von Gewerbebetrieben und Veranstaltungen	1.097
Angelegenheiten der Hygiene im Siedlungs-, Wohnungs- und Beherbergungswesen (Asylantenheime)	58
Mitwirkung bei der Durchführung von Totenbeschauen	806
Anordnung von sanitätspolizeilichen Obduktionen	62
Bewilligungen nach dem OÖ Leichenbestattungsgesetz	222
Kontrolle von Hallen-, Frei-, Kinderfreibädern und Oberflächengewässern	41

Gesundheitshilfe

Beratung, Betreuung und Überwachung Tb-Kranker	187
Beratung von Alkoholabhängigen	3.358
Untersuchung von Personen wegen Verdachtes auf Suchtmittelmissbrauch	134
Vidierung von Suchtgiftdauerrezepten	1.253
Beratung und Untersuchung Prostituerter	1.404
Amtsärztliche Zeugnisse	1.516

Qualitätssicherung

Überwachung von Einrichtungen im Gesundheitswesen (Krankenhäuser, Apotheken)	44
--	----

Gutachtliche Aufgaben

Objektbezogene Gutachten	42
Personenbezogene Gutachten	2.110

Veterinärwesen

Überwachung der Erzeugung und Gewinnung von Lebensmitteln tierischer Herkunft

Hygieneüberwachung von Betrieben (§§ 16,17 FUG)	3.677
Schlacht tier- und Fleischuntersuchung: Großtiere (Stiere, Ochsen, Kalbinnen, Kühe)	73.618
Kleintiere (Schweine, Schafe)	717

Wild (Rehe, Hirsche, Wildschweine, Gämsen)	28.041
Niederwild (Hasen, Fasane, Enten)	10.373

Tierseuchenbekämpfung

Impfungen gegen Wutkrankheit	4.359
Tierkörperbeseitigung (Einsammeln von Konfiskaten und Abfällen tierischer Herkunft)	463.240 kg

Hygiene der Lebensmittel, Kosmetika und Bedarfsgegenstände

Überwachung von Betrieben und Einrichtungen	4.585
Überwachung der Erzeugnisse	3.142
Beratung	17.698
Überwachung der Preisauszeichnung	569

AMT FÜR NATUR- UND UMWELTSCHUTZ

Amtsleiter

Mag. Dr. Walter Medinger

Sekretariat

Ingeborg Kocher (bis 31. Oktober 1999)

Astrid Riegler (interimistisch ab 1. November 1999)

Neues Rathaus , Hauptstraße 1-5, 4041 Linz

Telefon: 7070/2691

Fax: 7070/2699

e-mail: info@anu.mag.linz.at

Abteilungen

Sachverständigendienst

Ing. Manfred Erlmoser

Messtechnik

Dipl.Ing. Wilfried Hager

Großbetriebe

Dipl.Ing. Helga Fierlinger

Sachbereich „Sonstige Umweltschutzan- gelegenheiten“

Karl Bachlmayr

Naturkundliche Station

Dr. Friedrich Schwarz

Mitarbeiterstand am 31. Dezember 1999: 30
(+1 in Karenz + 1 vakant)

Bodenschutz

Abfallwirtschaft

Chemotechnik

Naturschutz

Einerseits erfolgte in diesen Sachgebieten Sachverständigentätigkeit, andererseits galt es, verschiedene Messungen zur Unterstützung der Sachverständigentätigkeit und notwendiger Erhebungsaufgaben abzudecken. Neben der Besorgung allgemeiner Umweltschutzangelegenheiten waren auch noch Subventionsverfahren nach den „Richtlinien zur Förderung von Umweltschutzmaßnahmen in Linz“ durchzuführen.

Im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung kam der Bearbeitung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen eine ganz besondere Bedeutung für den Umweltschutz zu. Die meisten der zu bearbeitenden Fälle waren aber gewerbebehördlichen Verfahren zuzuordnen. Immer häufiger und wichtiger werden Beschwerdefälle, die sich auf Lärmprobleme (baulicher Schallschutz bei Sanierung von Altbauwohnungen) beziehen.

Durch rechtliche Änderungen im Wasserrecht werden die Bezirksverwaltungsbehörden vermehrt mit Sachverständigenaufgaben betraut werden. Diese Sachverständigentätigkeit soll künftighin innerhalb des Magistrates Linz vom Amt für Natur- und Umweltschutz wahrgenommen werden.

Einen wichtigen Bereich nahm im Amt im Jahr 1999 wiederum die Erstellung von Publikationen ein, allen voran die Zeitschrift ÖKO.L und das Naturkundliche Jahrbuch.

ALLGEMEINER AUFGABENBEREICH

Die Tätigkeiten des Amtes für Natur- und Umweltschutz deckten im Berichtszeitraum folgende Bereiche ab:

Luftreinhaltung

Lärmschutz

SCHWERPUNKTE

Schwerpunktmäßig waren im Amt für Natur- und Umweltschutz folgende Arbeiten zu erledigen:

Gewerbebehördliche Verfahren,
Verfahren nach dem Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen,
Bauverfahren,
Verfahren nach dem OÖ. Raumordnungsgesetz und Verfahren nach dem OÖ. Veranstaltungsgesetz,
Bodenuntersuchungen,
Immissions- und Emissionsmessungen,
Naturschutzrechtliche Stellungnahmen,
Erhebungen und Kartierungen von Flora, Fauna und Biotopen.

In Naturschutzangelegenheiten dienen die sachverständigen Stellungnahmen hauptsächlich dazu, den Einfluß von Bauprojekten auf die Natur und Landschaft so gering wie möglich zu halten bzw. bestehende für die Natur ungünstige Situationen wieder zu bereinigen (z. B. Renaturierungen von Fließgewässern,

Schaffung von Biotopen und Biotopverbunden).

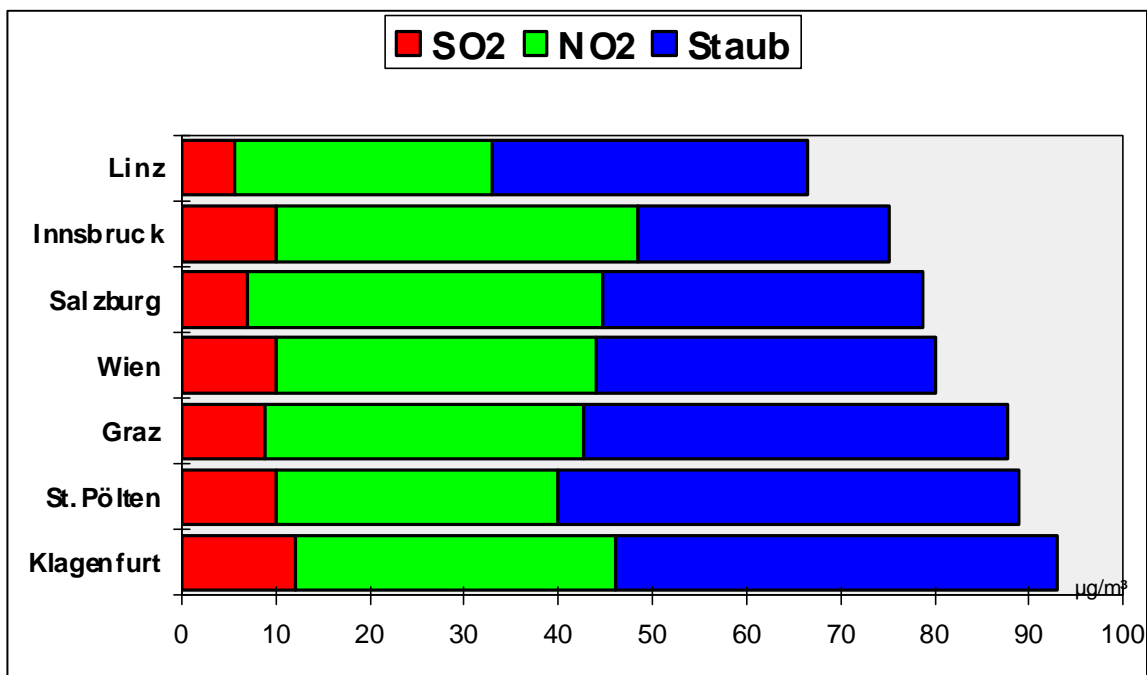
LEISTUNGSUMFANG

Luftsituation

Städtevergleich

Seit dem Jahr 1991 führt die Stadt Linz einen Städtevergleich durch, im Rahmen dessen die Luftsituation im Bereich der Stadt Linz mit jener anderer Städte (größere Landeshauptstädte in Österreich, Industrieregionen, andere Städte in Europa) verglichen wird. Dabei wird von den einzelnen Messnetzbetreibern eine Reihe von Daten über die dortige Luftsituation erfragt und diese dann miteinander verglichen.

Betrachtet man die Werte der österreichischen Landeshauptstädte, so fällt auf, dass Linz vergleichsweise die geringste Luftbelastung aufweist, wenn man die Jahresmittelwerte über alle Messstationen des jeweiligen Messgebietes miteinander vergleicht (Vergleichsstand: 1999):



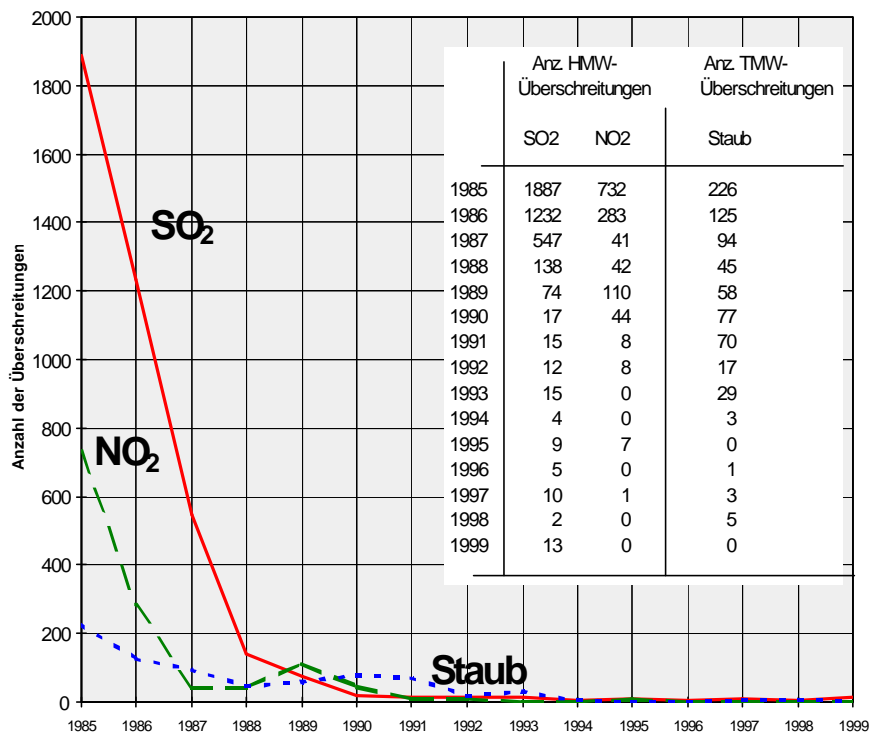
Entwicklung der Luftsituation

Auf Grund der erfolgten Umsetzung der drei Maßnahmenpakete im Bereich der Großindustrie und der Fernheizkraftwerke, wodurch eine mehr als 75-prozentige Schadstoffreduktion erreicht werden konnte, der ständigen Sanierung weiterer Emittenten in der Großindustrie, der

Umstellung des Hausbrandes auf Erdgas und Fernwärme und der Verbesserungen bei Klein- und Mittelbetrieben wurde seit 1984 eine drastische Verbesserung der Luftsituation erreicht. Dies möge in nachstehender Grafik verdeutlicht werden:

Anzahl der Überschreitungen der Grenzwerte der o.ö. Luftreinhalteverordnung für den Halbstunden-Mittelwert (bzw. bei Staub: Tagesmittelwert) im Großraum Linz 1985 - 1999 an allen 10 Messstationen

Daten: Meßnetz des Amtes der oö LReg/UA Luftreinh. und Energietechnik



Linzer Luft im Internet

Unter der Adresse „www.linz.at“ konnten sich Interessierte im Jahr 1999 über die aktuelle Luftsituation informieren, indem sie dort den Bereich „Umwelt“ anwählten. Daneben bestand die Möglichkeit, sich über eine Fülle von Themen, die den Umweltbereich allgemein und den Linzer Umweltbereich im besonderen betreffen, zu informieren. Die Umweltseiten sind neben den Kulturseiten von Internet-Surfern die am häufigsten aufgesuchten Seiten bei „Digital City Linz - DCL“. Ende 1999 musste die Anzeige der aktuellen Luftmesswerte vorübergehend stillgelegt werden, da auf Grund der Tatsache, dass

das bis dahin existierende Datenverwaltungsprogramm nicht Jahr-2000-fähig war, eine neue EDV-Entwicklung notwendig war, die ab dem Jahr 2000 laufen wird. Im Zuge dessen soll im Frühjahr 2000 wieder eine Anbindung der Luftmessdaten an das Internet erfolgen.

Sachverständigenbereich

Tagesdienst

Das Amt für Natur- und Umweltschutz ist für Beschwerden nicht nur während der Magistratsdienstzeit (DW 2700), sondern darüber hinaus auch über das „Grüne Telefon“ (7070/2128) erreichbar.

Aktenkundige Beschwerden des Jahres 1999:

Beschwerdeanlass	Untergruppe	Anzahl der Beschwerden und deren zeitliches Auftreten im Jahr 1999		
		Gesamt	innerhalb der Dienstzeit	außerhalb der Dienstzeit
Luft	Geruch	86	71	15
	Staub/Ruß	10	8	2
	Verbrennungen im Freien	7	6	1
	Feuerstätten	17	16	1
Lärm	-	76	34	22
Abfall	-	34	32	2
Boden/Wasser	-	21	21	0
Anfragen und sonstige Beschwerden		44		
Summe der Anfragen und Beschwerden		295	188	43

Umweltmedizinische Beratungsstelle

Seit 1. Oktober 1997 wird eine neue Dienststelle für die Linzer Bürger angeboten. Die Bevölkerung kann jeweils Montag bis Freitag in der Zeit zwischen 7.00 Uhr und 12.00 Uhr Fragen zum Thema "Gesundheitsbeeinträchtigungen durch

Umwelteinflüsse" über die Telefonnummer 7070/2607 stellen. Federführend für die "Umweltmedizinische Beratungsstelle" ist das Gesundheitsamt. Die Abteilung Messtechnik des Amtes für Natur- und Umweltschutz führte im Jahr 1999 in neun Fällen Schadstoffmessungen in Wohnräumen durch.

Veranstaltungswesen - Laute Baulicher Schallschutz Musikdarbietungen

Bei Genehmigungen für Musikveranstaltungen war neben dem Nachbarschaftsschutz insbesondere auch auf den Schutz der Veranstaltungsbesucher einzugehen, um Gehörschädigungen zu vermeiden. Hinsichtlich der Lärmgrenzwerte für die Besucher orientiert man sich an den Werten einer Schweizer Richtlinie. Darin ist grundsätzlich ein äquivalenter Dauerschallpegel von 93 dB über den Veranstaltungszeitraum festgelegt. Sofern der Charakter der Veranstaltung darunter leidet, kann eine Ausnahme bis 100 dB genehmigt werden, wenn gleichzeitig Gehörschutz angeboten wird. Ungeklärt ist immer noch, wie die Einhaltung dieser Lärmgrenzwerte sichergestellt werden kann. Wie Messungen des Amtes gezeigt haben, kommt es im Nahbereich der Boxen bei lauten Veranstaltungen jedenfalls zu Grenzwertüberschreitungen. Durch Vorschreibung von Sicherheitsabständen wird versucht, die Gefährdung der Veranstaltungsbesucher zu verhindern. Durch eine gleichmäßigere geringere Beschallung des Zuhörerbereiches über eine größere Anzahl von Lautsprechereinheiten könnte das Problem der konzentrierten lauten Schallabstrahlung von zwei Boxentürmen verringert werden. Es entspricht jedoch nicht der gängigen Verwaltungspraxis auf die Ausrüstung der Musikgruppen Einfluss zu nehmen.

Gastgewerbebetriebe

Im gewerbebehördlichen Verfahren sind besonders die Gastgewerbebetriebe problematisch, da immer wieder unbefugte Eingriffe an den durch die Behörde lärmreduzierten und plombierten Musikanlagen vorgenommen werden. Dies führt zu häufigen Außendiensten und Überstundenleistungen.

Lärmbeschwerden über mangelnden baulichen Schallschutz treten bei Altbauwohnungen, aber auch bei Neubauten auf.

Kontrollmessungen des baulichen Schallschutzes (Luft- und Trittschallschutz) in Altbauwohnungen haben gezeigt, dass trotz teilweise massiver Beschwerden über Geräusche aus Nachbarwohnungen die vergleichsweise heranziehenden derzeit gültigen schalltechnischen Mindestanforderungen nicht oder nur wenig überschritten werden. Mehrere Ursachen können dafür verantwortlich sein. Das Problem tritt beispielsweise auf, wenn in Altbauten junge Mieter einziehen, die Kinder haben bzw. andere Lebensgewohnheiten aufweisen (Generationenkonflikt). Durchwegs ist auch die Erwartungshaltung an den baulichen Schallschutz höher, kann aber durch die Mindestanforderungen der Bauordnung nicht befriedigt werden. Ein Problem stellen die tiefen Frequenzen dar, die beispielsweise beim Gehen auftreten, die aber bedingt durch die anzuwendenden Messnormen keine Berücksichtigung finden können.

Textilreinigungen

Am Ende des Jahres 1999 hatte sich im Vergleich zum Vorjahr die Anzahl der Chemischreinigungsbetriebe von 13 auf 12 verringert. Der Schwerpunkt lag in diesem Jahr wieder bei der Überprüfung, inwieweit die Anlagen bereits den Bestimmungen der 1999 fälligen CKW-Anlagen-Verordnung 1994 entsprechen. Mit einem Abschluss der Erhebungen ist im Frühjahr 2000 zu rechnen.

Weiteres Augenmerk wurde auf die Fortführung laufender Bodenluftsanierungen gelegt.

Lackieranlagen

Auf Grund der Lackieranlagenverordnung müssten Lackieranlagen, in denen jährlich mehr als 5000 kg Lösemittel eingesetzt werden, spätestens mit 31. Dezember 1998 mit einer Abluftreinigungsanlage ausgestattet werden. In diesem Zusammenhang sind die in der Folge kommenden Betriebe mit großen Lackieranlagen wurden daher im Jahr 1998 und 1999 einer umwelpolizeilichen Überprüfung unterzogen. Dabei wurde festgestellt, dass nur ein geringer Teil der Anlagen mit entsprechenden Abluftreinigungsanlagen ausgestattet ist. Projekte zur Abluftreinigung waren häufig in Ausarbeitung.

Die strenge gesetzliche Vorgabe nach Abluftreinigungsanlagen wurde durch einen Erlass des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten aufgeweicht, indem Fristerstreckungen vorgesehen sind. Durch diesen Erlass gibt es die Möglichkeit, Fristerstreckungen zu gewähren. Bisher entspricht erst eine Linzer Lackieranlage durch den nachträglichen Einbau einer Abluftreinigungsanlage der Lackieranlagenverordnung.

Dampfkesselanlagen

Bei Dampfkesselanlagen beziehen sich die behördlichen Überwachungen hauptsächlich auf folgende Bereiche:

Emissionserklärungen

Restnutzungsdauer von 5.000 Volllaststunden für Reservekessel ab 1. Jänner 1992

Durchführung der Sanierungsmaßnahmen

Besichtigungsbefunde

Emissionsmessungen

Fernheizkraftwerk Süd

Seit Anfang November 1997 ist die dritte Gasturbine in Betrieb. Das Verfahren zur

Genehmigung des Abhitzekeessels für die dritte Gasturbine wurde 1998 abgeschlossen, der Bau des Abhitzekeessels sollte 1999 erfolgen. Der Bescheid über die Genehmigung des dritten Abhitzekeessels wurde jedoch vom Amt der oberösterreichischen Landesregierung, Umweltrechtsabteilung behoben, da eine Umweltverträglichkeitsprüfung für notwendig erachtet wird. Eine endgültige Entscheidung über ein derartiges Verfahren steht noch aus.

Fernheizkraftwerk Mitte

Es wurden Pläne für den Ausbau und die Modernisierung des Fernheizkraftwerkes Mitte vorgelegt. Wie beim Fernheizkraftwerk Süd sollen in Zukunft erdgasbefeuerte Gas- und Dampfturbinen mit nachgeschalteten Abhitzekeesseln und Entnahme-Kondensationsturbinen zum Einsatz kommen.

Interner Abfallbetrauter

Aufgrund der Eingliederung des Wirtschaftshofes mit der Abteilung Abfallwirtschaft in die SBL musste auch ein neuer Abfallbeauftragter für die Stadtverwaltung bestimmt werden. Mit der Aufgabe des Abfallbeauftragten wurde Anfang 1999 Herr Riepl vom Liegenschaftsamt betraut.

Überdies ist festgelegt, dass für jede Dienststelle des Magistrats ein eigener Abfallbetrauter zu nominieren ist.

Abfallbeauftragte des Amtes für Natur- und Umweltschutz : Frau Alexandra Harich (Karenz) und Herr Ilchmann Oliver.

Projekt "Abfallwirtschaft 2005"

Das Inkrafttreten der Deponieverordnung und die Novellierung des Wasserrechtsgesetzes bringen für die Stadt Linz einige einschneidende Änderungen mit sich.

Ab dem 1. Jänner 2004 ist die bisherige Abfallablagerung ohne Vorbehandlung nicht mehr möglich. Ab diesem Zeitpunkt darf nur mehr Abfall mit einem Gesamtkohlenstoffgehalt unter 5 Prozent oder mit einem oberen Heizwert von weniger als 6000 kJ/kg (bezogen auf trockenen Abfall) abgelagert werden.

Zur Klärung der künftigen Linzer Abfallbehandlung wurde im September 1997 die Projektgruppe "Abfallwirtschaft 2005" eingerichtet und eine Variantenstudie bei Herrn Dr. Lahl und Herr Dipl.-Ing. Scheidl in Auftrag gegeben.

Das Ergebnis der von der Stadt Linz in Auftrag gegebenen Studie wurde bei der vierten und letzten Sitzung des Bürgerbeirates im Juni 1999 von dessen Mitgliedern einstimmig zur Kenntnis genommen und zeigt für die künftige Restabfallbehandlung von Linz (spätestens ab 1. Jänner 2004) folgende Möglichkeiten auf:

Verbrennung des Linzer Restabfalls in einer durch eine zweite Linie erweiterten Abfallverbrennungsanlage in Wels.

Splittingvariante 1:

Errichtung einer mechanisch-biologischen Anlage (MBA) in Linz.

Die darin abgetrennte heizwertreiche Fraktion wäre für die industrielle Verwertung in der Wirbelschichtverbrennung in Lenzing vorgesehen. Der Rotterückstand würde auf der Linzer Restabfalldeponie in Asten abgelagert werden.

Splittingvariante 2:

Errichtung einer MBA-Anlage in Linz wie vorher. Abtrennung von zwei verheizbaren Fraktionen, wobei die heizwertärmere Fraktion für die Abfallverbrennung in Wels vorgesehen wäre und die heizwert-

reichere Fraktion wieder zur Wirbelschichtfeuerung in Lenzing kommen soll. Der Rotterückstand würde in Asten abgelagert werden.

Splittingvariante 3:

Errichtung einer rein mechanischen Abfalltrennungsanlage in Linz (ohne biologische Anlage, also ohne Rotte), heizwertärmere Fraktion zur Abfallverbrennung in Wels, heizwertreiche Fraktion zur Wirbelschichtfeuerung Lenzing.

Die Entscheidung über die künftige Behandlung des Linzer Restabfalls liegt nunmehr bei der SBL.

Laut Auskunft der SBL wird im Jahr 2000 ein neues Linzer Abfallwirtschaftskonzept ausgearbeitet werden. Im Anschluss daran ist geplant, die Ergebnisse dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.

Lärmkataster für Linz und Umgebung

Auf der Grundlage des Linzer Lärmkatasters wurde mit einem Bericht zur Lärmsanierung mit Prioritätenreihung unter Berücksichtigung der Bevölkerungsdichte begonnen.

Für einzelne Lärmsanierungsmaßnahmen an Linzer Straßen wurden gemeinsam mit dem Amt der oberösterreichischen Landesregierung Projekte ausgearbeitet, die im Jahr 2000 umgesetzt werden sollen.

Lärmschutz an Eisenbahnstrecken - Bahnlärmsanierung

Die planmäßige Realisierung von Lärmschutzmaßnahmen im ersten Sanierungsabschnitt Unionstraße/Gaumberg/Keferfeld im Frühjahr 1999 verzögert sich um ein Jahr. Die Gründe lagen in der verzögerten Abwick-

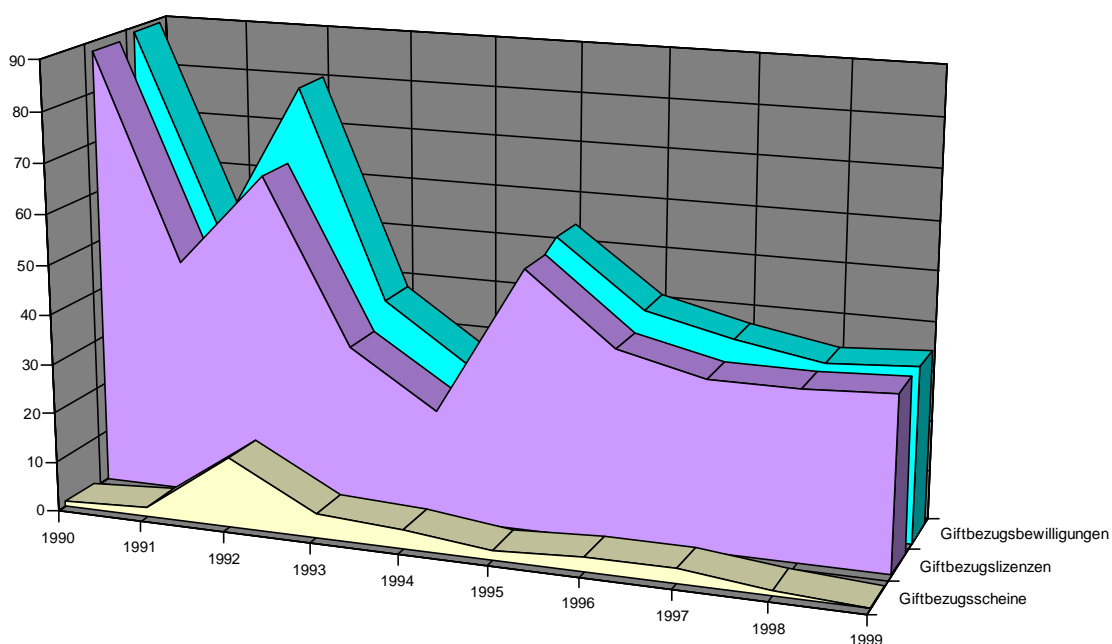
lung des eisenbahnrechtlichen Verfahrens (Abschluss Juni 1999) und der in Folge verzögerten Auftragsvergabe der ÖBB bzw. durch ein unvorhersehbares ÖBB-internes Auftrags- und Vergabepflichtverfahren.

die Kostenbeteiligung des Landes in der Höhe von 25 Prozent der gesamten Bahnlärmsanierungskosten sichergestellt.

Giftbezugsbewilligungen

Im Juni 1999 wurde mit der Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen der Stadt Linz und dem Land Oberösterreich

Zeitliche Entwicklung der Geschäftsfälle (Giftbezugsbescheinigungen und Giftbezugsbewilligungen):



Im Jahr 1999 wurden 35 Gutachten in Giftbezugsbewilligungsverfahren erstellt. Unter den 35 Erledigungen gab es auch eine fachliche Ablehnung, da schwere Bedenken gegen die Anwendung eines Giftes als Keramikglasurbestandteil vorlagen.

michl - Spallerhof zustimmend zur Kenntnis genommen werden. Die Planungsarbeiten werden unter Finanzbeteiligung der Stadt Linz weitergeführt.

Projekt Untertunnelung Bindermichl

Künftige europäische Lärmschutzpolitik

Ende 1999 konnte aus amtlicher Sicht die Weiterentwicklung der Variantenstudie zur Umsetzung des Autobahnsanierungsprojektes für den Stadtteil Binder-

Die seitens der EU zu erwartenden Richtlinien hinsichtlich des Lärmschutzes lassen bei konsequenter Weiterverfolgung der in Linz bereits fertiggestellten oder in Angriff genommen Maßnahmen (Lärmkataster, Bahnlärmsanierung) und

üblichen Vorgangsweisen in Raumordnungsfragen kaum Probleme oder zusätzliche Aufwände erwarten.

Arbeitsgruppen und Fachgremien

Die Arbeitsgruppe des Umweltbundesamtes erarbeitete im Jahr 1999 eine Richtlinie zur einheitlichen Behandlung und Beurteilung von lärmtechnischen Problemen im Zusammenhang mit Veranstaltungen (Pop- und Rockkonzerten) sowie ein vereinfachtes Verfahren zur Begrenzung und Einstellung von Musikanlagen in Gastgewerbebetrieben. Diese Berichte werden Anfang 2000 veröffentlicht.

Die Bemühungen der Arbeitsgruppe um eine österreichweit einheitliche Vorgangsweise für die Beurteilung von lärmtechnischen Problemen wurden weiter fortgesetzt.

Großbetriebe

Behördenverfahren

Im Berichtszeitraum wurden die Sachverständigen der Abteilung Großbetriebe mit insgesamt 188 Geschäftsfällen befaßt, davon mit elf Gutachten im Rahmen der Prüfung von Sicherheitsanalysen, sechs Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen und 24 umweltschutztechnische Gutachten in Genehmigungsverfahren (bau- und gewerbebehördliche Genehmigungs- und Überprüfungsverhandlungen), wobei insgesamt 130 Auflagen formuliert worden sind.

Großverfahren

Darunter fielen die folgenden Großprojekte bzw. Anlagenkomplexe:

Bei der DSM Fine Chemicals Austria:

Bau 506, die ursprüngliche Mono-Anlage zur Herstellung von Pyridate (= Pflanzenschutzmittel) wird in eine Mehr-

zweckanlage für Pflanzenschutzmittel umgebaut und umgewidmet.

An die gemeinsam mit Hoffmann – La Roche errichtete HBL- Anlage Bau 700 wird ein Anbau errichtet, der als Mehrzweckanlage konzipiert ist und der Erzeugung pharmazeutischer Grundstoffe dienen wird. Im Dezember 1999 fand zunächst die Verhandlung zur Genehmigung eines Versuchsbetriebes im Umfang der Errichtung statt, die gewerberechtliche Genehmigung wird im Lauf des Jahres 2000 in Etappen (jeweils für einige konkrete Produkte) abgewickelt werden.

Biologische Abwasservorreinigung, BAV: Die werkseigene Kläranlage wird in ihrer Kapazität in etwa verdoppelt, die nachgeschalteten Biofilter zur Abluftreinigung werden in ihrer Größe und Kapazität mehr als verdoppelt. Damit soll eine bessere Abwasserreinigung und auch Abluftreinigung gewährleistet werden.

Bei der AGROLINZ Melamin GmbH:

Bau 436, 5. Melamin- Anlage. Die 1998 genehmigte Anlage wird in einigen Punkten abgeändert, nachdem sich im Zuge der Bestellungen und der Errichtung die Notwendigkeit diverser technischer Änderungen herausgestellt hat. Fertigstellung voraussichtlich im Jahr 2000.

Optimierung Düngemittelproduktion Bau 626 – 629. Durch Optimierung verschiedener Arbeitsabläufe und Modernisierung diverser Apparate soll die Produktionskapazität der Mehrnährstoffdüngieranlage erhöht werden, als Nebeneffekte werden die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter verbessert, und die Abluft der beiden Sphärodizer (Apparate zur Granulierung des fertigen Düngers) wird einem neuen gemeinsamen Wäscher zugeführt, wodurch die Emissionsfrachten an Staub und Ammoniak aus diesem Bereich trotz erhöhter Produktion um ca.

25 Prozent sinken werden. Fertigstellung in Etappen 2001/2002.

Außerbetriebnahmen

VOEST Alpine Stahl: Der Produktionsbereich Teerdestillation wurde aufgelassen, zwischen April und ca. Juli 1999 wurden Demontage- und Reinigungsarbeiten durchgeführt.

VOEST Alpine Stahl: Mit Ende des Jahres wurden die Koksofenbatterie III, die letzte der alten Ofengruppe 1, und mit ihr der alte Kokslöschurm 1 außer Betrieb genommen. Die Ofengruppe 2 ist insgesamt umweltfreundlicher als die alte Ofengruppe, da durch verschiedene Zusatzapparate diffuse Emissionen bei den einzelnen Bearbeitungsschritten minimiert wurden.

Projektgruppenarbeit

Auch im Berichtsjahr 1999 wurde die Mitarbeit der Abteilung Großbetriebe in der Projektgruppe Anlagensicherheit, in deren Rahmen die Mitwirkung des Amtes an der Prüfung von Sicherheitsanalysen und Maßnahmenplänen (Schwerpunkt: Ausbreitungsrechnungen hinsichtlich störfallbedingter Schadstoffemissionen) erfolgt, fortgesetzt. Dabei wurde die Prüfung aller Sicherheitsanalysen bestehender Betriebsanlagen abgeschlossen. Die Projektgruppe Anlagensicherheit wird in Zukunft die alle zwei Jahre vorzulegenden Fortschreibungen sowie Sicherheitsanalysen von neu errichteten Betriebsanlagen zu prüfen haben.

Sanierungen

Sichtbare Emissionen aus dem VASL-Stahlwerk ("rote Wolken")

Im Zuge eines Großverfahrens zur „Optimierung Flüssigphase“ wurde 1998 die Genehmigung zur Errichtung einer weite-

ren Filteranlage beim Stahlwerk LD3 erteilt. Durch die Verdoppelung der Absaugleistung der Filteranlagen werden die bisher immer wieder auftretenden, seit 1997 zunehmenden, sichtbaren Emissionen aus dem Stahlwerk ca. ab Anfang 2000 der Vergangenheit angehören. Eine fallweise auftretende rote Wolke kann nie ganz ausgeschlossen werden (z. B. bei sogenannten "Auswürfen"), deren Häufigkeit wird aber deutlich zurückgehen. Die Errichtungsarbeiten wurden 1999 durchgeführt, die zweite Filteranlage geht Anfang 2000 in Betrieb. Die Mitarbeiter der Abteilung Großbetriebe werden im Lauf des Jahres 2000 die Effizienz dieser Maßnahme überprüfen.

Geruchsproblematik

Die Reinigungsarbeiten im Bereich VASL, Teerdestillation, führten im Frühling 1999 an einigen Tagen zu Geruchsbelästigungen im Stadtgebiet. Allerdings ist

durch die Stilllegung dieses Anlagenbereiches in Zukunft eine nicht unbedeutende Quelle für diffuse organische Emissionen weggefallen.

Die Stilllegung der Koksbatterie III und des Löschturmes 1 wird ab 2000 für eine Verringerung der Geruchsbelästigungen aus dem Bereich Kokerei sorgen (Geruch nach Kokerei und faulen Eiern).

Die DSM-werkseigene Kläranlage (für den ganzen Chemiapark) wird in ihrer Kapazität in etwa verdoppelt, die nachgeschalteten Biofilter zur Abluftreinigung werden in ihrer Größe und Kapazität mehr als verdoppelt. Damit soll eine bessere Abwasserreinigung und auch Abluft-

reinigung gewährleistet werden, Geruchsbelästigungen aus dem Bereich Kläranlage werden dadurch abnehmen.

Emissionsüberwachung

Im Berichtszeitraum wurden von den folgenden Anlagen der Linzer Großbetriebe

sowie der ESG kontinuierlich Halbstundenmittelwerte von Abgas-Schadstoffkonzentrationen on-line an das Amt für Umweltschutz übertragen:

VOEST-ALPINE:

Kraftwerk: Gas- und Dampfturbinenanlage (=Block 01); die Blöcke 04, 05 und 06; Sammelschienenanlage (Kessel 2 und 3); Kraftwerk gesamt.

Kokerei: Koksgasentschwefelung; Schwefelsäureanlage.

Warmwalzwerk: Stoßöfen 6 und 7.

Sinteranlage: Sinterband 5.

AGROLINZ MELAMIN GmbH:

Salpetersäureproduktion: Linien E und F.

ESG:

Fernheizkraftwerk Mitte; Fernheizkraftwerk Süd

Emissionsbilanzen

Auch für das Jahr 1998 wurde wieder eine detaillierte Emissionsbilanz für den Linzer Raum hinsichtlich der Komponenten SO_2 , $\text{NO}_{x(2)}$, Staub, CO_2 , CO, H_2O , HF, H_2S , NH_3 , Nicht-Methan-Kohlenwasserstoffe (C_nH_m) sowie (F)CKW und CH_4 erstellt. (Siehe Grafik Seite 145)

Im Vergleich zu 1997 waren bei den Hauptschadstoffen Staub, $\text{NO}_{x(2)}$ und SO_2 jeweils Zunahmen der Jahresfrachten festzustellen. Beim klassischen Treibhausgas CO_2 ist erfreulicherweise eine - VOEST-ALPINE- bedingte - Abnahme der Jahresemissionen verglichen mit 1997 zu verzeichnen gewesen. Die Zunahmen bei den Hauptschadstoffen sind allesamt im Wesentlichen auf die Emissionen der VOEST-ALPINE zurückzuführen. Zum Beispiel erfolgte bei den SO_2 -Emissionen von 1997 auf 1998 eine Gesamtzunahme von 124 Tonnen, davon entfielen allein 106 Tonnen auf die gestiegenen Sinteranlagen-

Jahresemissionen. Bei der Chemie-Gruppe waren die Jahresemissionen beispielsweise für $\text{NO}_{x(2)}$ um 38 Tonnen geringer als 1997.

Grundsatzaufgaben

Mobilitätsberatung im Magistrat Linz

Auf Initiative von Umweltstadträtin Dr. Christiana Dolezal und Verkehrsstadtrat Berthold Amerstorfer wurde im Winter 1998 die Durchführung einer Mobilitätsberatung im Magistrat Linz in Auftrag gegeben. Ziel dabei ist: Die Mitarbeiter sollen ihr Mobilitätsverhalten überprüfen und, wenn es möglich ist, auch ändern. Das heißt: Das Auto soll zu Hause bleiben, und der Weg von und zur Arbeit soll hauptsächlich mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt werden.

41 Personen haben sich für eine Testphase angemeldet. Zwei Monate lang testeten sie kostenlos eine ESG-Monatskarte. Über diesen Zeitraum wurde über jeden einzelnen Weg von und zur Arbeit genauestens über Positiva und Negativa Buch geführt („Mobilitätspass“). In weiteren Schritten werden nun von der Arbeitsgruppe Maßnahmen erarbeitet, die eine größere Zahl von Mitarbeitern zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel bewegen sollen.

Mobilitätsberater-Ausbildung

Auf Vorschlag von Stadtrat Amerstorfer sowie von Stadträtin Dr. Dolezal absolvierte je ein Mitarbeiter aus dem Amt für Natur- und Umweltschutz, Planungsamt sowie dem Amt für Personal- und Organisation sowie zwei Mitarbeiter der ESG und ein Mitarbeiter der VOEST ALPINE STAHL LINZ die Ausbildung zum Mobilitätsberater.

Klimabündnis-Hauptpreis

Im Rahmen des achten österreichischen Klimabündnis-Treffens 1999 in Baden bei Wien erhielt die Stadt Linz einen Hauptpreis des Klimabündnisgemeinde-Wettbewerbes. Die Auszeichnung „Halbzeit“ versteht sich als Zwischenbilanz für das Gesamtpaket der Klimaschutzmaßnahmen der Gemeinden, das bis zum Jahr 2010 umgesetzt werden soll. In der Kategorie der Gemeinden über 60.000 Einwohner konnte die Stadt Linz österreichweit die besten Ergebnisse erzielen. Umweltminister Bartenstein überreichte den Preis den Vertretern der Landes-

hauptstadt: Dr. Walter Medinger, Leiter des Amtes für Natur- und Umweltschutz, sowie Dr. Gerhard Utri.

Ausgezeichnet wurden insbesondere die Aktivitäten der Stadt auf den Gebieten der Luftreinhalte- und Klimaschutzmaßnahmen, der Energiesparmaßnahmen, des Verkehrs, der umweltgerechten Beschaffung und der Landwirtschaft sowie der Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Klimaschutz.

„Klimabündnis“-Beirat

Umweltstadträtin Dr. Dolezal lud am 10. März des Berichtsjahres den Klimabündnis-Beirat zu seiner zehnten Sitzung nach Linz in das Pressezentrum im Alten Rathaus.

Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Position des Klimabündnisses hinsichtlich der Holz-Zertifizierung, der HFCKW- und HFKW-Verzicht sowie die einheitliche CO₂-Bilanzierung für Klimabündnisgemeinden.

„Linz lebt Umwelt“

Ökologisches Handeln und wirtschaftlicher Erfolg sind keine Gegensätze. Mit dem Projekt „Linz lebt Umwelt“ wird nicht nur dem Umweltschutz Rechnung getragen, sondern auch der wirtschaftlichen

Leistungsfähigkeit der Unternehmer. Das Projekt „Linz lebt Umwelt“ wurde von der Bezirksstelle Linz-Stadt der Wirtschaftskammer Oberösterreich, dem Land Oberösterreich und der Stadt Linz ins Leben gerufen. „Linz lebt Umwelt“ bietet den Linzer Betrieben ein maßgeschneidertes Beratungsprogramm für den betrieblichen Umweltschutz. Professionelle Beratung durch erfahrene Umweltberater und die Kooperation mit dem Amt für Natur- und Umweltschutz

bürgen für eine erstklassige Leistungserbringung. Im Sommer des Berichtsjahres gab Umweltstadträtin Dr. Dolezal den Auftrag zum Startschuss für das Vorhaben.

Ziel des Projekts ist eine Kosteneinsparung durch Reduktion des Einsatzes von Ressourcen (sowohl stofflich als auch energetisch) und damit eine Optimierung des Produktionsprozesses. Die positive Darstellung der erbrachten Umweltleistung

führt weiters zu einem Imagegewinn des Unternehmens in der Öffentlichkeit. Die teilnehmenden Unternehmen werden nach erfolgreicher Durchführung und Umsetzung der Beratung mit einem Zertifikat ausgezeichnet.

Zur Teilnahme eingeladen sind alle Linzer Unternehmen mit nicht mehr als 250 Mitarbeitern. Die Kosten der einjährigen Aktion werden zu je einem Viertel vom Land, von der Stadt und von der Wirtschaftskammer getragen, ein Viertel der Kosten (zwischen 70.000,- und 120.000,- Schilling) trägt das jeweilige Unternehmen selbst. Gefördert werden die externen Beratungskosten für die Teilnahme an den Workshops sowie die Einzelberatung.

Linzer Reparatur- & Verleihführer

Wer einen Gegenstand ausleihen oder einen defekten wieder in Stand setzen lassen möchte, steht oft vor dem Prob-

lem einen geeigneten Betrieb zu finden.
Dafür gibt es nun die neue, über 60
Seiten

JAHRESEMISSIONEN LINZ 1998

Angaben in Mg/a (=t/a); CO₂ und H₂O in Gg/a
(=1000t/a)

ohne Berücksichtigung einer Stromgutschrift

Emittentengruppe [Austrittshöhen- Klassen in Meter über Grund]	Komponente							
	Staub	NO _{(x)2}	SO ₂	CO	CO ₂	H ₂ O	HF	H ₂ S
	[t/a]	[t/a]	[t/a]	[t/a]	[1000t/a]	[1000t/a]	[t/a]	[t/a]
VOEST-ALPINE gesamt	1.150	3.579	2.664	110.934	5.446	2.393	3,8	24,4
>100	240	1.070	2.182	87.642	1.622	477	3,7	0,0
>=50; <=100	16	2.112	319	20.763	3.155	670	0,0	0,0
<50	895	397	162	2.530	669	1.246	0,1	24,4
CHEMIE gesamt	118	725	0	107	702	737	1,8	<1
>100	0	0	0	0	0	0	0,0	<1
>=50; <=100	39	568	0	22	424	421	0,3	<1
<50	79	157	0	86	278	316	1,5	<1
Heizwerke ge- samt	8	361	167	165	538	336	<1	<1
>100	8	270	167	19	268	83	<1	<1
>=50; <=100		0	0	0	0	0	<1	<1
<50	0	91	0	145	270	253	<1	<1
Sonstige Ar- beitsstätten	53	226	314	830	227	212	<1	<1
Private Haushal- te	35	133	86	1.784	198	154	<1	<1
Verkehr	1.000	2.845	286	4.120	384	135	<1	<1

LINZ GESAMT	2.364	7.868	3.517	117.940	7.495	3.968	5,6	24,4
--------------------	--------------	--------------	--------------	----------------	--------------	--------------	------------	-------------

umfassende Broschüre des Amtes für Natur- und Umweltschutz der Stadt Linz: Im „Linzer Reparatur- & Verleihführer“ sind alle Betriebe aufgelistet, die Gegenstände reparieren oder zum Verleih anbieten.

Dadurch wird nicht nur Müll vermieden, sondern auch die Umwelt entlastet. Außerdem ist bei jeder Firmenadresse die

optimale Bus- oder Straßenbahnlinie für eine umweltfreundliche Anreise zum jeweiligen Betrieb angeführt.

Die Broschüre „die umweltberatung“ wurde im Auftrag der Stadt erstellt.

Arbeitsausschuss „Öko-Audit“

Im Rahmen des Arbeitsausschusses „Öko-Audit“ der Fachgruppe „Betrieblicher Umweltschutz“ des Österreichischen Wasser- und Abfallwirtschaftsverbandes (ÖWAV) wurden unter der Federführung des Wirtschaftsförderungsinstituts Wien Merkblätter zu einer Reihe von Themen erarbeitet, wie z.B. Zukunftsfähige Gemeindeentwicklung, Betriebliches Energiemanagement, Ressourcenmanagement im Rahmen eines Umweltmanagementsystems oder Grundlagen zum kommunalen Umweltmanagement.

Die Merkblätter sollen vor allem Betrieben und Kommunen als Unterstützung bei der Umsetzung von Klimaschutz-, Energiespar- sowie Nachhaltigkeitsmaßnahmen dienen.

Neben dem Umweltministerium, etlichen Kommunen, Firmen und nicht behördlichen Organisationen (NGOs) ist in diesem Arbeitsausschuss das Amt für Natur- und Umweltschutz durch Dr. Gerhard Utri vertreten.

Naturschutz

Personal und Organisation

Derzeit verfügt die Naturkundliche Station über einen Personalstand von fünf Vollzeitmitarbeitern im Fachbereich und einer Teilzeit-Honorarkraft für die Verwaltung der Zeitschrift ÖKO.L und des Schriftentausches. Eine Teilzeitsekretärin nimmt schwerpunktmäßig Tätigkeiten der Station wahr.

Grundlagenforschung

„Bewahrung und Entwicklung der Naturreichtümer“ ist eines der Ziele hinsichtlich der vom Linzer Gemeinderat beschlossenen, nachhaltigen Stadtentwicklung. Zwingende Voraussetzung ist, zu wissen, was an Naturreichtümern vorhanden ist. Deshalb bilden laufende Untersuchungen des Linzer Naturhaushaltes einen wichtigen Schwerpunkt der Arbeit, wobei es darum geht, das Artenspektrum der Tier- und Pflanzenwelt sowohl quantitativ als auch qualitativ zu erfassen, um Schutz- und Erhaltungsmaßnahmen ableiten zu können. ~~Bemerkung~~ stellt dies durch mehrjährige Beobachtungs- bzw. Zählprogramme und Projekte:

Routineprogramme

Biomonitoring Sammelgerinne Urfahr
Biomonitoring an renaturierten Gewässern
Biomonitoring Aupolder Asten
Kormoran-Schlafplatz-Zählung
Wasservogelzählung an Linzer Fließwässern im Winterhalbjahr

Bestandsüberwachung der österreichischen Brutvögel

Spurenkartierung im Winterhalbjahr

Tierbestandsaufnahme an der Donau im Stadtzentrum

Kontrolle der Vogelnist- und Fledermauskästen

Führung der Kleingewässerkartei: Derzeit sind die Daten von ca. 190 Stillgewässern des Linzer Raumes enthalten.

Projekte

Die Brutvogelkartierung (auch der Bereich des VOEST-Werksgeländes konnte in diesem Jahr begangen werden) wurde abgeschlossen.

Bryofloristische Kartierung von Linz (Mooskartierung):

Neben dem Überblick über die Gesamtgarnitur des Stadtgebietes, woraus sich Schutzmaßnahmen ableiten lassen, gewährt diese Bearbeitung die Möglichkeit, Zonen unterschiedlicher Schwermetallbelastungen darzustellen.

Neubearbeitung der Biotopkartierung

Die grafischen Daten der ersten Biotopkartierung, welche nunmehr auch in digitaler Form vorliegen, wurden in das im Aufbau befindliche städtische GIS eingebunden. Vorgesehen ist die Verknüpfung der beschriebenen Daten aus der Biotopkartierung mit den grafischen Daten der Karte, womit es für alle berechtigten Nutzer in den technischen Ämtern möglich sein wird, Abfragen betreffend ökologisch wertvoller Flächen bei Planungsvorhaben oder im Rahmen der Raumplanung durchzuführen.

Kartierung der Wespenfauna: Nachweis von 253 Arten, darunter drei Neufunde in Oberösterreich.

Naturschutzpraxis

Sachverständigentätigkeit

Dieser Bereich wird in erster Linie vom Abteilungsleiter der Naturkundlichen Station abgedeckt, der auch die Funktion des Bezirksbeauftragten für Natur- und Landschaftsschutz und des Amtssachverständigen für Gewässerbiologie innehat. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 137 Einzelerledigungen abgewickelt; 100 Lokalausweise wurden unternommen, 69 interne und externe Besprechungen fanden statt.

Naturschutzgebiet Traun-Donau-Auen

Mit der Nominierung dieses Landschaftsbereiches zum Natura-2000-Gebiet, sind die Linzer Auwälder unter EU-Rechtsnormen geschützt, womit auch die Chance für eine Projekt-Mitfinanzierung durch Brüssel gewahrt ist.

Stadtbauernförderung (siehe auch Kapitel „Förderungen“)

Artenschutzprogramme

Artenschutz an Gebäuden:

In Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt und Wohnungsgenossenschaften konnten im Zuge dieses laufenden Projektes rund 280 Nisthilfen für Mauersegler und Mehlschwalben bei Sanierungsarbeiten an Gebäuden und anlässlich von Neubauvorhaben installiert werden.

Krötenschutzzaun an Kapuzinerstraße und Pöstlingberg.

Artenschutzmaßnahmen für Wechselkröten im Industriegelände.

Hornissenschutz.

Nistkastenkontrolle in den Bereichen Pleschinger Sandgrube, Bergschlösslpark, am Weikerlsee.

Naturdenkmäler:
Routinemäßige Kontrolle der 34 bestehenden Naturdenkmäler.

Naturschutzgebiet Pleschinger Sandgrube:
Nach Unterschutzstellung im Vorjahr wurde das Gebiet regelmäßig kontrolliert.

Solar-City Pichling: Es erfolgten Abstimmungsgespräche mit dem beauftragten Landschaftsplanungsbüro Dreiseitl bezüglich Erweiterung des Kleinen Weikerlsees und mit dem Büro Topos 3 hinsichtlich der Revitalisierung des Aumühlbaches, welche bereits in Angriff genommen wird.

Öffentlichkeitsarbeit und Umwelterziehung

Ausstellung „Viktor Schauberg – Wasser ist Kraft“:

Vor allem sollte die Ausstellung vermitteln, wie es gelingen kann, über genaue Naturbeobachtung umweltverträgliche Technologien zu entwickeln.

Projekt Dohlen im Internet:

Mit gegenüber dem Turmfalkenprojekt des Vorjahres verbesserter Technik sollte Einblick in den schwer zu beobachtenden Ablauf einer Dohlenbrut auf dem Gelände der Linzer Universität geboten werden.

Als sehr erfolgreich kann wohl die Akzeptanz im Internet bezeichnet werden: Gesamtzahl der Seitenaufrufe: 115.174; Gesamtzahl der Besuche: 17.400.

Besuch Dr. Jane Goodalls in Linz:

Im Vorfeld ihres Besuches wurde im Ausstellungsraum des Neuen Rathauses eine

Ausstellung über die Forschungen Goodalls mit Schimpansen gezeigt. Am 24. und 25. November war J. Goodall zu Besuch und hielt an jeweils drei Veranstaltungen, die im Neuen Rathaus stattfanden, ihren bewegenden Vortrag über ihr Leben und ihre Arbeit, „assistiert“ vom populären Musiker Hubert von Goisern. Erfreulich auch das finanzielle Ergebnis: Rund 180.000,- Schilling, die sie für ihre Naturschutzprojekte in Tansania verwenden wird, konnten übergeben werden.

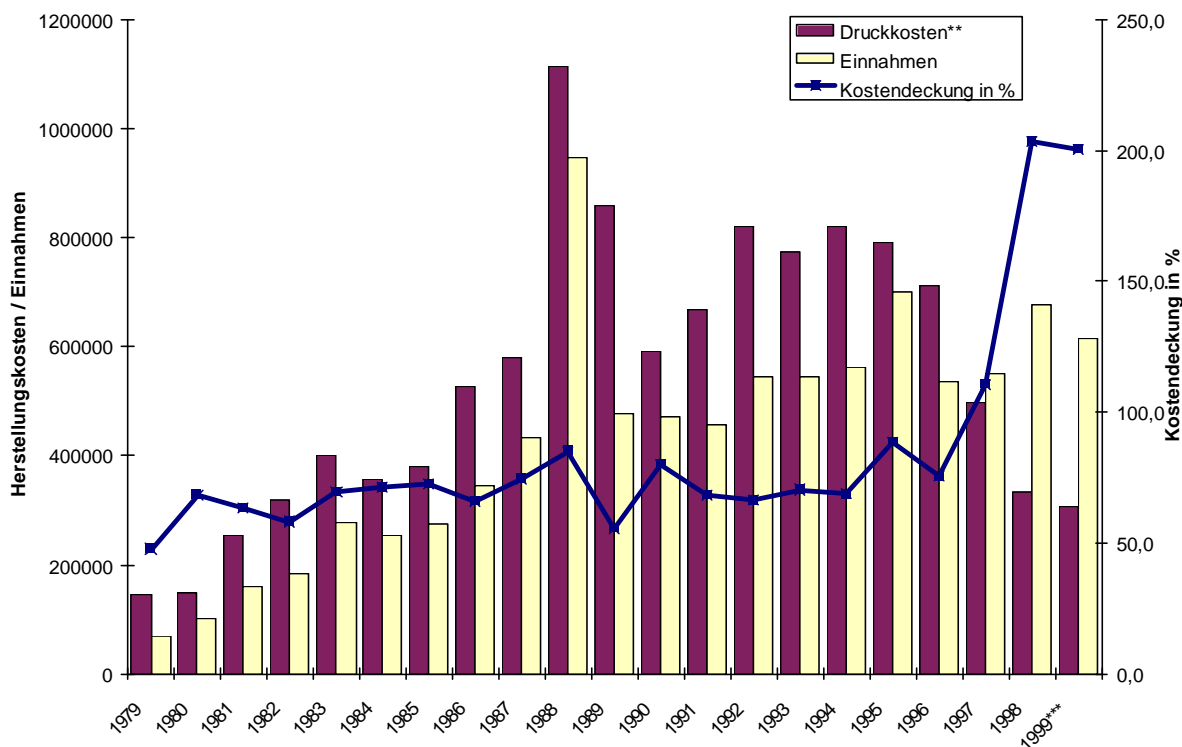
Herausgabe von ÖKO.L-Jahrgang 21:

Der Trend, die Herstellungskosten weiterhin zu minimieren, ließ sich auch im Jahre 1999 fortsetzen. Die Kosten aus den Verbesserungen in der EDV-Ausstattung, des Layout- und Grafikbereiches haben sich völlig amortisiert. (Siehe Diagramm und Tabelle Seite 149) Die positive Bilanz bei den Kosten ist auch annähernd bei den Einnahmen gegeben.

Herausgabe des Naturkundlichen Jahrbuches Band 44 (1998):

Auch im Jahr 1999 wurde eine Ausgabe des Naturkundlichen Jahrbuches publiziert, worin bekanntermaßen Auftragsarbeiten der Station bzw. stationseigene Beiträge der Fachöffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Weltweit wird das wissenschaftliche Sprachrohr der Naturkundlichen Station an Institute, Universitäten und Museen versandt, welche ihrerseits die eigenen Publikationen der Stadt Linz zukommen lassen.

Herstellungskosten und Kostendeckung ÖKO.L



** Honorarkraft wegen Vergleichbarkeit nicht berücksichtigt.

*** Da die Naturkundliche Station ab 1999 in den Unternehmensbereich gekommen ist, ist die Vergleichbarkeit (Vorsteuerabzug) eingeschränkt. Angegeben sind die tatsächlich auf den Voranschlagstellen gebuchten Summen.

Herstellungskosten Naturkundliches Jahrbuch (1980-1998) (Band 1999 noch nicht erschienen)

Jahrgang	Auflage	Druckkosten	Seiten	Druckkosten/Seite
1980 - 1990*	500	360.000 ATS	276	1304 ATS
1991 - 1993	500	765.380 ATS	552	1387 ATS
1994 - 1995	450(468)**	348.986 ATS	388	899 ATS
1996 - 1997	400(430)	176.464 ATS	512	345 ATS
1998***	400(484)	111.085 ATS	320	347 ATS

* Seitenzahl = Durchschnitt der Einzelbände 1980 - 1990; Druckkosten etwa ATS 360.000,--

** keine Sonderdrucke

*** Da die Naturkundliche Station ab 1999 (Band 1998) in den Unternehmensbereich gekommen ist, ist die Vergleichbarkeit (Vorsteuerabzug) eingeschränkt.

Angegeben ist die tatsächlich von der Voranschlagstelle abgebuchte Summe. Vorträge, Exkursionen, sonstige Öffentlichkeitsarbeit:

Insgesamt wurden elf Vorträge und Exkursionen von Mitarbeitern der Naturkundlichen Station gehalten und durchgeführt; um nur einige zu nennen:

Vier vogelkundliche Exkursionen in Zusammenarbeit mit der VHS, VHS-Kurs „Heimische Biotope und ihre Pflanzenwelt“ (sechs Abende), Ökologisch-botanische Exkursionen in Zusammenarbeit mit der VHS, Exkursion und Diskussion mit HWF im Natura-2000-Gebiet „Donauwälder“ u.a., Bibliothek für Natur und Umwelt: Eröffnung am 7. Juni offiziell durch Stadträtin Dr. Dolezal.

Der Verleihbetrieb wurde mit Jahresbeginn an zwei Öffnungstagen (Dienstag und Donnerstag) aufgenommen.

Sonstige Öffentlichkeits- und Medienarbeit:

Fernsehbeitrag von OÖ Vision über Wasservogel im Linzer Stadtgebiet, Interview für ORF-Radio OÖ: Vogelzug, Wasservogel, Vögel am Futterhaus, Taubenproblem etc.

Auch bei mehreren Pressekonferenzen war die Naturkundliche Station vertreten.

Sonstiges:

Der Abteilungsleiter der Station, Dr. F. Schwarz, wurde zum Vizepräsidenten des Linzer Tiergartens gewählt; diese Funktion nimmt er ehrenamtlich wahr.

Breiten Raum, alle möglichen naturbezogenen Themen betreffend, nimmt die Beratungs- und Informationstätigkeit der Naturkundlichen Station ein. Die Anzahl der an die Station gestellten Fragen liegt bei rund 500.

Fortbildung (Dienstreisen, Tagungen, Seminare)

Im Berichtsjahr wurden von den Stations-Mitarbeitern 23 Dienstreisen unternom-

men und 12 Schulungen bzw. Fortbildungsveranstaltungen besucht.

Förderungen von Umweltschutzmaßnahmen in Linz

Förderung von Heizungsumstellungen - Routineförderung

Die Stadt Linz fördert seit 26. April 1984 nach den vom Gemeinderat beschlossenen „Richtlinien zur Förderung von Umweltschutzmaßnahmen in Linz“, in der geltenden Fassung vom 30. Juni 1994, Maßnahmen zum Schutz der Umwelt im Linzer Stadtgebiet. Einen sehr wesentlichen Teil des Förderangebotes stellt die Förderung von Heizungsumstellungen von festen oder flüssigen Brennstoffen auf Erdgas- oder auf Fernwärmebetrieb im Wohnungsbereich dar. Voraussetzung für die Förderung einer Heizungsumstellung auf Erdgasbetrieb war und ist die Abgasführung über Dach.

Dieses nun bereits seit 15 Jahren bestehende Förderangebot der Stadt Linz für Heizungsumstellungen auf ein dem Stand der Technik entsprechendes Heizsystem, insbesondere zur Wohnraumheizung, hat die Erreichung des Zieles des Energiekonzeptes 1988, dass neunzig Prozent der Linzer Haushalte an leitungsgebundene Energieversorger anschließen, ganz wesentlich beschleunigt. Bis Mitte des Jahres 1996 wurden lediglich Heizungsumstellungen von festen oder flüssigen Brennstoffen auf Fernwärme- oder Erdgasbetrieb gefördert. Ab diesem Zeitpunkt wurden und werden, über Vorschlag der Sachverständigenkommission im Hinblick auf die für die Förderbarkeit verlangten hohen Qualitätslimits beim Emissionsverhalten von erdgasbefeuerten Heizanlagen zusätzlich auch Heizungsoptimierungen gefördert. Da

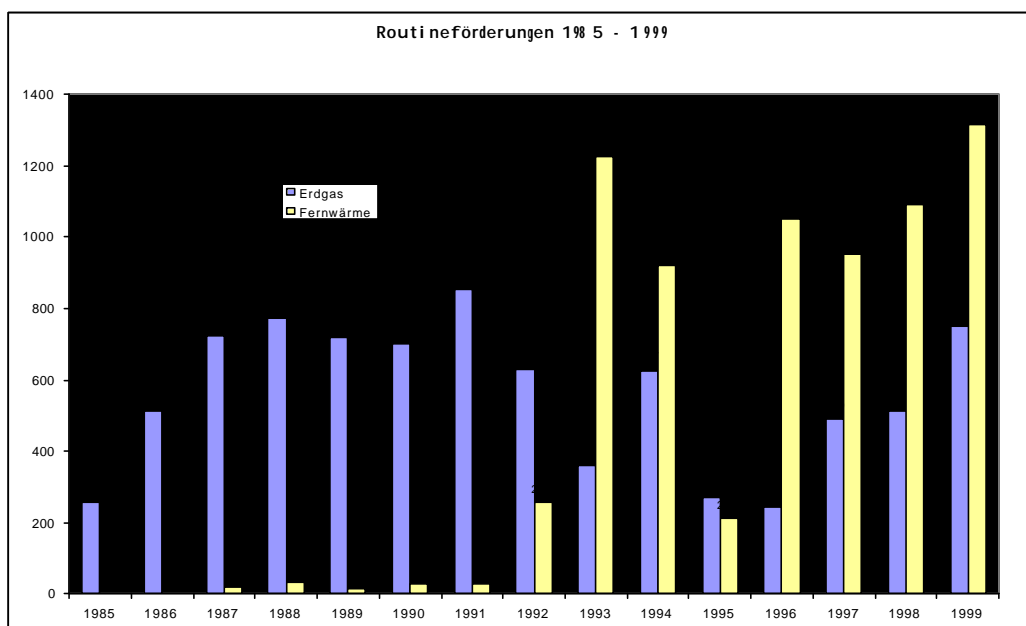
gleichzeitig ein an der Machbarkeit orientierter Emissionsgrenzwert für mit Erdgas zu befeuernden Kleinf Feuerungsanlagen festgelegt wurde, wurde mit dieser Maßnahme bei den Herstellern ein wesentlicher Schritt zur Qualitätsanhebung im Heizungsbereich provoziert.

Insgesamt wurden somit bisher seit Bestand des Förderangebotes 15.570 luftverbessernde Maßnahmen im Bereich des Hausbrandes gefördert. Bei den 2.067 des Jahres 1999 geförderten Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnraumheizung handelt es sich in 1.331 Fällen um Heizungsumstellungen, in 736 weiteren Fällen wurden Heizungsoptimierungen vorgenommen.

Die im Vorjahr erfolgte Ankündigung einer Reduzierung des Förderangebotes für Kleinf Feuerungsanlagen mit Jahreswechsel löste eine intensive Akquirierungstätigkeit seitens der Energieversorger ESG und SBL aus, was zum Jahreswechsel einen enormen Anstieg bei den Fernwärmeanträgen bewirkte. So wurden allein von der ESG vor Ablauf der Einreichfrist noch etwa 1200 Anträge eingereicht, für die noch das bis dahin

geltende Förderangebot (10.000,- Schilling für Heizungsumstellungen auf Fernwärme-, 8.000,- Schilling für Erdgasumstellungen und 5.000,- Schilling für Optimierungen) aufrecht zu halten war. 800 dieser Anträge können gar erst im Jahr 2000 angewiesen werden. Durch das ebenfalls angekündigte Auslaufen des Förderangebotes mit Ende des Jahres 2001, wurde jedoch auch im Laufe des Berichtsjahres trotz Senkung des Förderangebotes auf 5000,- Schilling für Heizungsumstellungen und 3.000,- Schilling für Optimierungen von dem Angebot noch fleißig Gebrauch gemacht.

Unterzieht man die Gesamtzahl der in Linz bisher geförderten Heizungsumstellungen der vergangenen 15 Jahre einer näheren Betrachtung, so läßt sich feststellen, dass gemessen an der Gesamtzahl von derzeit etwas mehr als 100.000 Wohnungen, bei bereits mehr als 15 Prozent dieser Emittentengruppe größtenteils gravierende Verbesserungen vorgenommen wurden. Diese wirken sich für Linz infolge der relativen Boden-nähe von Hausbrandemissionen besonders günstig aus.



Stadtbauernförderung - Routineförderung

Die sogenannte Stadtbauernförderung gründet sich auf § 1 Abs. 2 lit. h der „Richtlinien zur Förderung von Umweltschutzmaßnahmen in Linz“, der die Förderung von biologischen Umweltschutzmaßnahmen wie z.B. den Ankauf und die Pacht von schützenswerten Lebensräumen, Maßnahmen zur Pflege des Naturhaushaltes, Mauerbegrünungsaktionen, Bepflanzung von Betriebsgeländen, För-

derung von Durchgrünungskonzepten, Errichtung von Lehrpfaden etc. vorsieht. Das konkrete Förderangebot im Rahmen der Stadtbauernförderung umfasst nun biologische Umweltschutzmaßnahmen wie eine ökologisch orientierte Wiesenbewirtschaftung, die Anlage und Pflege von Rainen oder von Randstreifen, die Pflege von Wiesenböschungen und die Pflanzung von Streuobstbäumen mit alten Obstsorten.

**Stadtbauernförderung 1999
Ergebnisse**

Eingelangte Anträge: 75
 Geförderte Anträge: 75
 Gesamte Förderungssumme: ATS 1.310.681
 Durchschnittliche Förderung/Antrag: ATS 17.475

Entwicklung der Stadtbauernförderung 1994-1999

Förderungsgegenstand:	Wiesenbewirtschaftung	Raine	Randstreifen	Böschungen	Obstbäume
Eingelangte Anträge					
1994	59	5	5	45	3
1995	59	7	14	42	8
1996	62	7	14	45	6
1997	59	7	25	45	6
1998	65	7	30	47	4
1999	66	8	29	45	6
Förderungswürdige Fläche					
1994	254,2 ha	3.647 m ²	4.551 m ²	44.290 m ²	26
1995	274,3 ha	9.555 m ²	40.238 m ²	60.508 m ²	68
1996	280,3 ha	9.417 m ²	80.900 m ²	63.228 m ²	55
1997	294,7 ha	8.503 m ²	101.497 m ²	63.220 m ²	61
1998	320,6 ha	10.922 m ²	111.580 m ²	79.364 m ²	23
1999	328,4 ha	17.677 m ²	142.940 m ²	81.579 m ²	58

Förderungsgegenstand:	Wiesenbewirtschaftung	Raine	Randstreifen	Böschungen	Obstbäume
Förderungszahlen					
1994	513.028,-	11.198,-	14.574,-	149.002,-	6.268,-
1995	553.425,-	23.014,-	99.801,-	195.667,-	18.261,-
1996	573.891,-	22.738,-	174.200,-	206.537,-	16.179,-
1997	593.467,-	20.770,-	245.548,-	210.173,-	17.153,-
1998	635.881,-	26.233,-	240.576,-	254.879,-	6.260,-
1999	659.361,-	46.498,-	325.275,-	261.664,-	17.883,-
Gesamtförderungssumme					
1994	693.463,-				
1995	895.168,-				
1996	993.545,-				
1997	1.057.111,-				
1998	1.163.829,-				
1999	1.310.681,-				

Objekt- bzw. Projektförderungen über Empfehlung der Sachverständigenkommission für Umweltschutzangelegenheiten (SVK-U)

Gemäß § 7 Abs. 2 der „Richtlinien zur Förderung von Umweltschutzmaßnahmen in Linz“ entscheidet das nach dem Statut für die Landeshauptstadt zuständige Organ aufgrund eines Gutachtens der vom Bürgermeister zu bestellenden Sachverständigenkommission.

Mit Verfügung des Bürgermeisters vom

2. Jänner 1995 wurde eine Sachverständigenkommission für Energiefragen installiert, die unter Federführung des Amtes für Technik energieorientierte Förderungsanträge gemäß den obzitierten Förderungsrichtlinien für die beschlussfassenden Organe vorzubereiten hat.

Alle übrigen umweltrelevanten Förderungsanträge fallen in die Zuständigkeit der SVK-U. Die Federführung obliegt dem Amt für Natur- und Umweltschutz,

mitbeteiligte Ämter sind das Amt für Technik, das Finanzrechts- und Steueramt, das Planungsamt, das Bezirksverwaltungsamt und das Bauamt.

In zwei Sitzungen der SVK-U wurde 1999 über insgesamt 16 neu eingelangte Förderungsanträge (einschließlich der Anträge für zwei Linzer Stadtbauern) beraten. In 15 Fällen konnte eine Förderungsempfehlung gegeben werden, in einem Fall musste diese versagt werden, da es sich hier um eine Maßnahme nach dem Arbeitnehmerschutzgesetz handelte.

Der maximale Finanzrahmen der seitens der SVK zur Förderung empfohlenen Maßnahmen hat im Berichtsjahr 894.706,- Schilling betragen.

Im Rahmen der Objektförderung wurden im abgelaufenen Jahr unter anderem auch 66 Wohnraumheizungen auf Fernwärmebetrieb umgestellt. Das ergibt, dass unter dem Titel „Objektförderung“ seit 1985 zu den im Rahmen der Routineförderung 2.351 Wohnungen entweder auf Erdgasbetrieb, größtenteils jedoch

auf Fernwärmebetrieb umgestellt wurden.

Weiters haben Mitarbeiter des Amtes in den Beratungen von zwei im Jahre 1999 anberaumten Sitzungen der SVK-E teilgenommen.

Fernwärmeprojekt – Franckviertel

Für diese Maßnahmen wurden bisher insgesamt Annuitätenzuschüsse in Höhe von 65.507.777,- Schilling geleistet, wovon auf das Jahr 1999 ein Betrag von 7.197.593,- Schilling entfiel.

Sonstige Zuwendungen aus Umweltschutzmitteln (Subventionen)

Zur Finanzierung von umweltrelevanten Maßnahmen und Aktionen wurden an verschiedenste Institutionen und Vereine Förderungen im Gesamtausmaß von 1.765.000,- Schilling bewilligt. Davon

sind bereits 1.481,809,- Schilling zur Auszahlung gelangt und zwar inklusive des an die SBL anzuweisenden Betrages in Höhe von 799.765,- Schilling. Diese an die SBL zu leistende Summe für die Abfallentsorgung diverser Vereine und sonstiger im Sozialbereich tätiger Institutionen kommt einer Naturalsubvention gleich.

Lärmschutzmaßnahmen an Eisenbahnen

Mit den bis 1998 ausbezahlten Fördermitteln in Höhe von 3.291.707,- Schilling hat die Stadt auch hinsichtlich des Förderanteiles des Landes eine Vorleistung erbracht, die es von Landesseite gegenüber der ÖBB im Jahre 1999 zu tilgen galt, weshalb für diesen Förderbereich im Berichtsjahr keine weiteren Ausgaben angefallen sind.

Übersicht über die im Jahre 1999 ausbezahlten Mittel für Umweltschutzmaßnahmen

Routineförderungen (Heizung)	S 15.785.882,-
Routineförderungen (Stadtbauern)	S 1.166.876,-
SVK-Förderungen	S 3.792.208,-
Sonderprojekt Franckviertel	S 7.197.593,-
Sonstige Umweltschutzförderungen (Subventionen)	S 1.521.809,-
Lärmschutzmaßnahmen an Eisenbahnen	S 0,-
Gesamtaufwand	S 29.464.368,-

Qualitätsmanagement

Dienststellenintern wurde das im Jahr 1996 begonnene Projekt „Qualitätsmanagement“ weitergeführt, das die bewährte Qualität der Arbeit des Amtes noch besser absichern und dabei Rationalisierungs- und Kreativitätspotentiale freisetzen soll. Die Erstellung von Verfahrens-, Arbeits- und Prüfanweisungen durch die mit dem jeweiligen Sachgebiet betrauten Mitarbeiter ist eine überaus

zeitaufwendige, jedoch notwendige Arbeit.

Im Laufe der Erstellung der Verfahrens-, Arbeits- und Prüfanweisungen haben sich immer wieder Wege aufgetan, Abläufe rationeller zu gestalten und vor allem besser nachvollziehbar zu machen. Größter Wert wurde darauf gelegt, möglichst vollständig die Abläufe auf elektronischem Wege umzusetzen. QM-Anweisungen werden nur einmal bei der Ersterstellung an die betroffenen Mitar-

beiter ausgegeben. Jede Änderung, die notwendig wird, erfolgt nur mehr elektronisch und wird dem Mitarbeiter nicht mehr in Papierform ausgehändigt. Die aktuelle Fassung einer QM-Anweisung bzw. von Formblättern, Dokumentvorlagen, Makros etc. muss daher immer aus definierten Verzeichnissen abgerufen werden.

Sämtliche Dokumente, die im Amt erstellt werden, können zentral von jedem PC abgerufen werden. Die Suche nach Dokumenten kann durch ein eigenes vom Amt entwickeltes GZ-Buch für Winword-Dokumente, welche eine Geschäftszahl besitzen, sehr effizient und rasch bewerkstelligt werden. Aber auch die richtige Ablage von sonstigen Dokumenten, (z. B: Vorlagen, Vorlagedokumente, Listen, Excel-Tabellen und Grafiken, etc.) ist von jedem Mitarbeiter genauestens zu beachten und wird auch vom Informatikbeauftragten kontrolliert. Auf diese Weise erreicht man mehrere Vorteile:

Abstellen der Unsitte des mehrmaligen Abspeicherns von Dokumenten (gemäß

dem Motto „Sicherheitshalber kopiere ich mir das Dokument lokal auf den PC.“).

Jederzeit von jedem PC Auffindung von allen Schriftstücken möglich (immer in der letztgültigen Version).

Jederzeit ist die aktuelle Version einer Vorlage etc. verfügbar.

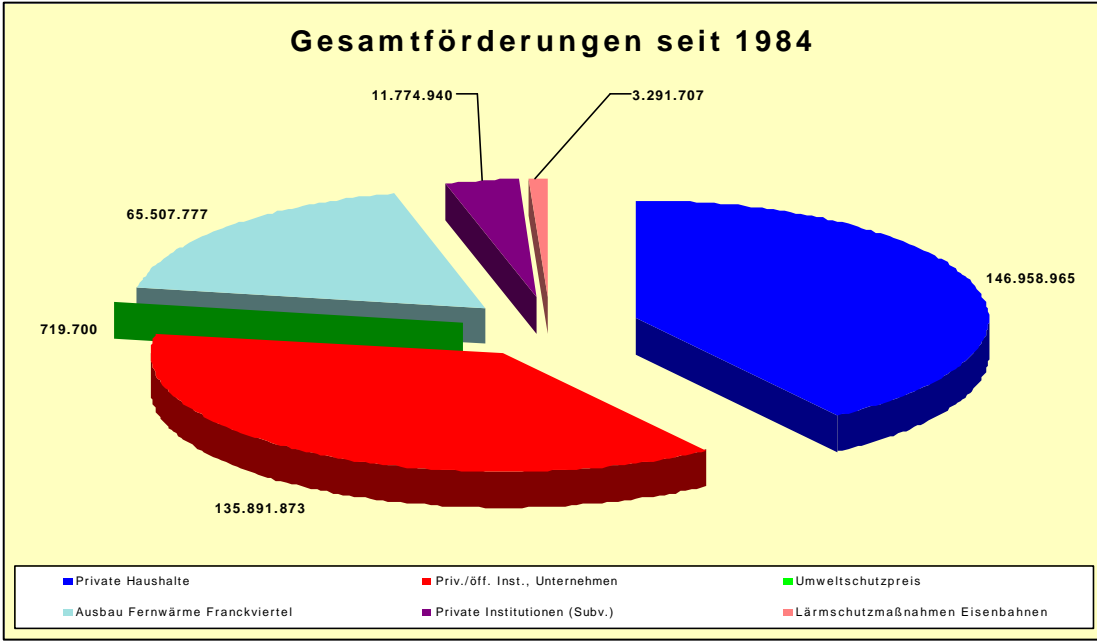
Jeder Bedienstete hat die selben Strukturen für die Ablage zu lernen und zu verwenden, was ebenfalls auf Dauer den Umgang mit EDV-mäßig abgelegten Dokumenten erleichtert.

Wichtig ist: In Kraft gesetzte Anweisungen haben den Status einer Dienstanweisung und sind verpflichtend von den jeweils betroffenen Mitarbeitern (die in den einzelnen Anweisungen demonstrativ aufgezählt sind) einzuhalten!

Das Zertifikat für ISO-9000 wurde im März 1999 dem Amt überreicht.

Da das QM-System ein lebendiges System ist, wurden im Jahr 1999 wieder zahlreiche Arbeits- und Verfahrensanweisungen geändert bzw. überarbeitet.

Ein weiteres Überprüfungsaudit durch den ÖVQ fand im Dezember 1999 statt.



AMT FÜR SOZIALE ANGELEGENHEITEN

Amtsleiter

Mag. Dr. Günther Bauer

Sekretariat

Ursula Blaschke

Neues Rathaus, Hauptstraße 1-5, 4041 Linz

Telefon: 7070/2721

Fax: 7070/2722

e-mail: info@asa.mag.linz.at

Kanzlei

Christiane Tomek

Sozialplanung

Mag. Andrea Hayböck-Schmid

Abteilungen

Sozialhilfe

Dr. Silvia Luger

Sozialbetreuung

Dipl.Psych. Birgit Kirchmair-Wenzel

Seniorenbetreuung und Soziale Dienste

DSA Renate Lehner

Finanzen und Controlling und Sozialstationen

Mag. Brigitta Schmidsberger

Mitarbeiter am 31. Dezember 1999: 139

Gewährung von Hilfen aus dem Sonderunterstützungsfonds.

Mitwirkung bei der Gewährung von Hilfen in besonderen Lebenslagen.

Übernahme von Bestattungskosten.

Durchführung von Weihnachts-, Muttertags- und Brennstoffaktionen.

Sozialhilfe in stationären Einrichtungen

Umfassende Beratung und Gewährung von Hilfe zur Sicherung des Lebensbedarfes durch Unterbringung von Hilfeempfängern in Alten- oder Pflegeheimen und gegebenenfalls Übernahme der Verpflegskosten.

Gewährung und Rückverrechnung von Baukostenzuschüssen für Bewohner des Seniorenwohnheimes Dornach.

Regreß im Bereich der offenen und geschlossenen Sozialhilfe.

Vereinnahmung jener Beträge aus Pensionsteilungen für Seniorenheimbewohner, die aus Sozialhilfemitteln unterstützt werden, inklusive Mahnwesen.

Abwicklung von Verlassenschaften aus dem Bereich offene und geschlossene Sozialhilfe sowie der mobilen Dienste.

Krankenhilfe

Gewährung von offener Krankenhilfe und von Krankenhilfe in stationären Einrichtungen.

Ausgleich für Einkommensverluste.

Verwaltungshilfen für Leistungen nach dem Opferfürsorgegesetz.

Durchführung des Verfahrens auf Gewährung von Familienunterhalt und Wohnkostenbeihilfe.

ALLGEMEINER AUFGABENBEREICH

Materielle Hilfen

Offene Sozialhilfe

Gewährung von Hilfe zur Sicherung des Lebensbedarfes für Personen außerhalb von Heimen oder Anstalten.

Ausstellung von Nachweisen über Familien- und Einkommensverhältnisse zur Erlangung diverser Begünstigungen.

Behindertenhilfe

Abwicklung des Verfahrens zur Gewährung von Behindertenhilfe.

Verrechnung des Behindertenfahrdienstes (durch den Arbeiter-Samariter-Bund durchgeführt).

Pflegegeld

Abwicklung des Verfahrens zur Gewährung von Pflegegeld nach dem OÖ. Pflegegeldgesetz.

Soziale Dienste

Mobile Hilfe und Betreuung

Sozialarbeit für Senioren

Kooperation mit allen in der Stadt Linz tätigen Organisationen der freien Wohlfahrtspflege im Seniorenbereich und Weitervermittlung von Klienten an diese Einrichtungen.

Betrieb von Sozialstationen.

Anlaufstellen für SeniorInnen mit sozialen Problemlagen.

Koordination und Durchführung mobiler Dienste (Altenbetreuung, Hauskrankenpflege, Besuchsdienst, Reinigungsdienst).

Verrechnung der sozialen Dienste einschließlich laufender Überwachung und Neuberechnung der Tarife inklusive Mahnwesen.

Familienhilfe

Kurz- und Langzeithilfe für Familien und Kinderpflege daheim.

Essen auf Rädern

Abwicklung der Aktion "Essen auf Rädern" inklusive Verrechnung und Mahnwesen.

Abrechnung der Transporte durch das Rote Kreuz und den Arbeiter-Samariter-Bund in Sachen Aktion Essen auf Rädern.

Seniorenarbeit

Seniorenklubs

Betrieb von Seniorenklubs; Erstellung von Kurs- und Vortragsprogrammen für Senioren in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Linz.

Erholungsturnusse und Veranstaltungen
Durchführung von Erholungs- und Kur-aufenthalten sowie gesellschaftlichen Veranstaltungen für Senioren, wie Ball- und Theaterveranstaltungen, Tagesausflügen, Stadtrundfahrten, etc.

Bestellung und Betreuung ehrenamtlicher Fürsorger.

Gratulationen

Durchführung von Gratulationsbesuchen im Auftrag des Bürgermeisters anlässlich von Geburtstags- und Hochzeitsjubiläen.

Prävention

Sozialbetreuung

Sozialberatung, Krisenintervention und präventive Sozialarbeit mit Menschen, die von sozialem Abstieg bedroht sind.

Koordination, Kooperation und Vernetzung mit Sozialeinrichtungen und Behörden, insbesondere mit den im Bereich der Sozialprävention tätigen Vereinen.

Verhütung von Delogierungsfällen in Zusammenarbeit mit Wohnungsgenossenschaften und sonstigen Quartiergebern.

Sozialplanung

Sozialplanung zur Erhebung, Sammlung und Auswertung von Daten, zur optimalen Planung und Umsetzung der freiwilligen Aufgaben, der Pflichtaufgaben und des Sozialprogramms gemäß § 53, 54 OÖ.SHG 1998.

Soziale Förderungen

Subventionen

Bearbeitung von Subventionen an Organisationen der freien Wohlfahrtspflege in Angelegenheiten der Sozial- und Jugendbetreuung.

Sozialhilfearbeit

Begründung und Beendigung von Dienstverhältnissen mit Personen mit sozialen Defiziten bzw. physischen und psychischen Einschränkungen primär zum Zweck der Einkommenssicherung als Alternative zum Sozialhilfebezug und zwecks sozialer und psychischer Stabilisierung sowie von behinderten Menschen als Hilfe durch geschützte Arbeit gem. § 11 OÖ.BHG 1991.

Akquisition von Einsatzmöglichkeiten in Magistratsdienststellen und bei geeigneten Sozialvereinen.

Laufende Betreuung dieser Personen, insbesondere bei Problemsituationen und laufende Kontakte zu den jeweils vorgesetzten Stellen.

Lohnbuchhalterische Abwicklung der Sozialhilfearbeiter. Vereinnahmung von Lohnkostenersätzen von Dritten Institutionen im Zusammenhang mit der Sozialhilfearbeit, insbesondere vom Land Oberösterreich, von der OÖ. Gebietskrankenkasse, vom AMS und vom Bundessozialamt.

Aktivpaß

Zentrale Erfassung und Ausstellung des "Aktivpasses" der Stadt.

Seniorenausweis

Ausstellung des Seniorenausweises.

Interne Dienstleistungen

Controlling

Überwachung der Einnahmen des Amtes, insbesondere Finanzierung der sozialen Dienste.

Zeiterfassung im Bereich der mobilen Altenbetreuung und der Hauskrankenpflege.

Controlling, Finanzierung und Kontrolle der mobilen Altenbetreuung, der Hauskrankenpflege sowie des Besuchsdienstes,

welche gemeinsam mit den Vereinen Rotes Kreuz, Linzer Volkshilfe, Caritas, dem Evangelischen Diakonieverein, dem Mobilien Hilfsdienst (Verein Miteinander), dem Arbeiter-Samariter-Bund und dem OÖ. Hilfswerk angeboten und durchgeführt werden.

Koordination der mobilen Dienste der Vereine in den Sozialstationen inklusive Qualitätssicherung.

Amtsinterne Organisationsentwicklung.

Kanzleibetrieb

Allgemeiner Kanzleibetrieb und Schreibdienst.

SCHWERPUNKTE

Materielle Hilfen

OÖ. Sozialhilfegesetz 1998

Das mit 1. Jänner 1999 in Kraft getretene neue Sozialhilfegesetz schafft die Grundlage für eine nicht nur reaktive Linderung, sondern vor allem frühzeitige

Abwendung, wenn nicht sogar Verhinderung sozialer Notlagen.

Projekt Sozialhilfe 2000

Einen besonderen Schwerpunkt bildete eine in verwaltungsökonomischer Hinsicht sinnvolle Zusammenlegung der Aufgaben der Abteilung Krankenhilfe mit einem Teil der Bereiche der Abteilung Sozialhilfe unter einer gemeinsamen Abteilungsleitung. Die daran anknüpfende, im Rahmen eines umfangreichen Projektes durchgeführte Organisationsentwicklung inkludierte die Anpassung an die im neuen OÖ. SHG 1998 vorgesehenen Regelungen (z.B. schriftliche Bescheid-erstellung), die massive Änderungen von Arbeitsabläufen (unter der Maxime einer noch verbesserten Kundenorientierung) und den Aufbau eines EDV-Systems notwendig machte.

Das Projekt Sozialhilfe „2000“ konnte – wie vorgesehen – im Dezember 1999 erfolgreich abgeschlossen werden und wird im April 2000 im Rahmen einer Präsentation vorgestellt.

Soziale Dienste

Sozialarbeit für Senioren

13 Sozialarbeiterinnen betreuten insgesamt 1.645 Personen. Es wurden 3.794 Hausbesuche durchgeführt.

Mobile Hilfe und Betreuung und Hauskrankenpflege

Die mobile Hilfe und Betreuung konnte bedarfsgerecht angeboten werden. Per 31. Dezember 1998 standen in der mobilen Hilfe und Betreuung im gesamten Stadtgebiet ca. 109 Personaleinheiten, in der Hauskrankenpflege ca. 36 Personaleinheiten zur Verfügung. Im Besuchsdienst wurden 25.418 Stunden an KlientInnen verrechnet.

Der Schwerpunkt Qualitätsmanagement wurde aus dem QUAK-Projekt in den Normalbetrieb eingebaut.

Essen auf Rädern

1999 wurde der Kostenbeitrag von 71,- Schilling pro Portion nicht erhöht.

Es wurden Angebote von verschiedenen Organisationen für die Zustellung des Essens eingeholt. Auf deren Basis wurde die Zustellung und Organisation mit Gemeinderatsbeschuß vom 16. Dezember 1999 neu geregelt: Durch eine Verrechnung zu einem Fixpreis pro Sprengel und Tag sollte sich in den nächsten Jahren eine deutliche Verbesserung der Kostenstruktur ergeben.

Seniorenarbeit

Seniorenmesse

Die Seniorenmesse fand vom 16. bis 18. April 1999 statt und wurde von 35.000 Besuchern frequentiert. Das Amt präsentierte die Leistungen der Stadt Linz auf einer Ausstellungsfläche von 550 m².

Die Gesamtkosten betragen 517.530,42 Schilling.

Gratulationen

Auch 1999 wurden wieder Geschenkkartons ausgegeben, alternativ dazu konnten Blumengestecke oder Goldmünzen gewählt werden, zusätzlich wurde bei jeder Gratulation ein Blumenstrauß überreicht.

Erholung

Zu den traditionellen Erholungs- und Kuraufenthalten wurde auch 1999 "Urlaub mit Betreuung" für betreuungsbedürftige SeniorInnen angeboten.

Seniorenklubs

Der im Jahr 1998 begonnene Qualitätentwicklungsprozeß wurde mit der Fertigstellung eines Projektes zur Team-

kultur fortgesetzt und mit den Vorarbeiten für ein schriftliches Konzept zur Seniorenklubarbeit begonnen.

Der Seniorenklub Edisonstraße 30 wurde aufgrund seiner geringen Besucherfrequenz geschlossen und die freigewordene Personalressource im neuen Seniorenklub Sombartstraße 1 – 5 eingesetzt.

Seniorenalausweis

Dieser Ausweis wird Linzerinnen ab dem 55. und Linzern ab dem 60. Lebensjahr ausgestellt und bietet Kostenermäßigungen für Fußpflege, in städtischen Hallenbädern sowie in kulturellen Einrichtungen. 1999 wurden in Zusammenarbeit mit der OÖ.Wirtschaftskammer die Voraussetzungen für eine Erweiterung der Angebote, nämlich die Inanspruchnahme von Einkaufsvorteilen für Seniorenalausweisbesitzer ab 2000 geschaffen.

Prävention

Sozialbetreuung

Die derzeit drei Kompass-Außenstellen erfüllen ihre Aufgaben als Beratungsstellen mit der Möglichkeit, Klienten auch intensiv und längerfristig – prozessorientiert - zu beraten. Dadurch konnte der drohende soziale Abstieg betroffener Personen verhindert werden. Durch die gute Zusammenarbeit mit geldgebenden Stellen sowie dem Amt für Jugend und Familie, Wohnungsgenossenschaften und diversen sozialen Einrichtungen konnten vor allem im Bereich Delogierungsprävention nennenswerte Erfolge erzielt werden.

Auch durch die Vermittlung mobiler Dienste konnten Klienten mit physischen und/oder psychischen Erkrankungen weiter selbständig wohnen.

So wurden in diesem Bereich neben wesentlicher Verbesserung der Lebensqualität der Betroffenen auch der Stadt Linz

erhebliche Kosten für Sozialhilfe und für die Unterbringung der Kinder aus delogierten Familien erspart.

Sozialplanung

SolarCity Pichling

Im November 1998 wurden fünf Projektgruppen für die weitere Planung der ersten 1400 Wohnungen der SolarCityPichling eingesetzt. Die Sozialplanung nahm koordinierende und organisatorische Aufgaben in der Projektgruppe Soziales wahr. Auf Basis der Studie von Dr. Gutmann (Wohnbund Salzburg) wurden in Einzelgesprächen mit den beteiligten Wohnungsgenossenschaften Qualitätsvereinbarungen diskutiert und aktualisiert.

Weiters wurde der 1997 erhobene Bedarf an sozialer Infrastruktur und an innovativen Wohnformen (z.B. Wohngruppen für Jugendliche, Frauen, Wohnungsgenossenschaften, etc.) in Zusammenarbeit mit den Dienststellen und Vereinen aktualisiert. Dieser Bedarf wurde aufgelistet und mit einer Kostenkalkulation versehen. Diese Auflistung wurde an die politischen Entscheidungsträger weitergegeben.

Im Mai 1999 fiel die politische Entscheidung, dass ein Großteil der sozialen Infrastruktur im Zentrum der SolarCity Pichling angesiedelt werden soll.

Soziale Förderungen

Sozialhilfearbeit

Die Sozialhilfearbeit bietet körperlich und geistig behinderten Personen in den städtischen Dienststellen, selbständigen Unternehmungen der Stadt oder bei freien Sozialvereinen eine angemessene Beschäftigung. Sie wurde 1998 weiter ausgebaut.

EU-Jugendbeschäftigungsprojekt KICK: Im Dezember 1996 wurde das beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales eingereichte Jugendbeschäftigungsprojekt KICK bewilligt. Die Umsetzung des Projektes erstreckte sich über den Zeitraum Februar 1997 bis März 1999.

Im März 1998 wurde das erste KICK-Projekt für 25 sozial benachteiligte Jugendliche im Alter von 16 - 19 Jahren abgeschlossen. Ziel war die soziale Stabilisierung und die Integration der Jugendlichen in den regulären Arbeitsmarkt.

Die Jugendlichen absolvierten ein Jahr lang ein Berufsorientierungstraining und ein Arbeitstraining in verschiedenen Dienststellen der Stadt Linz. Durch gezieltes Bewerbungstraining, Weiterqualifizierung und das Absolvieren von Praktika in der Wirtschaft, konnten 53 Prozent der Jugendlichen vermittelt werden. Nach einem halben Jahr hatten immer noch 78 Prozent der vermittelten KursteilnehmerInnen ein fixes Dienstverhältnis. Im März 1999 wurde die zweite Maßnahme mit 34 Jugendlichen gestartet. Es konnten 83 Prozent der Jugendlichen vermittelt werden.

Aufgrund der nachgewiesenen Erfolge wurde das Projekt KICK nach Auslaufen im März 1999 von der Stadt Linz, dem Land Oberösterreich und dem Arbeitsmarktservice weiterfinanziert.

Sonstiges

Mag. Hayböck-Schmid / Sozialplanung arbeitet seit 1998 an der Erstellung des Familien- und Sozialberichtes mit. Der Bericht soll einerseits einen Überblick über die Struktur und Lage sowie über die Leistungsangebote im Familien- und Sozialbereich in der Stadt Linz geben. Dieser umfassende Bericht wird voraussichtlich im Herbst 2000 herausgegeben. Gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen der Seniorenklubs wurde eine umfangreiche

Einschulungsmappe erarbeitet. Die Mitarbeiterzeitung ASA intern erschien in vier Ausgaben und wurde wieder allen MitarbeiterInnen, auch jenen, die sich in Karenzurlaub befinden, zwecks Information zur Verfügung gestellt.

LEISTUNGSUMFANG

Materielle Hilfen

Offene Sozialhilfe

Gewährung von Hilfe zur Sicherung des Lebensbedarfes:

Im Verlaufe des Berichtsjahres bezogen insgesamt 4.130 Personen einmalige oder laufende Geldleistungen. Die Gesamtausgaben hierfür betragen 44,6 Millionen Schilling. Weitere 3,1 Millionen Schilling wurden im Kostentragungsweg an auswärtige Linzer ausbezahlt.

In 43 Fällen war Linz endgültiger Kostenträger, das heißt, die Stadt Linz musste anderen Sozialhilfeträgern die Kosten für aus Linz kommende Hilfeempfänger ersetzen. In 38 Fällen erhielt Linz die aufgewendeten Kosten von endgültigen Kostenträgern zurück.

Unter den Personen, die laufende oder einmalige Beihilfe beziehen, befindet sich eine hohe Zahl an Konventionsflüchtlingen. Die Ausgaben für Flüchtlinge konnten im Jahr 1999 mit 5,89 Millionen Schilling beinahe auf dem Stand von 1997 gehalten werden. Es entfallen somit 13,2 Prozent der Ausgaben der offenen Sozialhilfe auf Konventionsflüchtlinge.

Die Organisation "Menschen für Menschen" wurde durch eine Spendenaktion in Höhe von 60.000,- Schilling unterstützt.

Gewährung von Hilfen aus dem Sonderunterstützungsfonds:

Im Berichtsjahr wurden aus dem Sonderunterstützungsfonds insgesamt 685.000,- Schilling an unverschuldet in Not geratene Linzer ausbezahlt. Besondere Schwerpunkte waren wiederum Zahlungen zur Abwendung einer Delogierung oder zur Anmietung von Wohnraum, sowie zur Schuldenregulierung.

Mitwirkung bei der Gewährung von Hilfe in besonderen Lebenslagen:

Im Berichtsjahr wurden zu diesbezüglichen Anträgen von LinzerInnen rund 250 Stellungnahmen abgegeben.

In knapp 160 Fällen wurden gemeinsame Finanzierungsmodelle für Unterstützungswerber erarbeitet.

Übernahme von Bestattungskosten:

In 78 Fällen wurden zusätzlich Begräbniskosten in der Gesamthöhe von 2,3 Millionen Schilling von der Stadt Linz als Sozialhilfeträger übernommen.

Durchführung von Weihnachts-, Muttertags- und Brennstoffaktionen:

An 615 Personen wurden im Zuge von Weihnachts- und Muttertagsaktionen Einkaufsgutscheine und Geldbeträge im Gesamtwert von 519.400,- Schilling ausgefolgt.

Für Heizkosten wurden im Zeitraum Oktober bis Dezember 1999 2.476 Zuschüsse ausbezahlt. Der Gesamtaufwand hierfür lag bei 5,45 Millionen Schilling.

Durchführung des Verfahrens auf Gewährung von Familienunterhalt und Wohnkostenbeihilfe:

Zehn Anträge auf Familienunterhalt und 85 Anträge auf Wohnkostenbeihilfe wurden positiv erledigt. Die Auszahlung dieser Leistungen obliegt dem Amt für sozi-

ale Angelegenheiten. Im Berichtsjahr wurden 4,9 Millionen Schilling angewiesen.

Ausstellung von Nachweisen über Familien- und Einkommensverhältnisse zur Erlangung diverser Begünstigungen:

Im Zusammenhang mit der Stellung eines Antrages auf Befreiung von der Rundfunk- und der Telefongrundgebühr oder diverser Beihilfen war umfangreiche Verwaltungshilfe zu leisten;

4.470 Einkommensnachweise waren auszustellen.

Im Sozialhilferegriß wurden gegenüber ca. 125 KlientInnen Verfahren auf Rückzahlung der Sozialhilfe durchgeführt. Die Einnahmen betragen 1999 880.230,75 Schilling.

Sozialhilfe in stationären Einrichtungen und Pflegeheimen:

Am 1. Jänner 1999 wurde 1.351 Heimbewohnern von der Stadt Linz Sozialhilfe gewährt, am Jahresende waren es 1.517, davon 391 im Seniorenzentrum Spallerhof, 132 im Franz-Hillinger-Heim, 114 im Seniorenzentrum Kleinmünchen, 107 im Seniorenzentrum Franckviertel und 73 im Seniorenzentrum Dornach. Der Gesamtaufwand hierfür betrug im Berichtsjahr 411,96 Millionen Schilling.

Von den SeniorenheimbewohnerInnen wurden Ersätze für Kosten der Seniorenheime eingefordert. Die Einnahmen betragen 235 Millionen Schilling.

1999 wurden 469 Verlassenschaften bearbeitet. Die Einnahmen aus Verlassenschaften betragen 7,25 Millionen Schilling.

Für Krankenanstalten (344 Fälle), Sonderheilanstalten, Kostenerstattung an auswärtige Sozialhilfeträger (64 Fälle), Heilbehandlungen (einschließlich Zahnbehandlung und Legasthenie), Heilmittel,

Heilbehelfe, Körperersatzstücke, Zahnersätze und Krankentransporte sowie die allfällige Übernahme von Krankenkassenbeiträgen für die freiwillige Selbstversicherung in der Krankenversicherung gemäß § 16 ASVG (derzeit monatlich ca. 171 Hauptversicherte) und Übernahme der Rezeptgebühren wurden 1999 im Bereich der Krankenhilfe insgesamt ca. 16,8 Millionen Schilling ausgegeben.

Verwaltungshilfen für Leistungen nach dem Opferfürsorgegesetz:
Sieben Parteien waren hinsichtlich ihrer Rechtsansprüche zu beraten.

Abwicklung des Verfahrens auf Gewährung von Behindertenhilfe:
Im Berichtsjahr mussten 555 neue Anträge auf Gewährung von Behindertenhilfe bearbeitet werden. Hiervon wurden nach Abschluss des Ermittlungsverfahrens 163 vom Amt der oö. Landesregierung erledigt. Das Amt für soziale Angelegenheiten hatte in 392 Fällen zu entscheiden.

Für die anteilige Tragung der Kosten der Behindertenhilfe wurde der Stadt Linz für 1999 ein Betrag von 93,217.600,- Schilling vorgeschrieben, abzüglich einer Gutschrift aus der Abrechnung 1998 in der Höhe von 1,660.498,- Schilling.

Abwicklung des Verfahrens auf Gewährung von Pflegegeld nach dem OÖ. Pflegegeldgesetz:
Nach dem OÖ. Landespflegegeldgesetz wurden im Berichtsjahr 369 Anträge auf Gewährung von Pflegegeld aufgenommen und nach Abschluss des Ermittlungsverfahrens dem Land zur Entscheidung vorgelegt.

Von anteiligen Kosten des Landespflegegeldes wurde der Stadt mittels Bescheides ein Sprengelbeitrag von

37,001.460,- Schilling vorgeschrieben, abzüglich einer Gutschrift von 334.045,- Schilling.

Soziale Dienste

Mobile Hilfe und Betreuung

Im Jahr 1998 wurden 118.511 Betreuungsstunden für 1.570 Personen geleistet.

Die Hauskrankenpflege umfaßte rund 36 Personaleinheiten und führte 76.216 Hausbesuche bei 862 Personen durch.

Vom Besuchsdienst erhielten 462 Personen Hausbesuche im Umfang von insgesamt 25.418 Stunden.

Sozialarbeit für SeniorInnen:

In der Sozialarbeit für SeniorInnen wurden in 3.794 Hausbesuchen SeniorInnen bei der Bewältigung ihres Lebens zu Hause unterstützt. In den Sozialstationen wurden für 1.645 KlientInnen Dienstleistungen erbracht. Die zwölf Sozialarbeiterinnen betreuten im Monatsschnitt 269 KlientInnen. Hauptursachen für Klientenkontakte waren körperliche Erkrankungen, Überforderung von Betreuungspersonen, Demenzen und psychische Erkrankungen, Bedarf nach Unterstützung bei Behörden und finanzielle Probleme. In der Station Nord war die höchste Anzahl von Erstkontakten zu verzeichnen, während für den Sprengel Süd eine hohe Anzahl von fortlaufenden Betreuungen kennzeichnend war.

Essen auf Rädern

1999 wurden 166.391 Portionen Essen auf Rädern zugestellt.

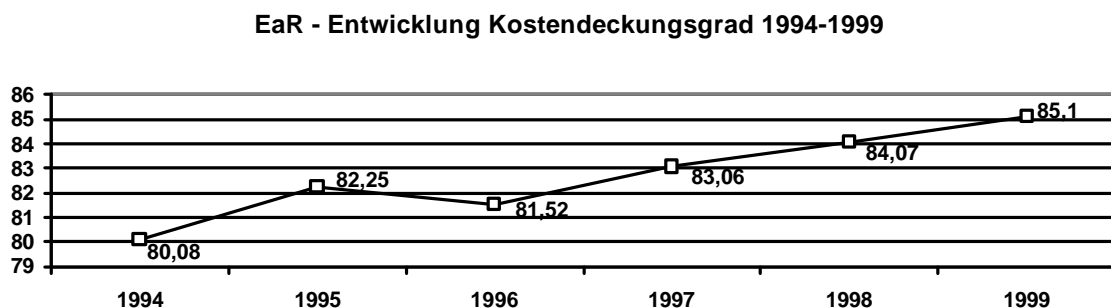
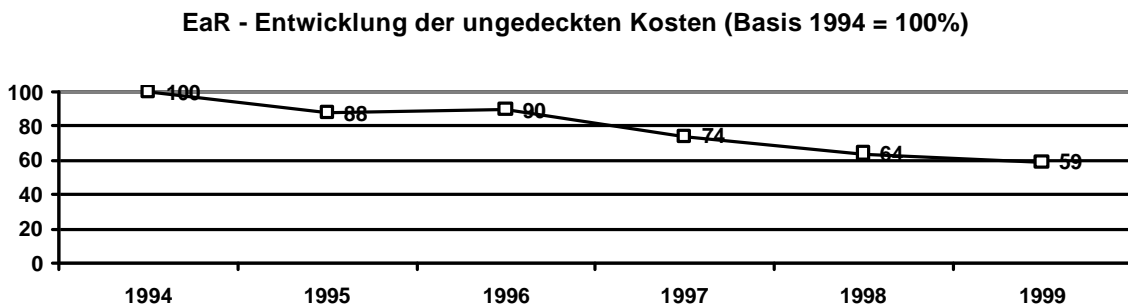
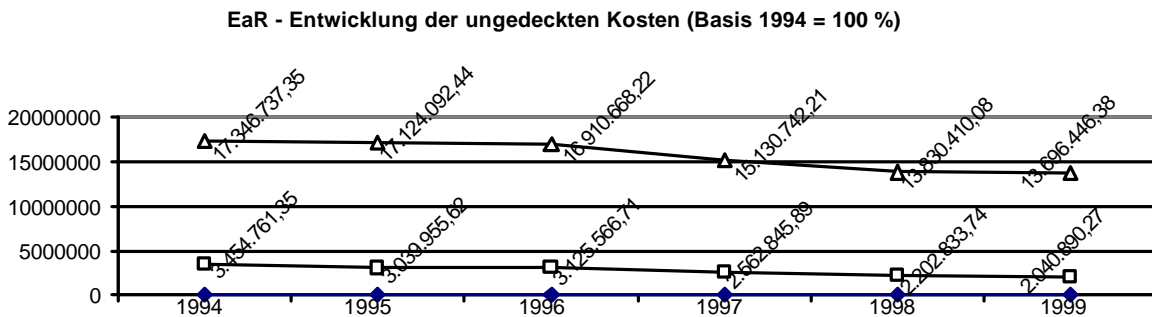
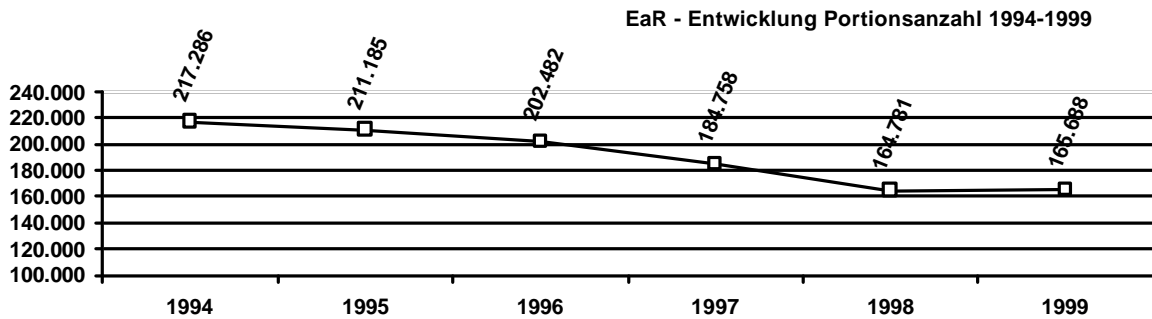
Die Anzahl der Sprengel mit Essenszugstellung von Montag bis Freitag wurde von 16 auf 15, jene mit Wochenendzugstellung von 13 auf 12 reduziert.

Montag bis Freitag wurden täglich ca. 480, an Samstagen und Sonntagen ca. 380 Essensbezieher versorgt. Insgesamt wurden 1999 an die Küchen (P. Duss-

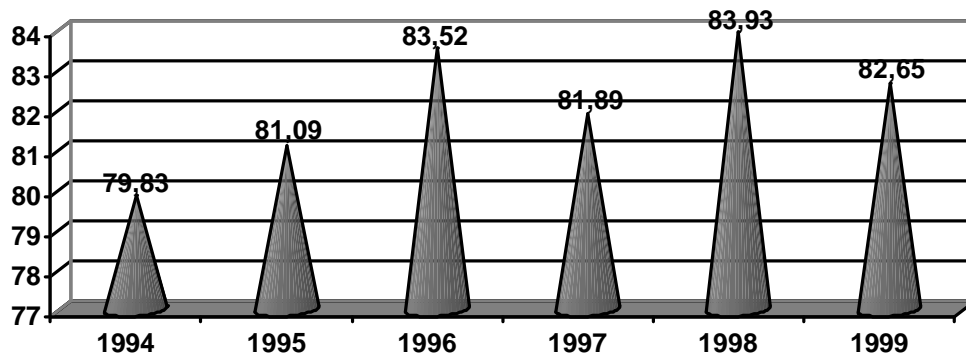
mann, Seniorenheim Dauphinestraße) 9,495.348,60 Schilling bezahlt. Die Gesamtausgaben beliefen sich 1998 auf

14,780.225,62 Schilling. An Leistungserlösen konnten insgesamt 11,686.244,- Schilling vereinnahmt werden.

„Essen auf Rädern“



EaR - Entwicklung Stückkosten 1994-1999



Die Aktion "Treffpunkt Mittagstisch", die 1995 in Zusammenarbeit mit der OÖ. Wirtschaftskammer gestartet wurde, wurde 1999 mit 20 Gastgewerbebetrieben aufrechterhalten.

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
ASA-Einsatzstunden										
DSA/Hausbesuche	2.543	2.685	2.179	2.052	2.247	2.993	3.962	4.800	4.088	4.145
HKP/Hausbesuche	11.194	12.008	12.149	9.256	6.910	7.237	8.375	10.057	11.535	76.216
Betreuungsstunden										
ASA-Altenbetreuung	20.533	22.630	22.039	23.658	20.407	23.078	17.403	17.197	17.599	14.965
Vereine-Altenbetreuung	0	0	36.777	40.633	44.810	51.294	68.371	76.787	91.582	103.546
Gesamt	20.533	22.630	58.816	64.291	65.217	74.372	85.775	93.984	109.181	118.511
Essen auf Rädern										
Portionen gesamt	162.519	180.958	200.741	217.669	217.420	213.356	202.446	185.163	165.039	166.391
Mo-Fr täglich	520	590	640	720	720	700	594	500	470	480
Sa, So, Feiertage	285	330	360	430	460	460	459	400	370	380
Reinigungsdienst/Std.	0	0	0	968	1.215	1.550	1.123	794	795	
ab 5.2.1996 Zivildienst Einsatzstunden							1.780	2.525	2.174	4.472
ab 1.1.1999 Besuchsdienst und Reinigungsdienst zusammengerechnet										

Seniorenarbeit
1999 wurden insgesamt 118.625 Besuche in den Seniorenklubs gezählt.

SeniorInnen teil. Die Kosten für 178 Teilnehmer mit 50 Prozent bzw. 100 Prozent Ermäßigung betragen insgesamt 697.915,- Schilling.

Erholungsturnusse
An den insgesamt 22 durchgeführten Erholungsturnussen für Senioren und Urlaub mit Betreuung nahmen 1999 546

Teilnehmer	Turnusse
------------	----------

1990	558	32
1991	683	33
1992	689	33
1993	653	32
1994	693	30
1995	567	28
1996	486	25
1997	466	25
1998	508	20 + 6 Wo m. Betreuung
1999	546	22 + 10 Wo m. Betreuung

An den insgesamt 186 Stadtrundfahrten nahmen ca 9.000 SeniorInnen teil. Die Fahrten wurden mit dem stadteigenen Bus durchgeführt.

	Teilnehmer	Stadtrundfahrten
1990	4.300	86
1991	5.200	104
1992	5.700	115
1993	6.400	128
1994	6.700	134
1995	6.750	135
1996	10.850	226
1997	7.740	172
1998	8.918	182
1999	9.000	186

Weitere Veranstaltungen im Rahmen der Gruppenbetreuung waren:

1999	Besucher	Kosten
Seniorenball	1800	242.555,50
Landestheater Sondervorstellungen	1700	301.500,--
Zeltfest, Jahrmarkt	1600	89.216,50
Musical Posthof	350	66.000,--

1999	Besucher	Kosten
2 Sonderfahrten mit der LILO	394	67.520,--
GESAMT	5.844	766.792,--

Gratulationen

Im Auftrag des Bürgermeisters wurden 1999 601 Gratulationen anlässlich von Jubiläumsgeburtstagen und 50- bzw. 60-jährigen Hochzeitsjubiläen durchgeführt. Die Kosten für die Ehrengeschenke betrugen 321.966,48 Schilling.

Prävention

Sozialbetreuung

Von Jänner bis Dezember 1999 wurden von den Kompass-Beratungsstellen 562 Mieter (davon 356 Einzelpersonen und 206 Familien) anlässlich der drohenden Delogierung kontaktiert. Erfolgreich betreut wurden 41 Einzelpersonen und bei 144 Familien konnte, in Zusammenarbeit mit geldgebenden Stellen und Vermietern, die drohende Delogierung verhindert werden.

Bei elf Familien und 14 Einzelpersonen wurde eine nicht verhinderbare Delogierung begleitet und die Familien bzw. Einzelpersonen bei der Beschaffung von Ersatzwohnraum unterstützt. 301 Einzelpersonen und 51 Familien waren aus eigener Kraft in der Lage, die Situation zu

bewältigen und lehnten daher eine Betreuung ab.

1999 wurden 687 Personen beraten. Jeden Monat wurden durchschnittlich 109 Personen im Rahmen längerfristiger Beratungsprozesse durch die Kompass-Sozialarbeiterinnen betreut. 151 Vermittlungen von mobilen Diensten für die Zielgruppe der Sozialbetreuung haben 1999 stattgefunden.

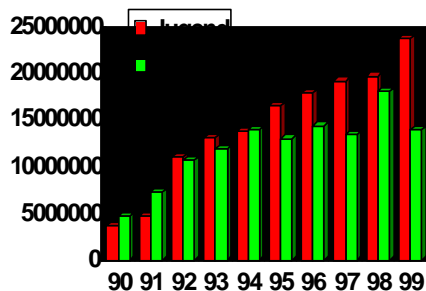
1999 wurden zwei neue Mitarbeiterinnen als Karenzvertretungen eingestellt.

Soziale Förderungen

Subventionen

Im Berichtsjahr wurden 117 Vereine mit einem Betrag von insgesamt 37,729.345,- Schilling gefördert. Davon entfielen auf allgemeine Sozialvereine 13,968.690,- Schilling, auf die Förderungen von Jugendvereinen 7,572.155,- Schilling und 16,188.500,- Schilling auf die Förderung von privaten Kindergärten und Kindergruppen.

	Jugend	Allg.	GESAMT
1990	3.730.600	4.689.500	8.420.100
1991	4.731.500	7.273.890	12.005.390
1992	11.022.023	10.671.450	21.693.473
1993	13.057.480	11.912.046	24.969.526
1994	13.797.000	14.002.400	27.799.400
1995	16.466.000	13.004.740	29.470.740
1996	17.885.500	14.361.410	32.246.910
1997	19.187.750	13.412.640	32.600.390
1998	19.717.000	18.039.360	37.756.360
1999	23,760.655	13,968.690	37,729.345



Sozialhilfearbeit

In der Sozialhilfearbeit konnten 1999 248 Personen beschäftigt werden, davon 69 nach dem OÖ. Behindertengesetz und 179 sonstige Sozialhilfearbeiter.

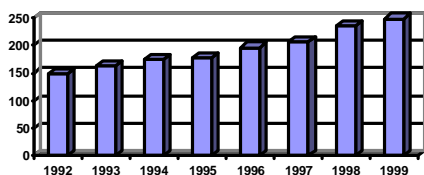
Davon wurden 38 Personen mit besonderer sozialer Auffälligkeit in Sozialvereinen eingesetzt. Per 31. Dezember 1999 waren 154 Personen für die Sozialhilfear-

beit vorgemerkt. 84 Personen sind durch Vermittlung auf den privaten Arbeitsmarkt, durch die Bewilligung der Alters- und Invaliditätspension oder Zeitablauf ausgeschieden.

Für die SozialhilfearbeiterInnen besteht voller Versicherungsschutz und die Möglichkeit, Ansprüche auf Pension und Arbeitslosenunterstützung zu erwerben. Der Stundenlohn betrug 1999 77,10 Schilling. Einschließlich verschiedener Zuschüsse ergibt dies ein monatliches Einkommen von 7.900,- Schilling, welches etwas über dem Sozialhilferichtsatz für alleinunterstützte Sozialhilfeempfänger liegt. In Bezug auf die 69 Personen, die nach dem OÖ. Behindertengesetz 1991 (Hilfe durch geschützte Arbeit gem. § 11 leg.cit.) beschäftigt sind, ist die Sozialhilfearbeit eine vom Land Oberösterreich approbierte Einrichtung der Behindertenhilfe mit entsprechenden Tagsatzzahlungen seitens des Landes als Träger der Behindertenhilfe.

Der Einsatz von SozialhilfearbeiterInnen wirkt auf das Budget der Sozialhilfe kostendämpfend, da die Alternative für diesen Personenkreis zumeist lebenslanger Sozialhilfebezug wäre. Außerdem leistet die Sozialhilfearbeit einen wichtigen Beitrag zur Resozialisierung von schwer vermittelbaren Menschen. So können z.B. jährlich etwa 10 - 15 Prozent der Sozialhilfearbeiter auf reguläre Arbeitsplätze vermittelt werden, oder durch den Erwerb von Versicherungszeiten Pensionsansprüche wahrnehmen. Dadurch entsteht für die Sozialhilfe eine enorme Kosteneinsparung. Die Sozialhilfearbeit trägt wesentlich zu der Tatsache bei, daß die Kosten der Sozialhilfe der Stadt Linz deutlich unter den Kosten vergleichbarer Landeshauptstädte liegen.

	SozialhilfearbeiterInnen
1992	149
1993	163
1994	174
1995	177
1996	196
1997	207
1998	235
1999	248



Die Kosten für die Sozialhilfearbeit im Berichtszeitraum:

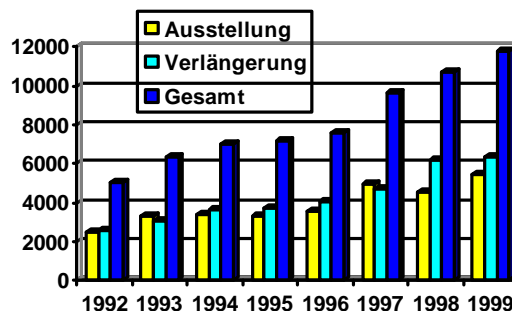
Ausgaben (gesamt)	31,470.558,38
Lohn- und Lohnnebenkosten Dienstkleidung, Betriebsausflug	31,470.558,38
Einnahmen (gesamt)	12,454.320,48
Berufliche Eingliederungsbeihilfe gemäß § 34 (2) 4 AMMSG	864.942,60
Land OÖ Schulhelferzuschuß gemäß § 48 Abs. 6 OÖ Pflichtschulorganisationsgesetz-Novelle 1994 Helfer in integrativen Tagesheimstätten (ATH)	2,047.762,--
Land OÖ Tagsatzzahlung gemäß § 11 Abs.2 OöBhG 1991	8,826.247,50
Nettoaufwand	19,016.237,90

Prämien im Rahmen des Behinderten-einstellungsgesetzes werden durch das Personalamt vereinnahmt.

Aktivpaß

Im Jahr 1999 wurden insgesamt 11.768 Aktivpässe ausgestellt bzw. verlängert. Das ergibt eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 9,9 Prozent.

	Ausstellung	Verlängerung	Gesamt
1992	2515	2535	5050
1993	3285	3025	6310
1994	3429	3608	7037
1995	3292	3689	7181
1996	3532	4052	7584
1997	4962	4676	9638
1998	4563	6149	10712
1999	5409	6359	11768



AMT FÜR JUGEND UND FAMILIE

Amtsleiter

Dr. Alfred Klinglmair

Sekretariat

Eva Stauber

Neues Rathaus, Hauptstraße 1-5, 4041 Linz

Telefon: 7070/2800, 2801

Fax: 7070/2802

e-mail: alfred.klinglmair@mag.linz.at

Abteilungen

Rechtsangelegenheiten

Dr. Margarete Schmitzer

Erziehungshilfe

DSA Elfa Spitzenberger

Heim- und Pflegekinder

Mag. DSA Anton Haas

Heime und Jugendförderung

Karl Hiebinger

Institut für Familien und Jugendberatung

Mag. Dr. Harald Karlinger

Jugendgesundheitsdienst

Dr. Walter Krejci

Mitarbeiter am 31. Dezember 1999: 107

Die einzelnen Aufgabenbereiche umfassen:

Rechtsangelegenheiten und Kosteneinbringung

Sachwalterschaften für 0- bis 19-jährige, Vaterschaftsanerkenntnisse, Unterhaltsvergleiche, Alimente, gesetzliche Vormundschaften für 0- bis 19-jährige und Vertretungen, rechtliche Schritte bei Adoptionen, allgemeine Familien- und Rechtsinformation, Feststellung von Kostenersätzen für Heim- und Pflegekinder.

Erziehungshilfe

Soziale Dienste, Vermittlung von Hilfen der Erziehung, sozialpädagogische Familienberatung, Scheidungsobsorge-, Besuchsrechtsberatung, Mediation, Jugendgerichtshilfe.

Heim- und Pflegekinder

Tagesmütter, Adoptivfamilien, Pflegefamilien, Mutter-Kind-Haus, Kinderbetreuung in Heimen, Kinderdörfern und sonstigen sozialpädagogischen Einrichtungen.

Heime und Jugendförderung

Heime der Stadt Linz (Johannessgasse, Schubertstraße), Kinder- und Jugendbeauftragte, Jugendförderung (Spielraumentwicklung/ Spielplätze, Erholungsaktionen, Jugendsommer, Erlebnispädagogik), mobile Animation (Spielbus etc.), sonstige Veranstaltungen (Flohmärkte etc.), Autokindersitz oder Kinderwäschepaket.

ALLGEMEINER AUFGABENBEREICH

Das Amt für Jugend und Familie ist im Aufgabenbereich der Jugendwohlfahrt gemäß OÖ. JWG 1991 und den Bestimmungen des ABGB in der Fassung des Kindschaftsrechtsänderungsgesetzes tätig.

Jugendgesundheitsdienst

Schulärztlicher Dienst (Beratung bei Schulproblemen, Lungenfunktionsuntersuchungen), Mutterberatung (Elternkurse, Beratung auf Entbindungsstationen), Gesundheitsvorsorge in Tagesheimstätten.

Familien und Jugendberatung

Erziehungsberatung (pädagogische/psychologische Beratung bei Lernschwierigkeiten, kindertherapeutische Hilfen), Erwachsenenberatung, psychologische Familienberatung, Familientherapie, Familienplanung, Eltern-Kind-Zentrum Ennsfeld.

SCHWERPUNKTE

Im Jahr 1999 fand eine Konsolidierung statt, indem nach Abschluss der Organisationsuntersuchung durch die Firma WIBERA das bereits vor der Organisationsuntersuchung begonnene Weiterentwicklungskonzept des Amtes in den Bereichen Organisationsentwicklung und Personalentwicklung wieder aufgenommen wurde.

So wurde im Jahre 1999 eine Reihe von infrastrukturellen Maßnahmen in Form von Umbauten und Übersiedlungen durchgeführt, z.B. wurde die Abteilung Jugendgesundheitsdienst auf einer Ebene im Erdgeschoß des Neuen Rathauses angesiedelt, die Abteilung Heime und Jugendförderung zur Gänze im zweiten Stockwerk des Neuen Rathauses untergebracht; der Abteilung Erziehungshilfe wurden für teilzeitbeschäftigte Sozialarbeiterinnen entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt und das Institut für Jugend und Familie übersiedelte in das Haus Pfarrgasse 7.

Damit wird dem Prinzip Rechnung getragen, den MitarbeiterInnen einerseits gute infrastrukturelle Rahmenbedingungen zu geben, andererseits eine hohe Leistungsanforderung an sie zu stellen. Diese Leistungsanforderung kommt am besten dadurch zum Ausdruck, dass die Qualitätsdiskussion und –entwicklung konsequent weitergeführt wurde und wird.

Innerhalb des Amtes wurde der Produktplan in Angriff genommen und wurden Vorbereitungen getroffen, um eine dezentrale Ressourcensteuerung zu ermöglichen und den Grad an Selbststeuerungsfähigkeit zu erhöhen. Eine nicht unwesentliche Rolle spielte dabei der Wechsel der Geschäftsgruppenleitung, da mit dem Jahr 1999 auch erstmals die Geschäftsgruppenbudgetierung in Angriff genommen wurde und dabei wichtige Erkenntnisse in Sachen Budget des Amtes für Jugend und Familie erarbeitet wurden.

Im Kernbereich bleibt allerdings, dass all diese Unternehmungen dazu dienen, den Bürgern der Stadt Linz ein möglichst hohes Dienstleistungsangebot sicherzustellen. Die Bevölkerung der Stadt Linz hat dies auch bereits positiv registriert, was an der nach wie vor steigenden Zahl der Linzerinnen und Linzer, die sich von sich aus an das Amt für Jugend und Familie wenden, erkennbar ist. Als Beispiel sei hier das Institut für Familien- und Jugendberatung erwähnt: Zu 75 Prozent wird der Kontakt zur Beratungsstelle durch den Bürger selbst und auf eigenen Wunsch hergestellt.

Den MitarbeiterInnen des Amtes wird somit ein gutes und beachtenswertes Zeugnis ausgestellt.

Rechtsangelegenheiten

Das Aufzeichnen des reinen Zahlenmaterials kann keinen Einblick in die fachlichen Standards der Tätigkeitsbereiche der Abteilung Rechtsangelegenheiten gewähren.

Der Hinweis ist daher unerlässlich, dass die rechtliche Qualität der einzelnen Tätigkeitsfelder und die dem Einzelfall angepassten Lösungsversuche unter Einbeziehung von sozialpädagogischen Gesichtspunkten kontinuierlich verbessert wurden.

Die Kompetenz, mit der die rechtlichen Agenden abgewickelt wurden, hat sich

sowohl durch fortlaufende Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter, als auch durch Erfahrung, Routine und genaue Kenntnis der Rechtsgebiete, sowie gute Zusammenarbeit mit Gerichten, freien Trägern und anderen Institutionen weiterentwickelt.

Dies führt konsequenterweise zu einem erhöhten Zeitaufwand im Einzelfall, aber auch zu einer Reduktion der Rechtsmittel und aufgrund der Qualitätsmerkmale der Leistungen zu einem hohen Grad an Kundenzufriedenheit, trotz problematischer Einzelschicksale.

LEISTUNGSUMFANG

Aufgabe	Fallzahlen 1999
Rechtsberatung und Auskunftstätigkeit	
Rechtsberatung:	19.180
davon mündliche Rechtsberatung	6.942
davon fernmündliche Rechtsberatung	12.238
Schriftliche Rechtsauskünfte	547
Rechtliche Fachgutachten	16

Eröffnen, Ändern und Beenden von Sachwalterschafts und Vormundschäftsakten	
Akt anlegen:	615
davon Akt übernehmen	43
Akt umlegen	27
Akt ausscheiden	439
davon Akt abtreten	64

Vaterschaftsanerkennungen und Unterhaltsvergleiche	
Vaterschaftsanerkennungen	68
Unterhaltsvergleiche	375

Abstammungsverfahren	
Klage auf Feststellung der Vaterschaft und Festsetzung des Unterhaltes	23
Ehelichkeitsbestreitung	19
Klage wegen Feststellung der Rechtsunwirksamkeit eines Vaterschaftsanerkenntnisses	2

Außerstreitverfahren	
Unterhaltsfestsetzungs- und Unterhaltserhöhungsverfahren	311
Herabsetzungsverfahren	364
Vorläufiger Unterhalt	31
Sonderbedarfsantrag	48
Antrag gemäß § 213 ABGB	17
Antrag auf Enthebung aus der Sachwalterschaft	58

Unterhaltseinbringung	
Vorschreibungen und Mahnungen	1.721
Erhebungen	11.636
Exekutionen	738
Zessionen	62
Drittschuldnerklagen und Mahnklagen	2
Antrag nach dem New Yorker Abkommen	2
Zahlungseingänge und Bareinzahlungen	18.428
Auszahlungen und Barauszahlungen	23.491
Auslandsanweisungen	136
Anweisungen an RA/K	42

Unterhaltsvorschussgewährung	
Anzahl der anhängigen Fälle nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	1.232
Kardextätigkeit, Auszahlung an Oberlandesgericht	12.431

Strafverfahren wegen Verletzung der Unterhaltspflicht	
Erstattung von Strafanzeigen und Terminwahrung	293
Rechtshilfeersuchen von auswärtigen Österreichischen Jugendwohlfahrtsträgern	138

Vertretungstätigkeit als Vormund	
Geltendmachung der Rechte der Minderjährigen	126

Sonstige Zivilprozesse	
Amtshaftung und Schadensersatz sowie Schmerzensgeldprozess	2

Vermögensverwaltung	
Vermögensanlage	46
Kardexarbeit in Vermögenssachen	116

Asyl- und Fremdenrechtsagenden		
Unbegleitete minderjährige Asylwerber mit Aufenthalt in Linz A-Zugänge	144	
	A-Insgesamt	352
Allgemeine Asyl- und Fremdenrechtsangelegenheiten	F-Zugänge	26
	F-Insgesamt	32
Amtshilfe für auswärtige Jugendwohlfahrtsträger		16

Kinderbetreuungseinrichtungen	
Neubewilligungen und Verlegungen	3
Auflagenkontrolle bestehender Betriebe oder wegen Anlassfall	30

Adoptionen	
Abgeschlossene Adoptionen	25

Kostenersatzangelegenheiten	
Schaffung von Unterhalts- und Kostenersatztiteln	116
Überprüfung und Abänderung von Unterhalts- bzw. Kostenersatztiteln	947
Kosteneinbringungsakt anlegen und ändern	63
Einbringung des Kostenersatzes, Zessionen, Exekutionen, Mahnkla- gen und Drittschuldnerklagen (enthalten in Unterhaltseinbringung)	
Finanzielle Gebarung = Kardextätigkeit	4.630
Kostenersätze für das städtische Mutter-Kind-Haus	7
Kostenersatz für Unterstützung der Erziehung	60
Amtshilfeersuchen für in- und ausländische Behörden	16

Zusätzliche statistische Primärdaten	
Rekurse	21
Posteinlaufstücke	17.153
Gesetzliche Vormundschaften gemäß § 211 ABGB	51
Bestellte Vormundschaften: gemäß § 213 ABGB (Vorm.)	89
gemäß § 176 ABGB	172
Bestellte Sachwalterschaften: gemäß § 212.2 ABGB	3.010
gemäß § 212.3 ABGB	30
gemäß § 213 ABGB (SW)	14
gemäß § 9.2 UVG	258

Gesamteinnahmen der Unterhaltsbeiträge	S 52,365.351,13
Verwaltetes Gesamtvermögen	S 2,797.425,03

Erziehungshilfe

Projekte

Gemeinwesenprojekt "Leben im Franck-
viertel":

Mit 1. Februar 1999 startete das ge-
meinwesen- und stadteilorientierte Pro-
jekt im Stadtteil Franckviertel. Ziel des
Projekt es ist die Verbesserung der Le-

bensqualität von Familien. Die beste-
henden Angebote von Institutionen und
Sozialen Vereinen sollen sich an den
Bedürfnissen der Familien orientieren.
Einerseits wird dies durch Vernetzung
gewährleistet, andererseits werden auf-
grund einer Elternbefragung spezielle
Angebote geschaffen.

Mediation:

Mediation stellt eine Möglichkeit für Eltern dar, vor, während oder nach einer Trennung eine einvernehmliche und außergerichtliche Regelung für Obsorge und Besuchsrecht ihrer Kinder zu erarbeiten. Dabei werden vom Amt für Jugend und Familie ausgebildete MediatorInnen zur Verfügung gestellt, die den Prozess moderieren und begleiten. Während der Konfliktregelung ruhen gerichtliche Verfahren. Der Beratungsinhalt ist vertraulich, die Ergebnisse der Regelungen liegen im Amt auf und dienen als Grundlage für einen Vergleich bei Gericht.

Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit:

In einer zeitgemäßen Sozialarbeit sind Netzwerkgespräche erforderlich. Im Rahmen von Kontaktgesprächen mit Institutionen und sozialen Einrichtungen werden Kooperationsvereinbarungen getroffen, die über den Einzelfall hinausgehen. Das Jugendamt arbeitet in Linz mit zahlreichen Einrichtungen zusammen, so dass jedes Jahr nur einzelne Institutionen und soziale Einrichtungen kontaktiert werden können. Im Jahr 1999 waren dies die Familientherapeutische Beratungsstelle des Landes Oberösterreich, die Kinder- und Jugendanwaltschaft, die Evangelische Stadtdiakonie, die Sozialpädagogische Familienhilfe und das ~~Kinder- und Jugendzentrum Linz~~ ~~Arbeitszentrum Linz~~. Zusammenarbeit im Gebiet der Pflege und Krisenpflege erörtert.

Wie jedes Jahr wurden in Zusammenarbeit mit Vereinen Familien nominiert, die von Lyons oder Rotary Club Weihnachtsgeschenke erhielten.

Netzwerk Linz-Süd:

In Ebelsberg haben sich die regional tätigen sozialen Einrichtungen, die Wohnungsgesellschaft und das Gemeinwesenprojekt "Werkstatt Lebensumwelt"

und die SozialarbeiterInnen der Abteilung Erziehungshilfe, sowie das Eltern-Kind-Zentrum zu einem "Netzwerk Linz-Süd" zusammengeschlossen. Gemeinsam werden aktuelle Themen behandelt und Aktionen gesetzt.

Um die Öffentlichkeit über die Angebote der Abteilung Erziehungshilfe zu informieren, werden Falter aufgelegt. Die Broschüren für Eltern in Trennung und für das Angebot der Mediationen wurden neu gestaltet.

Die Abteilung Erziehungshilfe hat sich unter anderen Abteilungen und Ämtern beim Wettbewerb der Familienfreundlichen Gemeinde beteiligt.

Internes

Um die mittel- und langfristigen Ziele (bis 2005) der Sozialarbeit im Bereich Spengelsozialarbeit und Jugendgerichtshilfe zu besprechen, wurde eine Klausur der Abteilung Erziehungshilfe abgehalten. Die Fachleute sehen die Hauptaufgabe der SozialarbeiterInnen im Angebot qualitativ hochwertiger Hilfe für Familien vor Ort mit möglichst niederschwelligem Zugang.

Die österreichweite Arbeitsgruppe der Jugendwohlfahrt hat die Arbeit am gemeinsamen Produktkatalog beendet und die Ergebnisse wurden im vergangenen Jahr von allen österreichischen Bundesländern angenommen. Die Transparenz der Aufgaben der Jugendwohlfahrt wird damit erhöht.

Der Produktkatalog kann voraussichtlich für das Controlling im Jugendamt übernommen werden.

Aufgrund der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung im Jahr 1998 im Amt für Jugend und Familie wurde eine neue Statistik für das Jahr 1999 erarbeitet, die detailliertere Auskünfte über die Fallar-

beit der SozialarbeiterInnen ermöglicht. Die Fallbelastung ist weiterhin gestiegen. Viele hilfeschuchende Familien mit weniger gravierenden Problemen müssen abgewiesen oder auf Wartelisten gesetzt werden.

Aufgrund der Anregungen des Stadtrechnungshofes wurde der interne Ablauf bei Hilfen zur Erziehung verändert.

Die standardisierte Betreuungsdokumentation befindet sich in der Testphase. Es wird überprüft, ob diese Form für alle Betreuungen geeignet ist. Die standardisierte Form soll eine Erleichterung darstellen durch die vorgegebene Struktur, sie soll einen bestimmten Standard gewährleisten und eine Vergleichbarkeit ermöglichen.

Aufgrund von Gewaltandrohungen und der Verletzung einer Mitarbeiterin im Jahr 1998 wurden die Arbeitsplätze der MitarbeiterInnen in den Außenstellen gemeinsam mit dem kriminalpolizeilichen Beratungsdienst und dem Amt für Technik auf Sicherheit überprüft. Die technischen Sicherheitsvorkehrungen werden im Jahr 2000 umgesetzt. Die Möglichkeiten, die Sicherheit zu erhöhen wurden in der Abteilung erörtert und beispielsweise ein Selbstverteidigungskurs angeboten.

Die Außenstellen und ihre Infrastruktur werden laufend verbessert. Beispielsweise erfolgte die Beteiligung an der Planung zur Neugestaltung der Außenstelle Dorfhalle, die im Jahr 2000 umgesetzt wird.

Fortbildung

Eine intern organisierte Fortbildung für SozialarbeiterInnen befasste sich mit dem Thema "Gewalt und helfende Beziehung".

Arbeitsgruppen

AG Journaldienst:

Der Journaldienst der Abteilung Erziehungshilfe und Jugendgesundheitsdienst ist die erste Anlaufstelle für hilfeschuchende Familien. Die Stelle ist zu den Normalarbeitszeiten des Magistrates besetzt. Hier erhalten die Familien und sozialen Einrichtungen auch Auskunft über die Erreichbarkeit der zuständigen SozialarbeiterInnen. Da der Erstkontakt mit einer Familie einen wichtigen Schritt in der Beziehung zwischen Helfer und Klient darstellt, wurden in einer Arbeitsgruppe Kriterien für Rahmenbedingungen dieses Dienstes ausgearbeitet. Die Ergebnisse sollen im Jahr 2000 umgesetzt werden.

AG Männer:

Im Zuge der Schaffung der Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie, mit der eine enge Zusammenarbeit besteht, wurde auch der Bedarf an einer Männerberatungsstelle diskutiert. Die familientherapeutische Beratungsstelle bietet zwischenzeitlich Männerberatung an. Um den genauen Bedarf zu erheben, wurde eine institutionsübergreifende Arbeitsgruppe geschaffen, die den Beratungs- und Behandlungsbedarf (präventiv, jedoch auch bei Gewalt- und Missbrauchstätern) ausgearbeitet. Ein Sozialarbeiter der Abteilung Erziehungshilfe nahm an diesem Arbeitskreis teil.

Spezialthemen

Einen Themenschwerpunkt stellten die minderjährigen Flüchtlinge dar, die ohne elterliche Begleitung aus Ländern, in denen Krieg herrscht und die Menschenrechte verletzt werden, nach Österreich kommen. Die Jugendlichen haben in Österreich in der Regel keine Bezugspersonen und leben in unzureichenden Verhältnissen. Als Minderjährige brauchen sie Bezugspersonen und eine gesetzli-

che Vertretung. Mangels geeigneter Personen wird das Amt für Jugend und Familie zum Vormund bestellt. Die Betreuung erfordert Spezialwissen über gesetzliche Gegebenheiten, über Kultur der Herkunftsländer und einen hohen Betreuungsaufwand, da die Jugendlichen sprachlichen Barrieren ausgesetzt sind und kein Wissen über österreichische Strukturen haben. In Zusammenarbeit mit den Flüchtlingsbetreuungseinrichtungen muss eine ausreichende Infrastruktur zur Betreuung der Kinder und Jugendlichen gefunden werden.

Kontakte zur Partnerstadt

Linzwoche in Schweden:

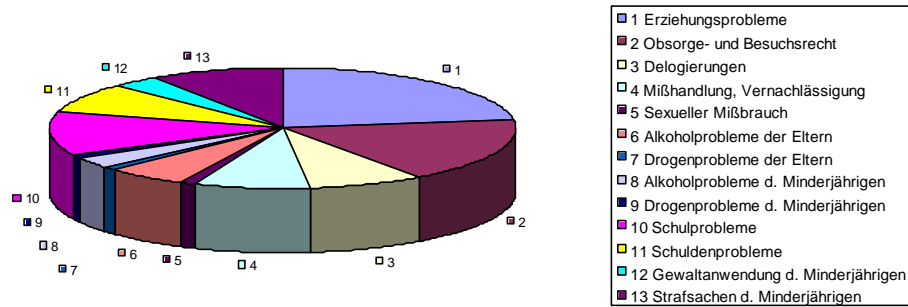
Im Mai 1999 stellte das Amt für Jugend und Familie neben anderen Dienststellen der Stadt seine Leistungen in der

schwedischen Partnerstadt vor. Die Darstellung in Form von Tafeln und Bildern erforderte großen Arbeitsaufwand.

Schwedische SozialarbeiterInnen in Linz: Im Oktober 1999 waren schwedische KollegInnen, die Sozialarbeit in Linköping anbieten, zum Erfahrungsaustausch in Linz. In drei Tagen konnte ihnen nur ein Ausschnitt der interessanten Einrichtungen und Fachgebiete vorgestellt werden. Der fachliche Austausch verlief für beide Seiten sehr produktiv. In der nachfolgenden Grafik werden die Anfragen an die SozialarbeiterInnen nach Anlässen dargestellt. Enthalten sind nur jene Fälle, die bearbeitet wurden.

Statistik 1999 Abteilung Erziehungshilfe	Anzahl der Kinde
Sprengelsozialarbeit	97
Obsorge, sozialpädagogische Betreuung	378
Soziale Dienste insgesamt	255
Stellungnahmen bei familienrechtlichen Entscheidungen	21
davon Asylangelegenheiten	128
Überprüfung nach dem Gewaltschutzgesetz	6
Stellungnahmen bei Namensänderungen	490
Unterstützungen der Erziehung	92
Betreuung in Voller Erziehung	14
Anträge bei Gefahr im Verzug	9
Jugendgerichtshilfe	
Besuch von Hauptverhandlungen	105
Erstellung von Erhebungsbögen	295
Insgesamt bearbeitete Polizeianzeigen	975

Anlassfälle 1999



Heim- und Pflegekinder

	1999	1998		1999	1998
BERATUNGEN UND BETREUUNGEN			davon Stadt Linz endgültiger Kostenträger	139	146
Familien-/ Beratungsgespräche	2.659	2.426	Betreuungsfälle Land (§ 40 Abs. 2)	33	27
Informationsgespräche	7.875	8.711	Anteil der vom Land betreuten Fälle (§ 40 Abs. 2 O.ö. JWG)	19%	15%
Gespräche der SozialarbeiterInnen insgesamt	10.534	11.137	Neuunterbringungen	100	100
Außenkontakte (Haus-/Heimbesuche u.a)	784	832	Entlassungen	104	81
Betreute Kinder/ Jugendliche (31. Dezember 1999)	355	371	Neuaufnahmen Krisenpflegeplatz (Linzer Kinder)	6	9
KINDER IN EINRICHTUNGEN			Jahresauslastung Krisenpflegeplatz	95%	89%
Linzer Kinder in Heimen, Kinderdörfern und sonstigen sozialpädagogischen Einrichtungen (31. Dezember 1999)	177	181	Neuaufnahmen Not-schlafstelle (Linzer Jugendliche)	45	43
			Jahresauslastung Not-schlafstelle	77%	71%
			Betreuungsfälle je Sozialarbeiter	62	63
			1999	1999	1998
			Außendienste der		

Sozialarbeiter	342	323
Gesamtausgaben für Tagsätze in Millionen Schilling	61,7	54,2
Unterbringung nach Bundesland		
in Oberösterreich	63%	59%
in anderen Bundeslän- dern	37%	41%
Anteil der Neuunter- bringungen		
weiblich	47%	48%
männlich	53%	52%
Altersstruktur der Neu- unterbringungen		
0 - 5 Jahre	6%	7%
6 - 10 Jahre	28%	25%
11 - 15 Jahre	39%	38%
16 - 19 Jahre	27%	30%
Dauer der Betreuung bei Beendigung		
bis 1 Jahr	66%	65%
1 – 3 Jahre	21%	19%
länger als 3 Jahre	13%	16%

TAGESPFLEGE		
Kinder auf Linzer Ta- gespflegeplätzen (31. Dezember 1999)	90	131
Aktive Tagespflegefamilien (31. Dezember 1999)	49	63
Bewilligte Betreuungs- plätze (31. Dezember 1999)	128	161
Neuunterbringung von Kindern in Tagespflege	104	139
Neu erteilte Tagespfle- gebewilligungen	8	12
Durchschnittliche Zahl der je Tagesmutter be- treuten Kinder	1,8	2,1
	1999	1998

PFLEGEKINDER / ADOPTION		
Linzer Kinder in Pflege- familien (fremde Pflege		

Laufende Pflegegeld- leistungen (31. Dezember 1999)	117	128
Neuunterbringungen	38	54
Beendete Pflegever- hältnisse	40	40
Neuaufnahmen in Kri- senpflegefamilien	22	15
davon in Krisenpflege- familien des Amtes für Jugend und Familie	13	14
Krisenpflegefamilien Verein	9	1
Betreuungsfälle je So- zialarbeiterIn (inkl. TK)	71	76
Gesamtausgaben für Pflegegelder in Millio- nen Schilling	10,7	9,4
Anteil der Neuunter- bringungen		
weiblich	55%	43%
männlich	45%	57%
Altersstruktur der Neu- unterbringungen		
0 - 5 Jahre	87%	63%
6 – 10 Jahre	5%	20%
11 – 15 Jahre	5%	11%
16 – 19 Jahre	3%	6%
Dauer der Betreuung bei Beendigung		
bis 1 Jahr	66%	67%
1 – 3 Jahre	2%	12%
länger als 3 Jahre	32%	21%
Adoptionsvermittlungen	4	8
Adoptionsbewilligungen	12	11
Pflege- und Adoptiv- werber (31. Dezember 1999)	165	146
Neubewerbungen Pflege/Adoption	31	22
	1999	1998

MUTTER-KIND-HAUS		
Jahresauslastung	80%	75%
Gesamtzahl der Betreu- ungsfälle	36	25
davon Frauen	16	12

Kinder	20	13
Aufnahmeanfragen	48	63

UNTERSTÜTZUNG DER ERZIEHUNG		
Gesamtzahl der im Rahmen der Unterstützung der Erziehung betreuten Kinder	328	316
davon Kostenübernahme für Kindergarten/Hortbesuch	162	163
Sozialpädagogische Familienhilfe	72	81
Sozialpädagogische Einzelbetreuung	26	22
Heilpädagogische Tagesklinik	14	13
Ferienbetreuungen	7	9
Tagesmutterbetreuung	6	13
Gesamtausgaben für Betreuungsmaßnahmen in Millionen Schilling	8,1	7,7

Heime und Jugendförderung

Bereich "Sozialpädagogische Einrichtungen der Stadt Linz"

Kinder- und Jugendwohnhaus Johannesgasse
Wohngemeinschaft Schubertstraße
„SISAL“

Beide Einrichtungen waren 1999 das ganze Jahr über voll ausgelastet.

Haus Micheldorf

Das Haus „Micheldorf“ ist nach wie vor an die Stadtgemeinde Kirchdorf verpachtet. Die Liegenschaft wird weiterhin als Aktionsfeld für die Ferienaktionen des Amtes für Jugend und Familie genutzt.

Bereich „Jugendförderung“

Im Büro der Kinder- und Jugendbeauftragten wurden 1999 folgende Aktivitäten gesetzt:

Vorbereitung und Durchführung von fünf Jugendgesprächen (Pichling, Urfahr-West, Innenstadt, Keferfeld und Neue Heimat);

Abwicklung und Durchführung von drei Arbeitssitzungen und einer Podiumsdiskussion zum Thema "Wer wählt zählt – wählen mit 16?" für den Jugendbeirat der Stadt Linz;

Administrative Vorbereitung für die Verleihung des Preises für integrative Jugendarbeit;

Gründung des Vereins X-dream zur geplanten Errichtung einer Trendsportthalle; Teilnahme an den Vorstandssitzungen des Vereines Jugend und Freizeit;

Fertigstellung der Internet Jugendseiten für digital city;

Organisation und Vorbereitung des sozialpädagogischen Projektes "Fun in the City";

Teilnahme am Symposium Spielraumentwicklung und Moderation einer Arbeitsgruppe.

Ferienaktionen, mobile Animation und sonstige Veranstaltungen

Der Spielbus hat 1999 wieder zahlreiche Veranstaltungen begleitet. Einschließlich der Aktion "Spiel in den Vierteln" wurden 1999 167 Spielbus-Einsätze durchgeführt.

Auch 1999 wurden neben den traditionellen Erholungsaktionen die "Diätferien für übergewichtige Kinder und Jugendliche" und die Ferienaktion für Kinder mit Atemwegserkrankungen" erfolgreich abgeschlossen.

Autokindersitz bzw. Kinderwäschepaket

1999 wurden insgesamt 1.052 Autokindersitze, 197 Kinderwäschepakete und

37 Gutscheine zum Ankauf waschbarer Höschenwindel an Linzer Eltern anlässlich der Geburt eines Kindes ausgegeben.

Spielraumentwicklung

Auch 1999 wurden gemeinsam mit dem Gartenamt zahlreiche Spielplätze, Skateboardanlagen, Half-Pipes und Beach-Volleyballanlagen nach dem "Linzer Modell" der BürgerInnenbeteiligung geplant, errichtet und umgestaltet.

Das Amt für Jugend und Familie der Stadt Linz hat auch 1999 zahlreiche Wettbewerbe gewonnen.

Beim Wettbewerb des Familienreferates der oberösterreichischen Landesregierung "Familienfreundlichste Stadt in Oberösterreich" hat das Amt für Jugend und Familie den mit 30.000,- Schilling dotierten ersten Preis gewonnen.

Auch zwei Wettbewerbe des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie zum Thema "Zu einer Gesellschaft für alle Lebensalter" hat Linz gewonnen; einen ersten Preis für das Projekt "DIALOG-Tage" und einen zweiten Preis für das Projekt "DIALOG der Generationen". Diese Wettbewerbe waren mit 50.000,- Schilling und 20.000,- Schilling prämiert.

Institut für Familien- und Jugendberatung

Im Institut für Familien- und Jugendberatung wurden 1999 in den Kernbereichen der Beratung 1.026 Fälle (1998: 1.076) betreut, das ist ein leichter Rückgang um 4,9 Prozent, gleichzeitig stieg jedoch die Beratungsfrequenz um 10,7 Prozent auf insgesamt 4.149 registrierte Kontakte (Vorjahr: 3.748). Tendenziell gingen somit die Neuzugänge gegenüber dem Vorjahr zurück oder stiegen kaum (Er-

wachsenenberatung), dagegen wurden laufende Fälle länger oder intensiver betreut. Nicht mehr enthalten sind heuer die Zahlen aus dem Bereich der Familienplanung; da dieser Bereich mit September 1999 durch einen Gemeinderatsbeschluss in eine First Love Ambulanz umgewandelt und in den Bereich der Abteilung Gynäkologie des AKh Linz verlegt wurde. Dort ist dieses neue Angebot stärker auf qualitative Beratung ausgelegt und unterliegt dadurch gegenwärtig einem Zielgruppenwandel mit noch nicht vergleichbaren Frequenzangaben.

Als stärkster Bereich erwies sich erneut die psychologische Erziehungsberatung inklusive der weiterführenden pädagogischen und therapeutischen Hilfen. Hier betrug die Frequenzsteigerung rund 20 Prozent (von 2.522 im Vorjahr auf 3.025), ein genereller Steigerungstrend der letzten Jahre. 127 Kinder und Jugendliche wurden in speziellen Angeboten einzeln oder in Gruppen betreut; 398 mal (1998: 306 mal) wurde kinderpsychologisches Testmaterial eingesetzt, 88 mal Einzelbeobachtungstermine zur ergänzenden Diagnostik vergeben.

Der Prozentsatz von KlientInnen, die die Einrichtung aus eigener Initiative aufsuchten, lag 1999 bei 75,3 Prozent in der Erziehungsberatung und 74,6 Prozent in der Erwachsenenberatung, was die ungebrochene Akzeptanz der Einrichtung bei der Bevölkerung wie in den vorangegangenen Jahren eindrücklich belegt.

Mit Ende des Jahres 1999 konnte das Institut mit seinen MitarbeiterInnen das neue Domizil in der Pfarrgasse 7 beziehen. Diese Übersiedlung wurde das ganze Jahr über mit vorbereitenden Planungen begleitet, sodass die Beratung nunmehr in neuen und zeitgemäß ausgestatteten Räumlichkeiten stattfinden kann. Die neue Anordnung und Aufteilung wird eine noch größere Flexibilität im Sinne der Anpassung an die Bedürfnisse der KlientInnen ermöglichen.

Das Eltern-Kind-Zentrum Ebelsberg-Ennsfeld hat an seiner Beliebtheit auch in diesem Berichtsjahr nichts eingebüßt. Im Verhältnis zu den vorangegangenen Jahren stieg die Besucherfrequenz vom Vorjahr auf 1999 nur noch leicht (um ca. 600 Personen auf 32.815), bei der Kapazität dürfte somit eine Obergrenze unter den gegenwärtigen räumlichen, zeitlichen und personellen Gegebenheiten erreicht sein. Umso erfreulicher ist es, dass es trotz dieser sehr starken Auslastung gelungen ist, sowohl quantitativ (mehr Angebote) als auch qualitativ (Einbeziehung von Bedürfnissen entsprechend der Kundenbefragung, inhaltliche Akzentsetzungen) eine weitere Steigerung zu erreichen. Auch erhöhte sich von 1998 bis 1999 die Teilnahme an eigenen Veran-

staltungen des Eltern-Kind-Zentrums um ca. 25 Prozent und an Veranstaltungen in Kooperation mit der Volkshochschule um etwas mehr als 50 Prozent.

Jugendgesundheitsdienst

Schwerpunkte der Tätigkeit im Jugendgesundheitsdienst waren im Säuglingsalter die Mutterberatung, die unverändert rege in Anspruch genommen wird und sich einer hohen Akzeptanz bei der Bevölkerung erfreut. Auch die Stillberatung wird gerne angenommen. Neben der telefonischen Beratung wurde besonders die zeitintensive Möglichkeit des Einzelgespräches und des Hausbesuches im Vergleich zum Vorjahr wesentlich mehr gewünscht.

Die nachfolgende tabellarische Auflistung stellt die Jahre 1998 und 1999 (Stichtag jeweils 31. Dezember) gegenüber und dokumentiert die vielfältigen Aufgaben und die große Zahl der betreuten Kinder. Die unterschiedlichen Zahlen bei den Honorarkräften im Vergleich zum Vorjahr ist durch Karenzen bedingt.

	1998	1999
Als Vertragsbedienstete tätige Ärzte	4	4
Als Vertragsbedienstete tätige Diplom-SozialarbeiterInnen	8	8
Als Honorarkräfte tätige Ärzte	21	22
Als Honorarkräfte tätige SozialarbeiterInnen/Schwestern	6	7
Mutterberatungsstellen	15	15
Mutterberatungsbesuche	26.643	23.054
Mutterberatungs-Erstbesucher	2.204	1.971
Wöchnerinnenberatungen	2.142	1.973
Stillberatungen	929	655
Ärztliche Untersuchungen in Tagesheimstätten	4.770	5.032
davon Empfehlungen zum Arzt	29,9%	37,4%
Untersuchte SchülerInnen	10.567	11.177
davon Empfehlungen zum Arzt	25,8%	26,7%
Lungenfunktionsuntersuchungen	3.044	1.635

KINDER-TAGESBETREUUNG

Amtsleiter

Mag. Josef Kobler
e-mail: josef.kobler@mag.linz.at

Sekretariat

Karin Macho

Neues Rathaus, Hauptstraße 1-5, 4041 Linz
Telefon: 7070/2890, 2891
Fax: 7070/2892

Abteilungen

Kindergärten

Irmtraut Madlmayr

Horte

Monika Czejka

Krabbelstuben (bis 25. Oktober 1999 Abteilung Krippen)

Christa Hinterdorfer

Verwaltung

Walter Voitl

Mitarbeiter am 31. Dezember 1999: 891 (davon 94 zurzeit in Mutterschutz, Karenzurlaub oder Sonderurlaub)

"Pflege und Betreuung" und "Erziehung und Förderung".

SCHWERPUNKTE

Mit Wirkung vom 25. Oktober 1999 wurde die Dienststelle in "Kinder-Tagesbetreuung" (KIT) und die Abteilung Krippen in "Krabbelstuben" umbenannt.

Pädagogische Schwerpunkte

Die pädagogische Arbeit in den städtischen Krabbelstuben stand 1999 ganz im Zeichen der "Motopädagogik". Nach einer entsprechenden Schulung der Fachkräfte durch zwei Mitarbeiterinnen der Abteilung Kindergärten, die über eine entsprechende Qualifikation verfügen, wurde die motorische Förderung der Kinder neu konzeptioniert. Es wird nun versucht, Kleinstkindern über möglichst elementare Bewegungserlebnisse eine Fülle von Eindrücken und Wahrnehmungen zu vermitteln, die sich auf die Gesamtentwicklung des Kindes positiv auswirken.

ALLGEMEINER AUFGABENBEREICH

Die Kinder-Tagesbetreuung bietet institutionelle Kinderbetreuung für Kinder zwischen acht Wochen und 15 Jahren an. Die Abteilung Krabbelstuben betreut Kinder bis zum dritten Lebensjahr, in der Abteilung Kindergärten werden Kinder zwischen drei und sechs Jahren und in der Abteilung Horte schulpflichtige Kinder betreut. Im Wesentlichen umfasst das Angebot in der Kinder-Tagesbetreuung zwei Leistungsbereiche:

In den städtischen Kindergärten wurden in einem eigens dafür ins Leben gerufenen Arbeitskreis Konzepte zur "Multi-Kulturellen-Erziehung" entwickelt. Diese Konzepte gehen davon aus, nicht-österreichischen Kindern in Kindergärten mit einem sehr geringen Anteil an österreichischen Kindern eine zielführende Integration zu ermöglichen, ohne dabei die Bedürfnisse der österreichischen Kinder zu vernachlässigen. Ausgangspunkt für das neue Konzept ist die Erkenntnis, dass nicht-österreichische Kinder zunächst in ihrer Primärkultur und Primärsprache verankert werden müssen, bevor der Erwerb einer Zweikultur

bzw. Zweitsprache möglich ist. In dieser Phase werden auch den österreichischen Kindern andere Länder und Kulturen näher gebracht und so ihr Bewusstsein erweitert. Die ersten Erfahrungen mit diesem neuen Konzept zeigen die große Begeisterung aller Kinder für die Auseinandersetzung mit bisher Neuem und ungeahnte Erkenntnisse und Lernprozesse.

Ein zweiter Schwerpunkt bei den städtischen Kindergärten lag in der intensiven Auseinandersetzung mit einem spezifischen Kindergartenprofil. Jeder einzelne Kindergarten sollte, aufbauend auf den Grundaussagen des Leitbildes der Kinder-Tagesbetreuung und auf den besonderen Fähigkeiten und Talenten der Mitarbeiterinnen, ein über das Basisangebot hinausgehendes, spezifisches Leistungsspektrum entwickeln.

Einer der Schwerpunkte in den städtischen Horten lag im abgelaufenen Jahr in der Kommunikation zwischen "Jung und Alt". Im Rahmen eines vom Land Oberösterreich ausgeschriebenen Wettbewerbs unter dem Titel "Miteinander der Generationen" entstanden sehr einfühlsame und berührende Kontakte und Verbindungen zwischen Hortkindern und älteren Menschen. Vom Besuch in Seniorenheimen bis hin zu Tanz- und Musikaufführungen für ältere Menschen und der Gestaltung eines Videofilms zu diesem Thema fand eine intensive Auseinandersetzung mit dieser Thematik statt, die letztlich mit einem Preis der oberösterreichischen Landesregierung (gemeinsam mit dem Amt für Jugend und Familie) ausgezeichnet wurde.

Ein Schwerpunkt wurde auch auf sportliche Aktivitäten in den städtischen Horten gelegt. Neben der allgemeinen Intensivierung der Bewegungsförderung der Kinder in den Horten gab es eine Reihe von hortübergreifenden Wettbewerben und Wettkämpfen, wie z.B. eine

Schwimmmeisterschaft, ein Tischtennis- und Fußballturnier etc.

Einen weiteren Schwerpunkt stellte in allen Horten die Befassung mit dem öffentlichen Verkehr dar. Im Rahmen einer umfassender als üblich angelegten Verkehrserziehung wurden Kinder über Funktion und Vorteile des öffentlichen Verkehrs informiert bzw. auf Gefahren auf der Straße aufmerksam gemacht.

Besonders interessant waren auch die Bemühungen einiger Horte zur Förderung von Gleichberechtigung und Erweiterung traditioneller Geschlechterrollen. In Arbeitskreisen wurden daher von den ErzieherInnen die Ansätze und Möglichkeiten für eine gezielte geschlechtsspezifische Sozialisation im Hortalltag diskutiert. In der Folge kam es zu einer der Gleichberechtigung sehr förderlichen Bewusstseinsbildung.

Fortbildung

Besonderes Augenmerk wird in der Kinder-Tagesbetreuung auf die Fortbildung der einzelnen MitarbeiterInnen gelegt. So wurden heuer wieder speziell für Tagesheimstätten-LeiterInnen Schulungen angeboten. Die Leiterinnen der städtischen Krabbelstuben und Kindergärten beschäftigten sich mit dem Thema "Öffentlichkeitsarbeit und Beschwerdemanagement", die städtischen HortleiterInnen mit der Thematik "Teamentwicklung". Gleichzeitig wurde wieder zehn Fachkräften aus den Abteilungen Kindergärten und Horte die Möglichkeit gegeben, die Ausbildung zur Montessorikindergärtnerin zu absolvieren. Darüber hinaus haben alle Kindergärtnerinnen und HorterzieherInnen Fortbildungsveranstaltungen aus dem Fortbildungskatalog des Landes Oberösterreich absolviert.

Die Helferinnen beschäftigten sich in einer für sie organisierten Schulungsveranstaltung mit dem Thema "Burn-Out". Die Köchinnen und Köche der Kinder-

Tagesbetreuung befassten sich im Rahmen ihrer Fortbildung einmal mehr mit dem Themenbereich "Gesunde Ernährung – Gesunde Küche".

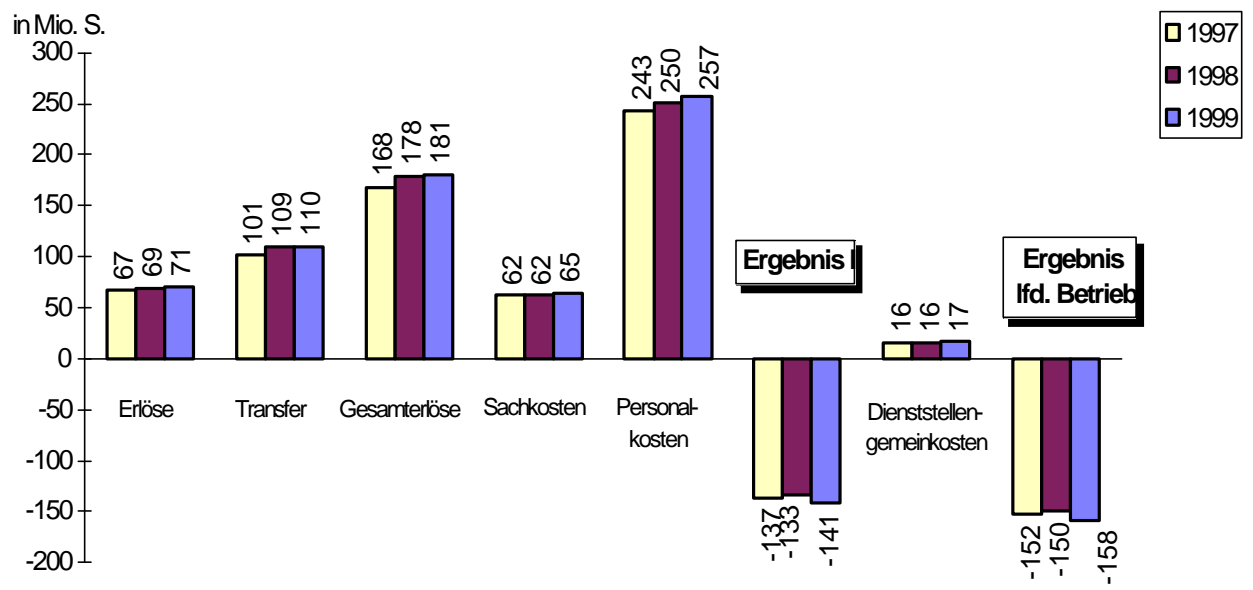
Bau- und Einrichtungsmaßnahmen

Tagesheimstätte	Neubau	Umbau	Sanierung	Einrichtung
Hort Goetheschule				teilweise Möblierung
Hort Kapuzinerstraße		Garderoben		
Hort Karlhofschule	Vorbereitung Planung			
Hort Kraußstraße				teilweise Möblierung
Hort Kreißweg				teilweise Möblierung
Hort Renner-schule				teilweise Möblierung
Hort Solar City	Vorbereitung Planung			
Hort Straßlandweg				teilweise Möblierung
Hort Wieningerstraße		Speisenaufzug		
Hort Zeppelin-schule				teilweise Möblierung
Kindergarten Darrgutstraße				Neumöblierung Bewegungsraum
Kindergarten Dornacher Straße		Anschaffung Gartenspielgerät		
Kindergarten Hertzstraße		Gartengerätehütte		
Kindergarten In der Auerpeint				Neumöblierung Ausgabeküche
Kindergarten Johann-Wilhelm-Klein-Straße				Neumöblierung Bewegungsraum, zwei Krabbeltuben

Tagesheim- stätte	Neubau	Umbau	Sanierung	Einrichtung
Kindergarten Marienberg		Gartenspielgerät		
Kindergarten Pestalozzi- straße		Ausbau Dachgeschoß	Generalsa- nierung fünf Gruppen, Nebenträume	
Kindergarten Posthofstraße		Fenster	Fassade	
Kindergarten Ramsauer- straße		Gartenspielgerät		
Kindergarten Reischekstra- ße (Zubau)				Neumöblierung Ausgabeküche
Kindergarten Schieder- mayrweg		Fenster, Eingangstüre, Pritschelbrunnen		
Kindergarten Tungassing- erstraße		neue Gartenge- staltung		
Krabbelstube Anastasius- Grün-Straße			Stabilisieren der Außen- fassade durch den Einsatz von Beton- festiger (Spritzver- fahren)	
Krabbelstube Straßlandweg				Umgestaltung der Inneneinrich- tung vom Kin- dergarten in eine Krabbelstube

LEISTUNGSUMFANG

KiT					
in TS	1999	1998	1997	Abweichung 1998 1999	
				absolut	in %
Erlöse	70.809	69.421	66.938	1.387	2,0%
Transferzahlungen Land	110.049	109.072	101.180	977	0,9%
Gesamterlöse	180.858	178.494	168.118	2.364	1,3%
Sachkosten	64.725	61.852	61.747	2.872	4,6%
Personalkosten	257.426	250.067	243.035	7.359	2,9%
Ergebnis I	-141.293	-133.425	-136.664	-7.868	-5,9%
Dienststellengemeinkosten	16.919	16.163	15.827	756	4,7%
Ergebnis lfd. Betrieb	-158.212	-149.588	-152.491	-8.624	-5,8%
Leistungszahlen					
durchschn. Anzahl der Gruppen	313,3	311,5	307,3	1,8	0,6%
durchschn. Anz. d. eingeschr. Kind.	6.434,3	6.275,4	6.130,8	158,9	2,5%
Auslastung	92,7%	90,2%	89,6%		2,5%
Kennzahlen					
Kostendeckungsgrad (lfd. Betrieb)	53,3%	54,4%	52,4%		-1,1%
Kosten (lfd. Betrieb)/Gruppe	1.082.425	1.053.376	1.043.481	29.050	2,8%
Sachkosten/Gruppe	206.623	198.590	200.967	8.033	4,0%
Personalkosten/Gruppe	821.791	802.892	791.001	18.899	2,4%
Kosten (lfd. Betrieb)/Kind/Monat	4.391	4.357	4.358	35	0,8%
Gesamterlöse/Kind/Monat	2.342	2.370	2.285	-28	-1,2%
Zuschußbedarf/Kind/Monat	2.049	1.986	2.073	63	3,2%



SENIORENHEIME DER STADT LINZ

Direktor

Dr. Johann Schalk

Sekretariat

Christine Lang

Glimpfingerstraße 12, 4020 Linz

Telefon: 3408/5001

Fax: 3408/5005

Heime

Seniorenzentrum Spallerhof

Leiterin

Helga Heinrich

Glimpfingerstraße 12, 4020 Linz

Telefon: 3408/5004

Seniorenzentrum Franz Hillinger

Leiter

Peter Hofer

Mühlkreisbahnstraße 8, 4040 Linz

Telefon: 7070/3770

Seniorenzentrum Kleinmünchen

Leiter

Mag. Walter Öllinger

Dauphinestraße 94, 4030 Linz

Telefon: 3193/842

Seniorenzentrum Franckviertel

Leiter

Engelbert Mistlbacher

Ing. Stern-Straße 15-17, 4020 Linz

Telefon: 6954/501

Seniorenzentrum DornachAuhof

Leiter

Peter Hofer

Sombartstraße 1-5, 4040 Linz

Telefon: 2560/650

Mitarbeiter mit 31. Dezember 1999: 566

ALLGEMEINER AUFGABENBEREICH

Die Seniorenheime sind Einrichtungen der stationären Altenpflege, in denen Personen vorwiegend aufgrund ihrer altersbedingten Betreuungs- und Hilfsbedürftigkeit Unterkunft, Verpflegung und die erforderliche Betreuung und Hilfe erhalten. Es sind dies Heime gemäß § 63 O.ö. Sozialhilfegesetz 1998, die von der Stadt Linz als Sozialhilfeträger errichtet und betrieben werden.

Neben der dauernden stationären Pflege und Betreuung bieten die Seniorenheime auch eine vorübergehende Kurzzeitpflege und Betreuung bei zeitlich begrenzten Ausfällen von Betreuungspersonen im privaten Haushalt bzw. eine Übergangspflege nach Krankenhausaufenthalt zur rascheren Wiedererlangung der Selbstversorgungsfähigkeit an. Weiters wird in drei Tageszentren Pflege und Betreuung für bis zu 100 Besucher in der Zeit von 8.00 bis 16.00 Uhr angeboten.

SCHWERPUNKTE

Neubau-, Umbau und Planungsmaßnahmen

Im Berichtszeitraum waren nachstehende Bau- und Planungsprojekte anhängig:

Seniorenzentrum Spallerhof

Pflegeheim Glimpfingerstraße/Altbau; Sanierung, Inbetriebnahme im Juli 1999	158 Bewohner
---	--------------

Seniorenzentrum Dornach-Auhof

Alten- und Pflegeheim, Neubau, Inbetriebnahme im November 1999	129 Bewohner
--	--------------

Seniorenzentrum Neue Heimat

Alten- und Pflegeheim, Neubau (Fertigstellung im Mai 2000)	128 Bewohner
--	--------------

Pflegestützpunkt Ebelsberg

Neubau	30 Bewohner
--------	-------------

Seniorenzentrum Keferfeld-Öd

Alten- und Pflegeheim, Planung	90 Bewohner
--------------------------------	-------------

Seniorenzentrum Makartviertel

Alten- und Pflegeheim, Planung	127 Bewohner
--------------------------------	--------------

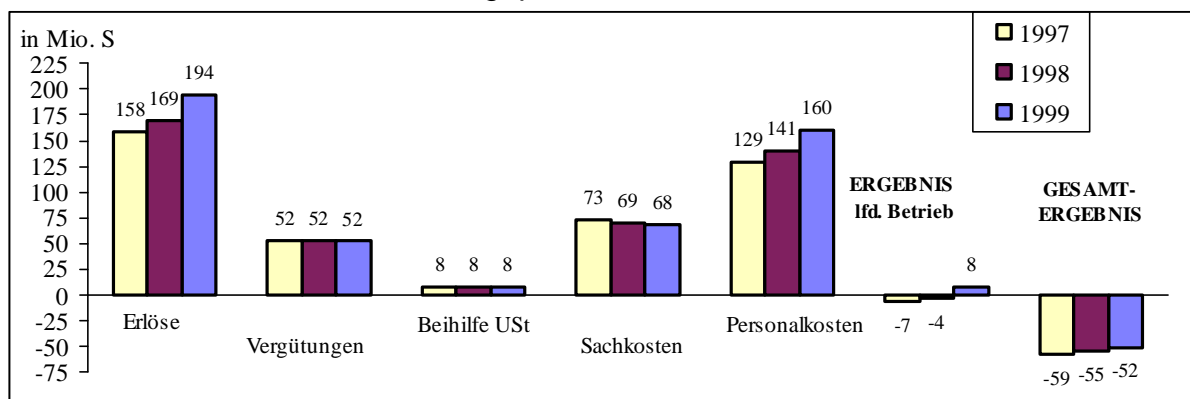
Pflege - Betreuung

Die klassische Pflege- und Betreuungstätigkeit in den Seniorenheimen wird nach den Vorgaben der OÖ. Alten- und Pflegeheimverordnung ausgerichtet bzw. hinsichtlich ihrer Qualität laufend geprüft

und evaluiert. Da am freien Arbeitsmarkt im abgelaufenen Jahr qualifiziertes Pflegepersonal nicht in der erforderlichen Zahl verfügbar war, bildete auch 1999 die interne Aufschulung von Pflegehelfern zu Altenfachbetreuern einen Schwerpunkt der Qualitätssicherung. In zwei Kursen wurden insgesamt 63 Pflegehelfer zu Altenfachbetreuern gemäß dem OÖ. Altenbetreuungs- und Ausbildungsgesetz ausgebildet. Weiters wurde die interne Aus- und Weiterbildung forciert und spezielles Augenmerk auf die Ausbildung von genügend leitendem Pflegepersonal für die neuen Einrichtungen gelegt.

Kostenoptimierung

Die Seniorenheime zählen als Betrieb nicht nur sozialpolitisch, sondern auch wirtschaftlich zu den bedeutendsten Einrichtungen der Stadtverwaltung. Eine funktionierende Kostenrechnung und ein laufend anzupassendes Controlling sind daher unerlässlich. Die nachfolgende Tabelle gibt Aufschluss über die wirtschaftliche Weiterentwicklung während des abgelaufenen Jahres im Vergleich zu den Vorjahren anhand von absoluten Beträgen bzw. von Leistungs- und Kennzahlen.



Seniorenheime- Gesamtübersicht

SENIORENZENTREN GESAMT inkl. TAGESZENTREN						
in TS		1999	1998	1997	Abweichung 1998-1999	
					absolut	in %
Erlöse		194.159	168.871	158.395	25.288	+15,0%
Netto-Vergütungen durch die Stadt Linz		51.861	52.167	52.110	-306	-0,6%
USt-Beihilfe (neu seit 1997)		7.927	7.561	7.927	366	+4,8%
Gesamterlöse		253.947	228.599	218.432	25.348	+11,1%
Sachkosten		67.889	69.416	72.526	-1.527	-2,2%
Personalkosten		160.443	140.520	129.002	19.923	+14,2%
Ergebnis I		25.615	18.663	16.904	6.952	+37,3%
Dienststellengemeinkosten		17.947	22.537	24.325	-4.591	-20,4%
Ergebnis lfd. Betrieb		7.668	-3.875	-7.421	11.543	+297,9%
Zentralverwaltungskosten		8.855	7.226	6.138	1.629	+22,6%
Pensionen		9.755	8.956	8.596	799	+8,9%
Kalk. Kosten		40.635	35.120	36.618	5.515	+15,7%
Gesamtergebnis		-51.577	-55.176	-58.773	3.599	+6,5%
Leistungszahlen						
durchschnittliche Bettenanzahl		1.021	967	975	55	+5,6%
Belagstage		362.438	346.944	346.821	15.494	+4,5%
Auslastung		97,3%	98,3%	97,5%		-1,1%
Anzahl der Plätze Tageszentren		80	80			
Auslastung Tageszentren		82,6%	79,6%			
Kennzahlen						
Kostendeckungsgrad (lfd. Betrieb)		103,1%	98,3%	96,7%		+4,8%
Kostendeckung (lfd. Betrieb) excl. Vergüt.		82,1%	75,9%	73,6%		+6,2%
Gesamtkostendeckungsgrad		83,1%	80,6%	78,8%		+2,6%

Erfreulich ist dabei, dass die Betriebsabrechnung gegenüber den Vergleichszeiträumen 1997 und 1998 neuerlich eine markante Verbesserung ausweist und der laufende Betrieb wiederum kostendeckend geführt werden konnte.

Für die Steigerung der Erlöse besonders wichtig war die Anpassung der PflegegeldEinstufungen der Heimbewohner nach dem Bundes- bzw. Landespflegegeldgesetz an den tatsächlichen Pflegeaufwand. Lag der Anteil der Bewohner mit einer PflegegeldEinstufung von 0 bis 2 Anfang des Jahres 1999 noch bei 42,4 Prozent, so verringerte sich dieser bis Ende des Jahres auf 41,2 Prozent. Im

selben Zeitraum erhöhte sich der Anteil in den Stufen 3 bis 5 von 51,9 Prozent auf 52,6 Prozent und in den Stufen 6 und 7 von 5,7 auf 6,2 Prozent. Die durchschnittliche Einstufung aller Bewohner (einschließlich der Bewohner der Wohnheime) stieg von 3,06 auf 3,18.

LEISTUNGSUMFANG

Alten und Pflegeheime

Unter der Gesamtbezeichnung "Seniorenheime" betrieb die Stadt Linz im Berichtszeitraum fünf Einrichtungen mit insgesamt 1.163 Plätzen zum Stichtag 31. Dezember 1999. Diese teilen sich wie folgt auf:

Art der Anstalt	Eigentümer	Bettenanzahl	Pflegepersonal insgesamt	Bewohner	Belagstage
Seniorenzentrum Spallerhof	Stadt Linz	597	182	587	199.771
Seniorenzentrum Kleinmünchen	Stadt Linz	131	42	131	47.750
Seniorenzentrum Franz Hillinger	Stadt Linz	178	34	175	64.129
Seniorenzentrum Franckviertel	Stadt Linz	128	39	127	46.312
Seniorenzentrum Dornach-Auhof	Stadt Linz	129	40	104	4.496

Anzahl der Bewohner (Stichtag 31. Dezember 1999)	1.124
Männer 231	Frauen 893
Durchschnittsalter	83,5 Jahre
Neueintritte (ohne Kurzzeitpflege)	490
Sterbefälle	302

Tageszentren

In den beiden Tageszentren Kleinmünchen und Franckviertel ist im Berichtszeitraum eine Erhöhung des Auslastungsgrades um 3 Prozent auf 82,6 Prozent gelungen. Der Kostendeckungsgrad konnte von 42,5 Prozent auf 45,1 Prozent gesteigert werden. Die durchschnittliche

Anzahl an Besuchern betrug in beiden Einrichtungen zusammen 66,1 Personen (im Jahr 1998 betrug sie 63,7 Personen). Insgesamt besuchten rund 180 Seniorinnen und Senioren regelmäßig die beiden Tageszentren. Mit Dezember des Jahres wurde im Seniorenzentrum Dornach-Auhof das dritte Tageszentrum in Betrieb genommen.